



Betreff: öffentlich
Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage - Rechenzentrum - Garnisonkirche: Zwischenstand und weiteres Vorgehen

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum	30.11.2015
Eingang 922:	30.11.2015

Einreicher: FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
-------------------	---------

09.12.2015	Hauptausschuss
------------	----------------

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis

Vorbemerkung

Die Neuordnung des Bereichs Plantage – Rechenzentrum - Garnisonkirche ist ein wichtiges Vorhaben im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte. Die Umgestaltung ist auch Anlass für vielfältige Auseinandersetzungen über das zukünftige Bild der Stadt. Das Sichtbarmachen von Teilen des historischen Stadtgrundrisses, bis hin zur ursprünglichen Parzellenstruktur, der Wiederaufbau von verlorengegangenen historischen Gebäuden, der Abriss von baulichen Zeugnissen der DDR-Zeit, aber auch die Implementierung zeitgemäßer Verkehrslösungen sowie die in der Potsdamer Mitte verorteten und zu verortenden öffentlichen Nutzungen bieten vielfältigen Anlass für Diskussionen und ein Ringen um die konkrete Ausgestaltung baulicher Maßnahmen.

Teile der Potsdamer Bürgerschaft positionieren sich zu diesen Themenfeldern in organisierter und individueller Weise. Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich daher entschieden, für diesen Stadtbereich ein Dialog- und Beteiligungsverfahren auf den Weg zu bringen und – soweit im Ergebnis dessen eine Änderung der Sanierungsziele erforderlich wird – auch den B-Plan Nr.1 anzupassen.

Das Verfahren bislang

Vorbereitend wurden – nach einer ersten Informationsveranstaltung Ende April 2015 – im Zeitraum Mai bis Juli 2015 mit den interessierten Eigentümerinnen und Eigentümern, Nutzenden, Interessenvertretungen und Prozessinteressierten Einzelgespräche geführt, um die Machbarkeit eines gemeinschaftlich getragenen Prozesses zu prüfen. Im Ergebnis wurde ein Vorschlag entwickelt und den Gesprächspartnern Anfang September 2015 in einem gemeinsamen Termin vorgestellt. Bis Ende Oktober 2015 gingen insgesamt 18 Rückmeldungen ein.

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Fortsetzung der Mitteilung:

Weiteres Vorgehen

Im Ergebnis des Rückmeldeverfahrens zum vorgelegten Vorschlag lassen sich folgende „Knackpunkte“ identifizieren:

- Verknüpfung landschaftsplanerischer Realisierungswettbewerb Plantage mit dem Beteiligungsverfahren
- Auswahl der Szenarien für das Bürgergutachten
- Verbindlichkeit von Verfahrensergebnissen und Einbindung der Kommunalpolitik
- Vorschlag der Diskussionsforen
- Besetzung und Arbeitsweise des Begleitkreises

Das auf Basis der Rückmeldungen zur Entscheidung stehende Prozessdesign für das Dialog- und Beteiligungsverfahren geht von folgenden Voraussetzungen aus:

Eine gesamtheitliche Betrachtung des Bereichs Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche ist weiterhin zwingend erforderlich, um der Berücksichtigung unterschiedlicher Nutzungsanforderungen und den besonderen baukulturellen Ansprüchen auch in den unterschiedlichen Entwicklungsphasen gerecht zu werden.

Das Bürgergutachten wird als zentraler Bestandteil des Verfahrens gestärkt. Dabei erarbeiten Bürgerinnen und Bürger Lösungsvorschläge für das Areal als Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen.

Die Interessengruppen erhalten die Möglichkeit und erforderlichenfalls die Unterstützung, um sich mit ihren Kompetenzen und Positionen unter anderem mittels Diskussionsforen aktiv in den Gutachtenprozess und die begleitende Öffentlichkeitsarbeit einzubringen.

Das Verfahren soll für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger niedrigschwellige Angebote der Information bereitstellen.

Der landschaftsplanerische Realisierungswettbewerb soll genutzt werden, um die Passfähigkeit der Umgestaltung der Plantage mit möglichen Entwicklungsszenarien im Bereich Garnisonkirche, Rechenzentrum und Stadtkanal zu überprüfen.

Für den weiteren Prozess wird ein Begleitkreis berufen, dem neben Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, Mitglieder des Beteiligungsrates und der Religionsgemeinschaften angehören. Darüber hinaus sind weitere Mitglieder – beispielsweise aus den engagierten Gruppen – denkbar. Der Begleitkreis wird regelmäßig über die aktuellen Sachstände im Dialog- und Beteiligungsverfahren informiert. Er befasst sich mit Anfragen der Begleitkreismitglieder und Anliegen, die von Dritten an ihn herangetragen werden. Er gibt Hinweise und Empfehlungen und nimmt bedarfsbezogen zu offenen Fragen Stellung. Zur Gewährleistung eines effizienten Austauschs ist eine professionelle externe Moderation vorgesehen.

Anlage

Schaubild
Beteiligungsbericht

LANDESHAUPTSTADT POTSDAM

Akteure
Ziele /
Aufgabe

KOMMUNALPOLITIK / SVV
AUFTRAG UND
BEGLEITUNG

VERWALTUNG
PROZESSSTEUERUNG
UND KOORDINATION

**INITIATIVEN UND
INTERESSENVERBÜNDE**
VERMITTLUNG VON
WISSEN UND POSITIONEN

STADTÖFFENTLICHKEIT
INFORMATION UND
POSITIONIERUNG

BEGLEITKREIS FORTLAUFENDE PROZESSBERATUNG

BÜRGERGUTACHTEN

- Themen / Inhalte / Nutzungen
- Vorgang Kirchenschiff
- Zukunft Rechenzentrum
- Umgang bei Nicht-Realisierung Turm
- Baulich-räumliche Konsequenzen

**EMPFEHLUNGEN FÜR
KOMMUNALPOLITIK UND
VERWALTUNG**

DISKUSSIONSFORUM
I

DISKUSSIONSFORUM
II

DISKUSSIONSFORUM
III

DISKUSSIONSFORUM
IV

PRESSE- UND
MEDIENARBEIT

INFORMATION-
UND
MEINUNGSMARKT
I
UND
II

Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche

Bericht



Stand | 30. November 2015

Auftraggeber:

Sanierungsträger Potsdam GmbH

Pappelallee 4, 14469 Potsdam

Projektleitung: Bert Nicke

Bert.Nicke@ProPotsdam.de

Trägerin des Bürgerbeteiligungsverfahrens:

Landeshauptstadt Potsdam

Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam

Projektleitung: Dieter Jetschmanegg

kommunikation@rathaus.potsdam.de

Bearbeitung:

complan Kommunalberatung GmbH

Voltaireweg 4, 14469 Potsdam

Telefon 0331 201510

Projektleitung: Hathumar Drost | hathumar.drost@complangmbh.de

Projektmitarbeiterin: Ina Zerche | ina.zerche@complangmbh.de

Projektmitarbeiterin: Kathrin Schumacher | kathrin.schumacher@complangmbh.de

www.complangmbh.de

Inhalt

1	Einführung	3
1.1	Ziele	3
1.2	Aufgabe	4
1.3	Rollen der Beteiligten	4
1.4	Bisheriger Ablauf	5
2	Phase 0: Vorbereitungsprozess	7
2.1	Auftakt	7
2.2	Gesprächspartner und Ablauf	7
2.3	Ergebnisbewertung	9
3	Umsetzungskonzept	17
3.1	Vereinbarung / LOI	17
3.2	Prozessbausteine	17
3.3	Verfahrensablauf	21
4	Rückkopplung	21
4.1	Informationsveranstaltung 9. September 2015	21
4.2	Nachbereitung der Veranstaltung	22
4.3	Rückmeldungen	23
5	Zusammenfassende Bewertung	30
5.1	Kurzbewertung der Rückmeldungen	30
6	Ausblick und Empfehlungen	32
6.1	Vorbemerkung	32
6.2	Landschaftsplanerischer Realisierungswettbewerb	33
6.3	Szenarienbasiertes Planspiel & Bürgergutachten	35
6.4	Diskussionsforen	35
6.5	Begleitkreis	36
6.6	Verbindlichkeit von Verfahrensergebnissen & Einbindung der Kommunalpolitik	37
6.7	Nächste Schritte	39
6.8	Kostenplanung	39
	Anlagen	40

1 Einführung

1.1 Ziele

Die Wiedergewinnung und Neuordnung der Potsdamer Mitte ist das zentrale Stadtentwicklungsvorhaben der Landeshauptstadt Potsdam. Der mehrjährige Prozess der Um- und Neugestaltung dieses Stadtbereiches ist von einem außerordentlich hohen öffentlichen Interesse: für die Stadt, das Umland, das gesamte Land Brandenburg und darüber hinaus. Die Umgestaltung ist damit auch Anlass für vielfältige Auseinandersetzungen über das zukünftige Bild der Stadt. Das Sichtbarmachen von Teilen des historischen Stadtgrundrisses, bis hin zur ursprünglichen Parzellenstruktur, der Wiederaufbau von verlorengegangenen historischen Gebäuden, der Abriss von baulichen Zeugnissen der DDR-Zeit, aber auch die Implementierung zeitgemäßer Verkehrslösungen sowie die in der Potsdamer Mitte verorteten und zu verortenden öffentlichen Nutzungen bieten vielfältigen Anlass für Diskussionen und ein Ringen um die konkrete Ausgestaltung baulicher Maßnahmen. Teile der Potsdamer Bürgerschaft positionieren zu diesen vielständigen Themenfeldern in organisierter und individueller Weise.

Dies trifft auch für den westlichen Bereich für die Plantage und insbesondere das Wiederaufbauprojekt Garnisonkirche zu. Mit der avisierten Zwischennutzung des Verwaltungsteils des Rechenzentrums ist ein weiterer Aspekt hinzugekommen, der eine vertiefte Erörterung in der Bürgerschaft sinnvoll erscheinen lässt.

Anfang des Jahres wurde von den Stadtverordneten der Landeshauptstadt Potsdam beschlossen, dass der weitere Umgang mit dem Areal Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche und die damit verbundenen Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten noch einmal Gegenstand einer öffentlichen Diskussion, in Form eines Dialog- und Beteiligungsverfahrens, werden sollen. Im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 4. März 2015 zum Ergebnis der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt / Plantage“ (Vorlage 14/SVV/1147) ist festgelegt:

„Sollte im Ergebnis eines Bürgerdialogs eine Änderung der Sanierungsziele erforderlich werden, so ist diese Entwicklung unmittelbar auch in einem Verfahren zur Änderung des Planungsrechts aufzugreifen.“

Das Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche dient der Überprüfung der dem Bebauungsplan Nr.1 „Neuer Markt / Plantage“ zu Grunde liegenden Sanierungsziele. Im Ergebnis sollen für diese Anpassungserfordernisse und Vorschläge zu deren Umsetzung erarbeitet werden. Zudem werden Empfehlungen für den Umgang mit den Ergebnissen in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen angestrebt. Das beinhaltet auch unterschiedliche kommunalpolitische Entscheidungsoptionen.

Ziel des Dialog- und Beteiligungsverfahrens ist es, gemeinsam verschiedene tragfähige Vorschläge für eine mögliche Gestaltung und Nutzung des Areals zu erarbeiten. Es zielt nicht ausdrücklich auf die Einigung auf ein gemeinsames Ergebnis aller Prozessbeteiligten und Prozesspartner ab. Für die Gestaltung des Bereichs Plantage sollen Vorgaben erarbeitet werden, die in einem landschaftsplanerischen

schen Realisierungswettbewerb berücksichtigt werden können und müssen. Für den Bereich zwischen Plantage und der Breiten Straße sollen im Ergebnis Entscheidungshilfen für Verwaltung und Politik vorliegen.

Mit dem Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche soll die breite Öffentlichkeit angesprochen und informiert werden. Die Öffentlichkeitsarbeit soll daher sachlich und verständlich erfolgen.

1.2 Aufgabe

In Vorbereitung eines möglichen Beteiligungsverfahrens hat unter Federführung des Sanierungsträgers Potsdam zunächst ein Vorkläarungsprozess stattgefunden, in den neben Vertretern der Stadtverwaltung, Vertreter der WerkStadt für Beteiligung und der Stiftung Garnisonkirche eingebunden waren. In einem Arbeitstreffen am 9. Februar 2015, das von complan Kommunalberatung (cK) strukturiert und moderiert wurde, erfolgte eine Annäherung an baulich-räumliche und inhaltlich-thematische Themenstellungen, die für ein Bürgerbeteiligungsverfahren von Bedeutung sein könnten. Aufbauend auf diesen Gesprächsinhalten und ergänzender Abstimmungen wurde ein Grobkonzept und damit ein erster Vorschlag für eine „Bürgerbeteiligung Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche“ erarbeitet.

Auf Basis des Grobkonzeptes galt es im Weiteren die Beteiligten zu ermitteln und anzusprechen, die aufgrund ihrer Interessenlage und / oder ihres Engagements für den Prozess gewonnen werden und daher in die Bestimmung von Inhalten und Zielen eingebunden werden sollten. Auf Basis eines Gesprächsleitfadens sollten zunächst Vorgespräche geführt werden, um Mitwirkungsbereitschaft und Mitwirkungsmöglichkeiten einschätzen und bewerten zu können.

Auf Basis der Ergebnisse des Abstimmungsverfahrens (Einzelgespräche) war im Hinblick auf Akteure, Instrumente und Zeitabläufe eine konzeptionelle Weiterentwicklung vorzunehmen. Der Vorschlag für ein Umsetzungsmodell, das ein zielgerichtetes Prozessdesign aufzeigt, geeignete Instrumente der Kommunikation und Information benennt und passfähige Beteiligungsformate vorschlägt die Grundlagen für Vereinbarungen zur Mitwirkungsbereitschaft Dritter (Letter of Intent) waren im nächsten Schritt zu erarbeiten. Das Umsetzungsmodell und die Vereinbarungen sollten abschließend mit den Prozessbeteiligten vorabgestimmt und – soweit im Hinblick auf die Gesamtintention des Beteiligungsverfahrens vertretbar – angepasst werden.

1.3 Rollen der Beteiligten

Der Sanierungsträger Potsdam hat, in enger Abstimmung mit der Landeshauptstadt Potsdam, cK mit der Prozesssteuerung des Verfahrens beauftragt. Um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden und für alle direkt Beteiligten tragfähige Abstimmungswege zu sichern wurde folgende Rollenverteilung vereinbart:

- *Gesamtkoordination* – Landeshauptstadt Potsdam, vertreten durch den Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, Fachbereichsleiter Dieter Jetschmanegg
- *Organisatorische Steuerung und fachliche Unterstützung* – WerkStadt für Beteiligung
- *Vertragstechnische Abwicklung* – Sanierungsträger Potsdam
- *Inhaltliche Begleitung* – Landeshauptstadt Potsdam, vertreten durch den Bereich Stadterneuerung gemeinsam mit dem Sanierungsträger Potsdam
- *Auftragnehmer Vorbereitung und Abstimmung Umsetzungsmodell* – complan Kommunalberatung (cK)

Am 20. Juli 2015, das heißt im laufenden Prozess, hat die verwaltungsexterne WerkStadt für Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam in Trägerschaft des mitMachen e.V. erklärt, das Verfahren künftig nicht mehr in der oben beschriebenen Weise personell unterstützen oder begleiten zu wollen.¹ Im weiteren Prozess hat der mitMachen e.V. auf Bitten beteiligter Gruppen eine Pressekonferenz im Zusammenhang mit dem Beteiligungsverfahren moderiert. Der Verein wünscht sich, die Zustimmung der beteiligten Gruppen vorausgesetzt, das weitere Verfahren in einer neutralen Rolle, als teilnehmender Beobachter verfolgen zu können.

1.4 Bisheriger Ablauf

Der bisherige Ablauf, beginnend mit dem unter 1.2 erwähnten Arbeitstreffen bis zur Erstellung dieses Berichts mit Empfehlungen für die weitere Vorgehensweise, ist in Abbildung 1 übersichtlich dargestellt.

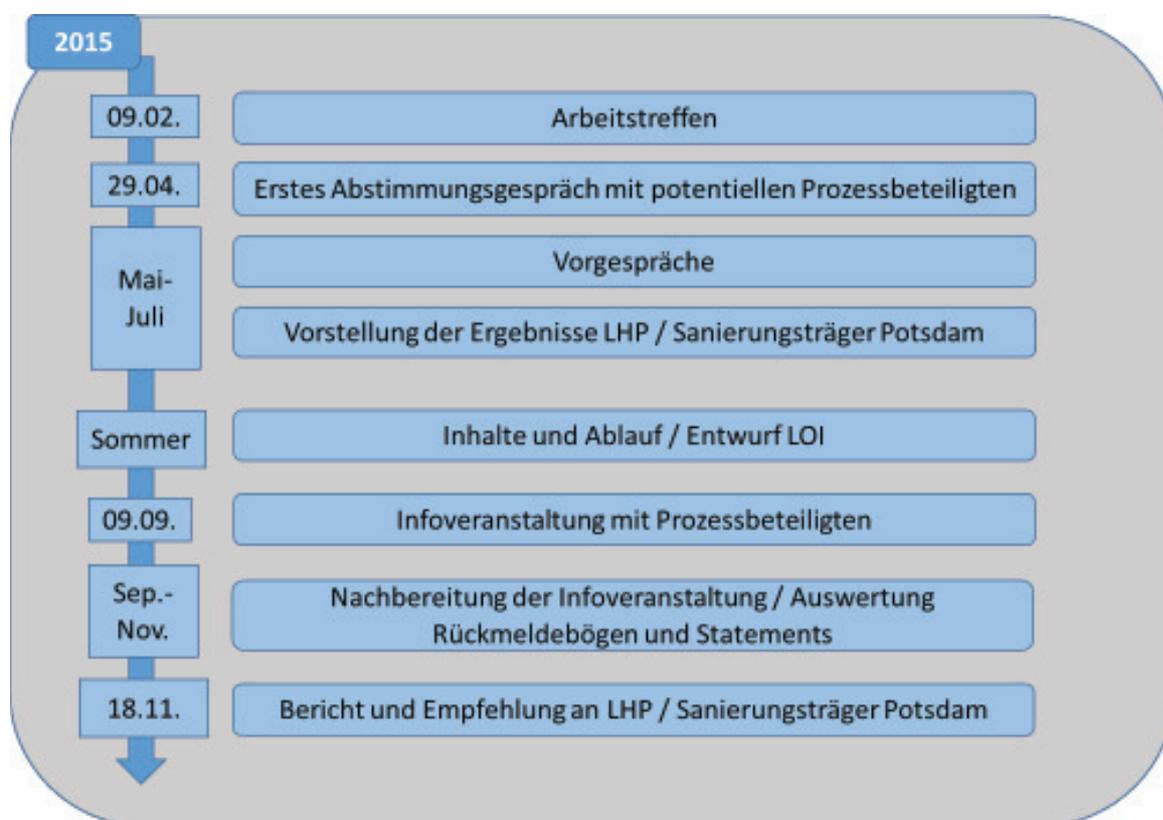


Abbildung 1: bisheriger Ablauf

Nach Durchführung des Vorklärungsprozesses informierte der Sanierungsträger Potsdam Mitte April 2015 denkbare Akteure und Interessengruppen über das angestrebte Dialog- und Beteiligungsverfahren und lud diese zu einem ersten Abstimmungsgespräch am 29. April 2015 in die eigenen Räumlichkeiten ein. Dieses Abstimmungsgespräch, das von ck moderiert wurde, informierte die potentiellen Prozessbeteiligten über das Verfahren und den möglichen Ablauf. In den anschließenden Vorgesprächen wurden die Mitwirkungsbereitschaft und die Mitwirkungsmöglichkeiten der einzelnen Prozessbeteiligten besprochen.

¹ Stellungnahme mitMachen e.V. in Anlage 1

Eine Zwischenauswertung der Ergebnisse wurde der Landeshauptstadt Potsdam und dem Sanierungsträger Potsdam am 28. Mai 2015 vorgestellt. Die Vorgespräche mit dem Beteiligungsrat der LHP und der Synagogengemeinde Potsdam fanden nach dem 28. Mai 2015 statt. Die dort getroffenen Aussagen spiegeln die am 28. Mai 2015 vorgestellten Ergebnisse wider.

Im Ergebnis der Vorgespräche wurde festgehalten, dass die Möglichkeit, die unterschiedlichen Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten im Rahmen eines Dialog- und Bürgerbeteiligungsverfahrens aufzuzeigen und zu diskutieren von allen Prozessbeteiligten positiv aufgenommen wurde. Dieser Prozess ermöglicht eine breite Information der Öffentlichkeit, auch über die Stadtgrenze hinaus. Zudem bietet er die Chance, Themenschwerpunkte zu versachlichen und die gereizte Stimmung untereinander durch einen Ideenaustausch aller Prozessbeteiligten und der Bevölkerung zu glätten. Als Risiko steht dem gegenüber, dass die Diskussion über den Wiederaufbau der Garnisonkirche die anderen Themenbereiche überschattet, und dass das Dialog- und Bürgerbeteiligungsverfahren für eine unsachgemäße Darstellung missbraucht werden könnte.

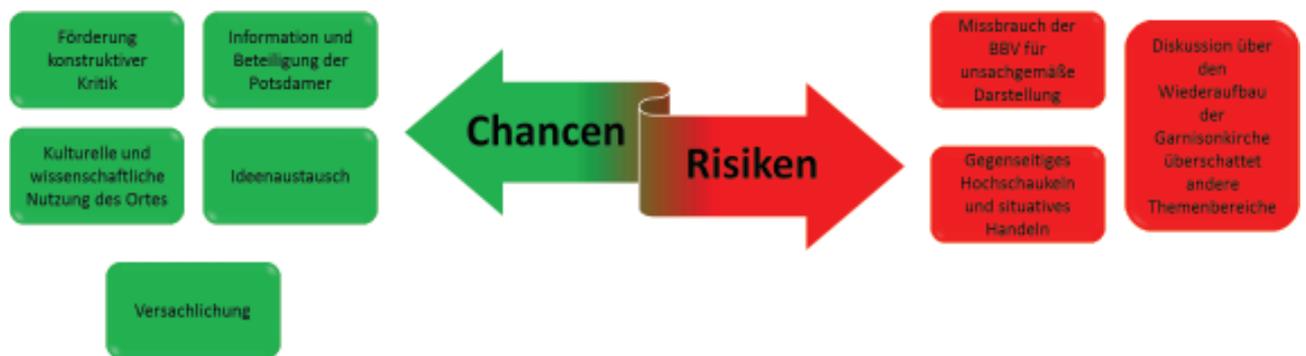


Abbildung 2: Chancen und Risiken des Verfahrens

Nach Vorstellung der Ergebnisse durch cK, wurde von der Landeshauptstadt Potsdam und dem Sanierungsträger Potsdam entschieden, ein Beteiligungs- und Dialogverfahren weiter vorzubereiten. cK wurde mit der weiteren Konzipierung dieses Verfahrens beauftragt.

Im Sommer 2015 erarbeitete cK im Austausch mit der WerkStadt für Beteiligung die inhaltlichen Schwerpunkte und den möglichen Ablauf eines Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Für die Durchführung eines zielgerichteten und sachlichen Verfahrens wurde von cK eine Absichtserklärung/Letter of Intent (LOI) erarbeitet. Der LOI stellt das Prozessdesign, Instrumente der Kommunikation und Information, Beteiligungsformate und Grundlagen für Vereinbarungen und die Mitwirkungsbereitschaft Dritter dar.

Die Ergebnisse der Einzelgespräche und der Entwurf des LOI wurden am 9. September 2015 in der Informationsveranstaltung "Status quo und wie weiter?" allen Prozessbeteiligten vorgestellt. Die Prozessbeteiligten erhielten anschließend die Möglichkeit, die Informationen und Inhalte der Veranstaltung in ihren eigenen Kreisen und Konstellationen zu besprechen. Nach einer Verlängerung der Rückmeldefrist vom 12. Oktober auf den 20. Oktober 2015, in der die Prozessbeteiligten ihre Anmerkungen zum LOI, ihre Mitwirkungsbereitschaft und die Benennung eines Vertreters für den vorgesehenen Begleitkreis einreichen sollten, wurden die eingegangenen Rückmeldungen und Statements von cK gesammelt und ausgewertet.

Eine umfangreiche Darstellung der bisher durchgeführten Maßnahmen und eine ausführliche Empfehlung über das weitere Vorgehen werden der Landeshauptstadt Potsdam und dem Sanierungsträger Potsdam mit diesem Bericht übergeben.

2 Phase 0: Vorbereitungsprozess

2.1 Auftakt

Nach Durchführung eines Vorkläarungsprozesses informierte der Sanierungsträger Potsdam Mitte April 2015 denkbare Akteure und Interessengruppen über das angestrebte Dialog- und Beteiligungsverfahren und lud diese zu einem ersten Abstimmungsgespräch am 29. April 2015 in die eigenen Räumlichkeiten ein.

Die Einladungen wurden vom Sanierungsträger an folgende Akteure und Interessengruppen verschickt:

- Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e. V.
- Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V.
- Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche
- Mitteschön!
- Stiftung Garnisonkirche Potsdam
- Initiative Christen brauchen keine Garnisonkirche
- Max-Dortu-Grundschule
- Kulturlobby
- Silicon Sanssouci e.V.
- Studentenwerk Potsdam
- Bürgerinitiative Potsdamer Mitte neu denken
- Beteiligungsrat der Landeshauptstadt Potsdam
- WerkStadt für Beteiligung
- Brandenburgischer Verband Bildender Künstlerinnen & Künstler e.V.
- alle Fraktionen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung
- Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Bei dem Abstimmungsgespräch informierten der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, Vertreter des Sanierungsträgers Potsdam und der cK über die Zielstellung des Verfahrens, die Aufgaben des Sanierungsträgers und der cK, den Vorbereitungsstand und das Grobkonzept eines möglichen Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Am Ende des Abstimmungsgesprächs wurden mit einzelnen Personen, Gruppen, Initiativen und Institutionen Einzelgespräche vereinbart. Zudem folgten weitere Terminvereinbarungen mit Gesprächspartnern, die nicht bei dem ersten Abstimmungsgespräch anwesend waren, aber durch Teilnehmende über das weitere Verfahren informiert wurden.

2.2 Gesprächspartner und Ablauf

Die Einzelgespräche dienten zur Klärung der Ausgangssituation, der Erwartungen, der Mitwirkungsbereitschaft und ggf. der konkreten Unterstützungsmöglichkeiten für das angedachte Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche. Ebenso sollten Grenzen und Hemmnisse aufgezeigt werden.



Abbildung 3: Ziele der Einzelgespräche

Insgesamt wurden im Zeitraum vom 11. Mai bis 8. Juli 2015 15 Einzelgespräche durch cK mit Eigentümern, Nutzern, Interessenvertretern und Prozessinteressierten durchgeführt, die im Weiteren das Dialog- und Beteiligungsverfahren begleiten und mitgestalten können.

- AStA der Uni Potsdam
- Beteiligungsrat der Landeshauptstadt Potsdam
- Bündnis Potsdamer Mitte
- Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche
- Bürgerinitiative Plantage
- Bürgerinitiative Potsdamer Mitte neu denken
- Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V.
- Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e.V.
- Fröbelhort „Kastanienhof“
- Kulturlobby
- Max-Dortu-Grundschule
- Mitteschön!
- SPI Wildwuchs Streetwork
- Stadtjugendring Potsdam
- Stiftung Garnisonkirche Potsdam
- Synagogengemeinde Potsdam

- Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.
- Verein der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten; Landesverband Brandenburg (VVN-BdA)

Jeweils ein gemeinsames Gespräch fand mit dem Stadtjugendring Potsdam und SPI Wildwuchs Streetwork und dem Bündnis Potsdamer Mitte, Mitteschön!, Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V. und der Bürgerinitiative Plantage statt.

Für die Einzelgespräche wurde ein Gesprächsleitfaden mit sechs Themenschwerpunkten entwickelt:

1. *Was sind die wichtigsten Ziele Ihrer Tätigkeit im Hinblick auf den Bereich Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche und welche Aktivitäten/Strategien werden zur Erreichung der eigenen Ziele derzeit verfolgt?*
2. *Welche Erwartungen haben Sie an ein mögliches Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche? Welche Chancen sehen Sie in einem Beteiligungsverfahren für Ihre Tätigkeit? Welche Risiken sehen Sie durch ein Beteiligungsverfahren für die Umsetzung Ihrer Ziele?*
3. *Worin sehen Sie wichtige Erfolgsfaktoren für das angedachte Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche?*
4. *Welche Möglichkeiten der Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam und/oder anderen Akteuren sehen Sie im Rahmen des angedachten Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche?*
5. *Was könnten Sie ganz konkret zu einem Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche beitragen (z.B. organisatorische Unterstützung, eigene Veranstaltungsformate, Dokumentation und (Teil-)Ergebnispräsentation)?*
6. *Was ist Ihnen über die bereits angesprochenen Punkte hinaus besonders wichtig?*

Dieser Gesprächsleitfaden diente der Strukturierung der Vorgespräche. Für die Gespräche wurde ein Zeitraum von 60 Minuten eingeplant. Die Fragen waren für alle Gesprächspartner einheitlich. Den Beteiligten wurde der Gesprächsleitfaden im Vorfeld des Gesprächstermins zugeschickt. Diese konnten sich somit im Vorfeld mit den Fragen auseinandersetzen und sich auf das Gespräch vorbereiten. Die Fragen waren als offene Fragen formuliert, so dass die Möglichkeit bestand, zu dem Themenkomplex vertiefende oder ergänzende Fragen zu stellen.

2.3 Ergebnisbewertung

Die Aussagen der Prozessbeteiligten in den Einzelgesprächen und ihre Positionen wurden von cK zusammengefasst. Je nach Position lassen sich die Beteiligten in vier Gruppen einteilen. Die Ergebnisse der Einzelgespräche, unterteilt in Ziele der Beteiligten und die Prozesserwartungen wurden aufgearbeitet. Hieraus resultieren die Grundsatzanforderungen an den Prozess.

Prozessbeteiligte und ihre Positionen

Max-Dortu-Grundschule

Die Max-Dortu-Grundschule nutzt Bereiche der Plantage für den Schulsport sowie für Freizeitaktivitäten. Für die dauerhafte Sicherung des traditionsreichen und innerstädtischen Schulstandortes möchten Schulleitung und Elternvertretung eine dauerhafte künftige Nutzung für diese Zwecke gesichert sehen.

Fröbelhort „Kastanienhof“

Der Fröbelhort "Kastanienhof" nutzt die Bereiche der Plantage für die Arbeit mit den Schulkindern und insbesondere als Aufenthaltsort für die Übergangszeit zwischen Schule und Hort.

Bürgerinitiative Plantage

Die Bürgerinitiative setzt sich für die originalgetreue Wiederherstellung der historischen Plantage als wichtigen Bestandteil des Stadtbildes der Landeshauptstadt Potsdam ein. Dementsprechend wird auch ein originalgetreuer Wiederaufbau der Garnisonkirche sowie die Öffnung und historische Gestaltung des Stadtkanals unterstützt.

SPI Wildwuchs Streetwork

Wildwuchs Streetwork setzt sich gegen die Verdrängungsprozesse von Kindern und Jugendlichen in der Potsdamer Innenstadt ein. Sie betrachten die Plantage über die Schul- und Hortnutzung hinaus als unverzichtbar für die Sport- und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen.

Stadtjugendring Potsdam

Die Sicherung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an stadträumlichen und gesamtstädtischen Entwicklungsprozessen ist eine Aufgabe des Stadtjugendrings Potsdam. Er führt hierzu selbst regelmäßig unterschiedliche Beteiligungsverfahren mit Kindern und Jugendlichen durch und tritt als treuhänderischer Interessenvertreter auf.

Kulturlobby

Die Kulturlobby hat die Umnutzung des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums als Haus für die Kunst-, Kultur- und Kreativwirtschaft eingeleitet. Bei entsprechender Nachfrage wird angestrebt das Objekt längerfristig zu nutzen.

Stiftung Garnisonkirche Potsdam

Ziel der Stiftung ist der originalgetreue Wiederaufbau (Fassade) des Kirchturms der Garnisonkirche mit zukunftsweisender Nutzung. Weiteres Ziel ist die Erhaltung der Baufreiheit für das Kirchenschiff. Eine Baugenehmigung für den Kirchturm liegt vor.

Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e.V.

Ziel der Fördergesellschaft ist der originalgetreue Wiederaufbau (Fassade) des Kirchturms und perspektivisch des Kirchenschiffes der Garnisonkirche sowie die Wiederherstellung des Umfeldes der Garnisonkirche nach historischem Vorbild.

Bündnis Potsdamer Mitte

Das Bündnis Potsdamer Mitte strebt den originalgetreuen Wiederaufbau der Garnisonkirche, die Gestaltung der Plantage und die Weiterführung des Stadtkanals nach historischem Vorbild an.

Mitteschön!

Ziele von Mitteschön! sind der originalgetreue Wiederaufbau der Garnisonkirche, die Gestaltung der Plantage und die Weiterführung des Stadtkanals nach historischem Vorbild.

Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V.

Der Förderverein setzt sich für die Wiederherstellung des Stadtkanals ein. Ein weiteres Ziel ist die Wiederherstellung der historischen Plantage mit dem Kompromiss, diesen auch als Sportanlage nutzen zu können.

Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche

Die Bürgerinitiative setzt sich gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche ein. Ziel der Initiative ist es, einen Neugestaltungsprozess für den Standort anzustoßen, bei dem zunächst Funktionen und Nutzungen besprochen werden.

Verein der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten; Landesverband Brandenburg (VVN-BdA)

Der Verein setzt sich gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche ein. Ein weiteres Ziel ist der Abbau des Glockenspiels auf der Plantage oder zumindest dessen kritische historische Kontextualisierung, z.B. durch das Aufstellen einer Informationstafel.

AStA der Uni Potsdam

Ziel des AStA ist es, Wohnraum für Studentinnen und Studenten in der Potsdamer Innenstadt zu sichern. Die Verdrängung von Studierenden aus der Innenstadt durch historischen Neubau soll vermieden werden.

Bürgerinitiative Potsdamer Mitte neu denken

Die Bürgerinitiative setzt sich für einen Neustart der Planungen zur Gestaltung der Potsdamer Mitte und damit einer grundlegenden Anpassung der Sanierungsziele ein. Das betrifft auch den Bereich Plantage / Rechenzentrum / Garnisonkirche. An der inhaltlichen Auseinandersetzung sollen die Bürgerinnen und Bürger umfassend beteiligt werden.

Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.

Der Verein setzt sich gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche und für die Abschaltung des Glockenspiels ein. Der Verein wünscht sich die Errichtung eines die umfassende Stadtgeschichte ganzheitlich betrachtenden Dokumentationszentrums im Sinne eines Gedenkortes.

Synagogengemeinde Potsdam

Die Synagogengemeinde setzt sich dafür ein, dass die Potsdamer Mitte als urbanes Zentrum für die Potsdamer Bevölkerung mit räumlicher und geistiger Qualität geschaffen wird. Sie wünscht sich eine Diskussion über die Auswirkungen des Aufbaus der Garnisonkirche, auch hinsichtlich der Nutzung und des Stellenwertes gegenüber den übrigen Stadtkirchen.

Beteiligungsrat der Landeshauptstadt

Der Beteiligungsrat ist ein beratendes Gremium der Stadtverordnetenversammlung nach Hauptsatzung. Er begleitet das Dialogverfahren insbesondere mit Blick auf die Qualität der Beteiligung selbst.

Gruppeneinteilung

Die Prozesspartner lassen sich – je nach Institution und Interesse – in vier Gruppen unterteilen:

Vorhabenträger und/oder Nutzer

- Fröbelhort "Kastanienhof"
- Kulturlobby
- Max-Dortu-Grundschule
- Sanierungsträger Potsdam
- Stadtjugendring Potsdam
- Stiftung Garnisonkirche Potsdam
- SPI Wildwuchs Streetwork

Historisch, weltanschaulich, stadtplanerisch Interessierte

pro Wiederaufbau Garnisonkirche

- Bündnis Potsdamer Mitte
- Bürgerinitiative Plantage
- Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e.V.
- Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V.
- Mitteschön!

kontra Wiederaufbau Garnisonkirche

- AStA der Uni Potsdam
- Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche
- Bürgerinitiative Potsdamer Mitte neu denken
- Synagogengemeinde Potsdam
- Verein der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten; Landesverband Brandenburg (VVN-BdA)
- Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.

Neutrale Beobachter

- Beteiligungsrat der Landeshauptstadt Potsdam

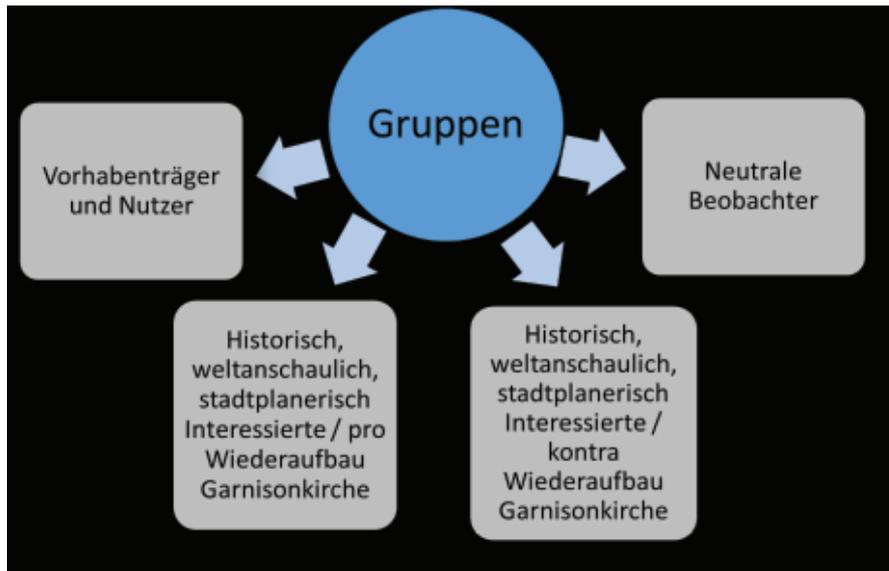


Abbildung 4: Gruppeneinteilung der Prozessbeteiligten

Ergebnisse der Einzelgespräche: Ziele

Die Ziele der einzelnen Prozessbeteiligten lassen sich in vier Kategorien – Plantage, Rechenzentrum, Garnisonkirche, Sonstiges – unterteilen und stellen innerhalb dieser Kategorien oft konträre Gestaltungs- und Nutzungsvorstellungen dar. Die wichtigsten Aussagen sind in der Abbildung 5 dargestellt.

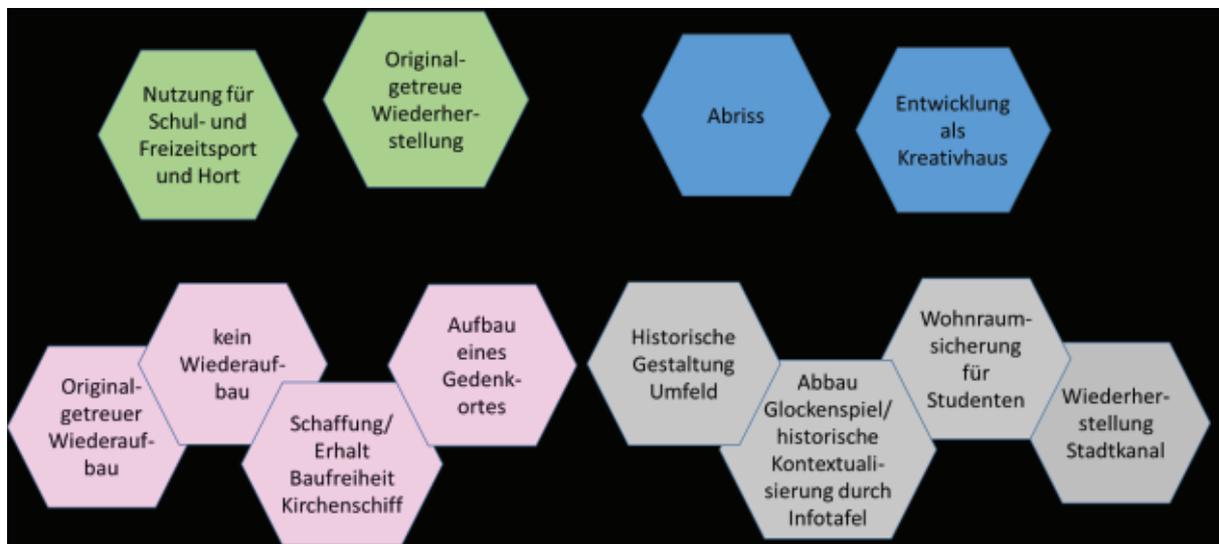


Abbildung 5: Ziele der Prozessbeteiligten

Für die Plantage wurden zwei Gestaltungswünsche geäußert. Der Bereich soll weiter für den Schul- und Freizeitsport sowie den Hort genutzt werden können und hierfür weiter ausgebaut werden. Eine originalgetreue Wiederherstellung der historischen Plantage wird auf der anderen Seite gefordert.

Auch für das Rechenzentrum lassen sich zwei unterschiedliche Entwicklungswünsche festhalten. Hier stehen sich Positionierungen zum kompletten Abriss und die Entwicklung als Kreativhaus gegenüber.

Hinsichtlich des Umgangs mit dem Vorhaben Wiedererrichtung Garnisonkirche sind grundlegende Widersprüche zu konstatieren. Lässt sich seitens der Vorhabenträger im Hinblick auf den Umgang mit dem Kirchenschiff durchaus Gesprächsbereitschaft erkennen, so wird jedoch an der Umsetzung des baugenehmigten Vorhabens (Errichtung Kirchturm) festgehalten. Einzelne Prozessbeteiligte konzentrieren sich demgegenüber auf eine Verhinderung der Umsetzung des baugenehmigten Vorhabens und die Wiederrichtung des Kirchenschiffes. Darüberhinausgehende inhaltliche Ziele werden von diesen Akteuren nicht verfolgt. Mehrere Prozessbeteiligte haben die Kirche und deren Umfeld im Blick und stehen zudem mit einer ganzheitlichen Sichtweise für – durchaus unterschiedliche – Positionen.

Neben den drei Diskussionspunkten Plantage, Rechenzentrum und Garnisonkirche, wurden von einigen Akteuren weitere Gestaltungswünsche für das Areal geäußert. So wurden auch die historische Gestaltung des Umfelds und die Wiederherstellung des Stadtkanals gewünscht. Andere Prozessbeteiligte fordern den Abbau des Glockenspiels und die historische Kontextualisierung durch eine Informationstafel. Auch die Wohnraumsicherung für Studenten wurde in den Vorgesprächen thematisiert.

Ergebnisse der Vorgespräche: Prozesserwartungen

Bei den Erwartungen und der Durchführung eines erfolgreichen Dialog- und Beteiligungsverfahrens konnten in den Aussagen der Prozessbeteiligten viele Gemeinsamkeiten, aber auch einige Unterschiede festgestellt werden. Die gemeinsamen Erwartungen der Prozessbeteiligten an ein Dialog- und Bürgerbeteiligungsverfahren sind in Abbildung 6 dargestellt. Je nach Häufigkeit der Aussagen wurden diese durch Schriftgröße und Schriftart intensiver hervorgehoben.

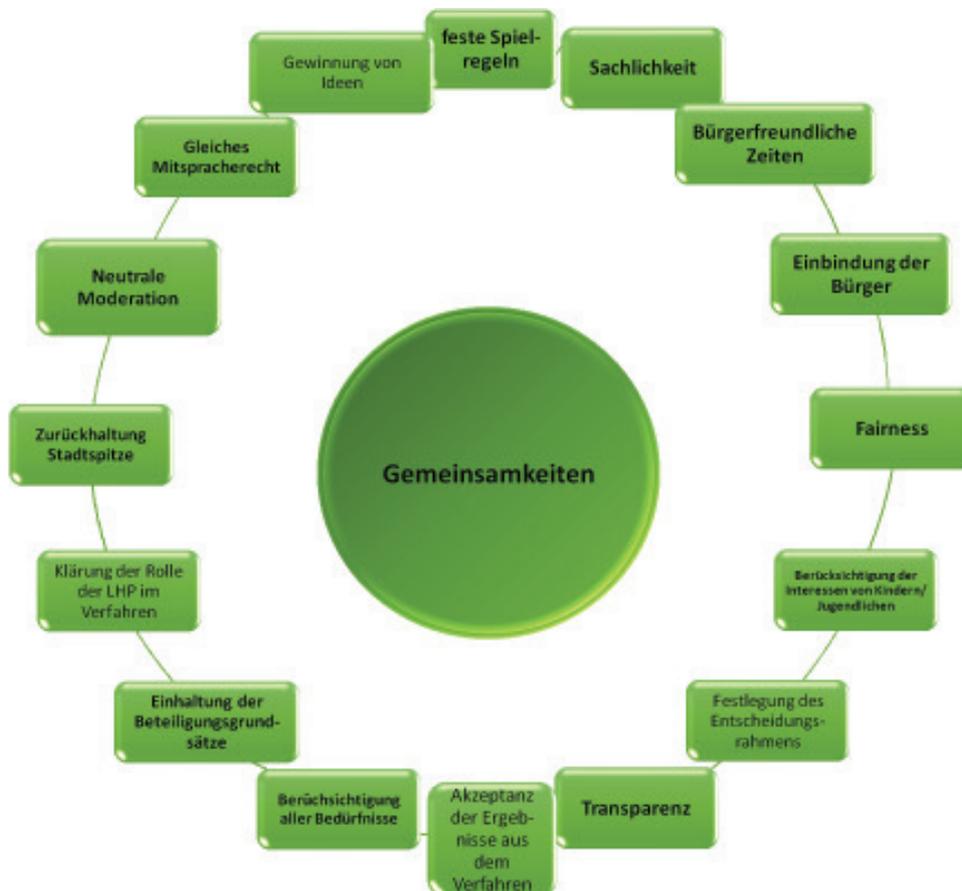


Abbildung 6: Prozesserwartungen der Prozessbeteiligten: Gemeinsamkeiten

Feste Spielregeln, Fairness und Sachlichkeit, ein transparentes Verfahren, bürgerfreundliche Veranstaltungszeiten, das gleiche Mitspracherecht aller Beteiligten und die Einbindung der Bürger in den Prozess sind wichtige Prozessenerwartungen. Eine neutrale Moderation, die Berücksichtigung aller Bedürfnisse, die Einhaltung der Beteiligungsgrundsätze sowie die Zurückhaltung der Stadtspitze werden zudem von vielen Prozessbeteiligten gefordert. Die Klärung der Rolle der Landeshauptstadt Potsdam im Verfahren, die Festlegung des Entscheidungsrahmens, die Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen und die Akzeptanz der Ergebnisse aus dem Verfahren wurde ebenso mehrmals genannt. Zudem wird das Dialog- und Beteiligungsverfahren als Chance gesehen, neue Ideen für die Gestaltung des Areals zu gewinnen.

Neben den übereinstimmenden Prozessenerwartungen, gibt es auch unterschiedliche Meinungen über die Durchführung und die Ziele des Verfahrens.

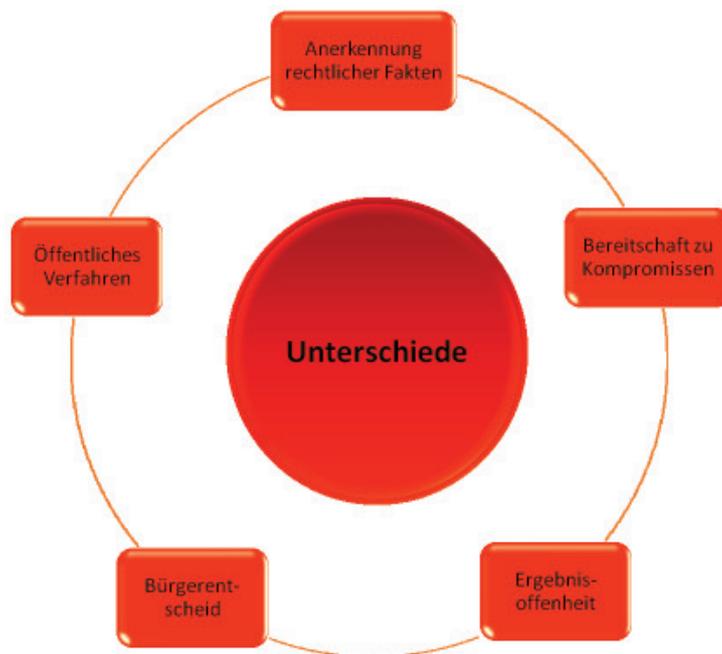


Abbildung 7: Prozessenerwartungen der Prozessbeteiligten: Unterschiede

Die unterschiedlichen Prozessenerwartungen können in fünf Punkten zusammengefasst werden. Die Anerkennung von rechtlichen Fakten stellt hierbei einen großen Konfliktpunkt dar. Die Bereitschaft zu Kompromissen und die Ergebnisoffenheit des Verfahrens werden ebenso unterschiedlich gesehen. Auch gibt es differenzierte Aussagen zu den Punkten, ob das Verfahren zu allen Zeitpunkten öffentlich sein soll und ob die Bürger in Form eines Bürgerentscheids bei der Gestaltung des Areals mitbestimmen können.

Grundsatzanforderungen Prozess

Das Dialog- und Beteiligungsverfahren muss in die Zukunft gerichtet sein, klare Ziele verfolgen und hinsichtlich seiner Spielregeln und Abläufe strukturiert und durchdacht sein. Das Verfahren muss kommunalpolitisch legitimiert sein, in Trägerschaft der Stadt bzw. ihrer Beauftragten erfolgen und hinsichtlich der Form der Berücksichtigung möglicher Ergebnisse in den weiteren Planungsabläufen

muss bereits im Vorfeld Klarheit bestehen. Die Möglichkeiten und Grenzen der Mitwirkung und Mitgestaltung durch die Bürger müssen in jeder Prozessphase nachvollziehbar vermittelt werden. Der Prozess und der Umgang mit den Ergebnissen erfordern eine permanente und hohe Transparenz.

Darüber hinaus ist für das Dialog- und Beteiligungsverfahren der respektvolle Umgang der Prozessbeteiligten untereinander sehr wichtig und eine Grundvoraussetzung für das Erreichen der Ziele des Verfahrens.

In Auswertung der Prozesserwartungen der Beteiligten wurden Grundsatzanforderungen erfasst, die für die Durchführung und das Gelingen des Verfahrens substantiell sind. Insgesamt wurden 16 Punkte ermittelt.



Abbildung 8: Grundsatzanforderungen an das Dialog- und Beteiligungsverfahren

3 Umsetzungskonzept

3.1 Vereinbarung / LOI²

Um die Ziele des Dialog- und Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche zu erreichen, wurde von cK ein erster Entwurf einer Vereinbarung zur Zusammenarbeit (LOI) erstellt. In diesem werden die Ziele des Dialog- und Beteiligungsverfahrens, die Partner und Positionen – in Berücksichtigung der Auswertung der Einzelgespräche – und die Prozessregeln dargestellt. Zusätzlich wurden die Grundsätze der Beteiligung in Potsdam und ein möglicher Ablauf des Verfahrens mit den jeweiligen Prozessbausteinen in den LOI aufgenommen. Der LOI stellt lediglich einen Vorschlag für ein mögliches Dialog- und Beteiligungsverfahren dar und kann in Abstimmung mit den Prozesspartnern Änderungen unterzogen werden.

Mit dem LOI soll eine gewissen Formalität und Ernsthaftigkeit gegenüber dem Verfahren dargestellt werden. Mit Unterzeichnung des angepassten LOI erkennen die Vereinbarungspartner an, dass ein Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche mit den dargestellten skizzierten Formaten, Kommunikationsregeln und Abstimmungsmodalitäten durchgeführt werden soll und erklären ihre Bereitschaft zur Unterstützung und Mitwirkung im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten.

3.2 Prozessbausteine

Für einen passfähigen Prozess gilt es einen ganzheitlichen Ansatz zu wählen, der die künftige bauliche Entwicklung des Stadtraums des westlichen Bereichs der Potsdamer Mitte mit seinen räumlichen Dispositionen aber auch die gegebenen, angedachten und perspektivisch denkbaren Nutzungen in den Blick nimmt. Dabei geht es nicht ausschließlich um Fragestellungen der baulichen Ausgestaltung, der Funktionen und Nutzungen. Die fachlich-sachlichen Erwägungen sind stets überlagert mit Vorstellungen und Bildern, die der Einzelne mit Stadt allgemein, mit der Stadt Potsdam und seinem individuellen städtischen Lebens- und Erlebnisgefühl verbindet. Die Auseinandersetzungen um Stadtentwicklung und Stadtgestaltung in der Potsdamer Mitte werden geführt, weil hier Brüche gegenwärtig sind und unterschiedliche Zeitschichten als Baulichkeiten ganz konkret aufeinandertreffen. Die Dynamik der hier stattfindenden Veränderungsprozesse fordert von der Stadtgesellschaft eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der sich wandelnden Identität ihrer Stadt. Das Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche wird daher auch eine Plattform für den Austausch zu individuellen Bildern, Vorstellungen und Wünschen sein. Es ist daher vorgesehen Beteiligungsformen anzuwenden, die es ermöglichen den eigenen Vorstellungen und Empfindungen in geeigneter Weise Ausdruck zu geben.

Das Verfahren ist in die nachfolgend dargestellten Phasen gegliedert, wobei Phase 1 bereits abgeschlossen werden konnte. Dieser Verfahrensablauf wurde in der Veranstaltung am 9. September 2015 den Prozessbeteiligten vorgestellt und ist Bestandteil des LOI.

Phase 1 – Beteiligungskonzept und Letter of intent (LOI)

Phase 1 startete mit der Erstellung des Konzeptes. Dieser Arbeitsschritt ist von besonders großer Bedeutung, da das Konzept die Grundlage und den „roten Faden“ für das Dialog- und Beteiligungsver-

² LOI Entwurf in Anlage 2

fahren darstellt. Parallel wurde der Entwurf einer Absichtserklärung, eines sogenannten Letter of Intent vorbereitet, der in dieser Phase 1 und mit den Prozessbeteiligten abgestimmt wird. Der LOI regelt den Umgang der Prozessbeteiligten untereinander und gegenüber der Öffentlichkeit für die Dauer des Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Die mitwirkungsbereiten Prozesspartner verpflichten sich, an einem fairen und sachlichen Dialog- und Beteiligungsverfahren aktiv teilzunehmen und dieses durch eigene Aktivitäten zu unterstützen. Durch die sehr differenzierten und sich oftmals widersprechenden Gestaltungs- und Nutzungswünsche, ist eine solche Vereinbarung unverzichtbar und Grundvoraussetzung für das angestrebte Dialog- und Beteiligungsverfahren. Am 9. September 2015 wurden die Prozessbeteiligten zunächst über den bisherigen Ablauf und den aktuellen Stand informiert. Anschließend, in einem nicht-öffentlichen Teil, konnte gemeinsam über den Inhalt des LOI und das Prozessdesign diskutiert werden. Die Prozessbeteiligten erhielten anschließend die Möglichkeit, die Informationen und Inhalte der Veranstaltung in ihren eigenen Kreisen und Konstellationen zu besprechen. Ursprünglich bis zum 12. Oktober 2015, dann verlängert bis zum 20. Oktober, waren eine Rückmeldung zur Mitwirkung und die Benennung eines Vertreters für den Begleitkreis vorgesehen.

Phase 2 – Vorbereitung des Dialog- und Beteiligungsverfahrens

Die Vorbereitung startet mit einem ersten Treffen der Vertreter, die für die Mitwirkung am Begleitkreis benannt wurden. In diesem Rahmen sollen zunächst die Regeln der Zusammenarbeit im Begleitkreis festgelegt werden. Darauf aufbauend können eine Befassung mit dem Gesamtverfahren sowie die Verabredung konkreter Mitwirkungsleistungen für die ersten Beteiligungsformate erfolgen.

Phase 3 – Durchführung des Dialog- und Beteiligungsverfahrens

Modul 1 Planwerkstatt Plantage

Im Rahmen der Planwerkstatt Plantage werden an zwei aufeinanderfolgenden Terminen anhand von Plänen und Modellen Nutzungs- und Gestaltungsvorschläge entwickelt. Hier sollen die Ideen der Kinder- und Jugendlichen einbezogen werden, die bereits heute die Plantage intensiv nutzen. Eine enge Zusammenarbeit ist in diesem Prozess mit der Max-Dortu-Grundschule und dem Fröbelhort „Kastanienhof“ wünschenswert. Auch alle anderen Interessierten und Prozessbeteiligten sind eingeladen, sich aktiv in diese Veranstaltungen einzubringen. Im Rahmen der Veranstaltungen können 3-4 Werkstattgruppen ihre Vorstellungen zur künftigen Nutzung und Gestaltung der Plantage entwickeln. Landschafts- und Stadtplaner, Architekten und Denkmalpfleger bringen ihre Fachexpertise aktiv in die Veranstaltungen ein, um realisierbare Lösungen zu unterstützen. Die Ergebnisse der Planwerkstatt bilden eine inhaltliche Grundlage der Auslobungsunterlagen zum Realisierungswettbewerb Plantage, den der Sanierungsträger Potsdam zu Beginn im Jahr 2016 auslobt.

Das Ziel, Vorgaben für den landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb der Plantage zu erarbeiten und zu entwickeln, wird mit dem Modul 1 erreicht.

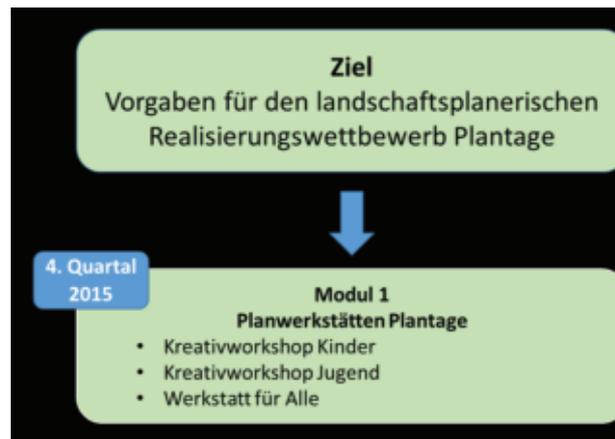


Abbildung 9: Zielumsetzung im Dialog- und Beteiligungsverfahren

Modul 2 Informations- und Meinungsmarkt

In dieser Vor-Ort-Veranstaltung wird ein Informations- und Meinungsmarkt auf dem Gelände durchgeführt. Alle Prozessbeteiligten können an dieser Veranstaltung mitwirken und die Bevölkerung über ihr Vorhaben informieren.

In Vorbereitung des Informations- und Meinungsmarktes werden jeweils Vorgespräche mit den einzelnen Gruppen durchgeführt. In diesen Gesprächsrunden werden die Mitwirkungsbereitschaft und die konkreten Unterstützungsmöglichkeiten für die Durchführung der Vor-Ort-Veranstaltung besprochen.

Modul 3 Umgestaltungsevent „Just do it“

An den Informations- und Meinungsmarkt schließt sich bei entsprechender Mitwirkungsbereitschaft ein Umgestaltungsevent mit dem Arbeitstitel „Just do it“ an. Hier werden die Vorschläge, die auf dem Informations- und Meinungsmarkt gesammelt wurden, in Form von (Modell)Bauten in die Tat umgesetzt. Die einzelnen Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten somit ein reales Bild und fördern die Vorstellungskraft der umzusetzenden Maßnahmen. Eventuell lassen sich mögliche Synergien zwischen bisher differierenden Vorstellungen entwickeln.

Modul 4 Szenarienbasiertes Planspiel

Nach entsprechender Vorbereitung werden Prozessbeteiligte, Bürgerinnen und Bürger sowie Expertinnen und Experten zu verschiedenen Szenarien im Rahmen eines strukturierten Planspiels durchführen. Die Ergebnisse und Empfehlungen werden in einem Bürgergutachten zusammengeführt und anschließend der Verwaltung und den Stadtverordneten, der Landeshauptstadt Potsdam übergeben.

Im Rahmen mehrerer Veranstaltungen werden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem gemeinsamen Prozess mit den Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten befassen. Die Grundlage bilden Entwicklungsszenarien, die in unterschiedlichen zeitlichen Etappen durchgespielt werden. Die Szenarien unterscheiden sich im Hinblick auf die Realisierung bzw. das Scheitern des Baus des Kirchturms und des Kirchenschiffs der Garnisonkirche, des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus sowie des umgebenden Stadtraumes. Denkbare Spielvarianten sind:

Szenario 1:

Der Neubau von Kirchturm und Kirchenschiff der Garnisonkirche wird bis 2030 nicht realisiert. Das Rechenzentrum bleibt als Kunst- und Kreativhaus bis mindestens 2045 erhalten. Alternativ ist auch die Variante zu berücksichtigen, dass das Rechenzentrum als Kunst- und Kreativhaus scheitert.

Szenario 2:

Der Kirchturm der Garnisonkirche wird zwischen 2016 und 2019 errichtet, das Kirchenschiff folgt in den Jahren 2019 bis 2023. Demzufolge kann das Rechenzentrum als Kunst- und Kreativhaus bis 2018 genutzt werden.

Szenario 3:

Der Kirchturm der Garnisonkirche wird zwischen 2016 und 2019 errichtet. Das Kirchenschiff wird nicht gebaut. Das Rechenzentrum bleibt als Kunst- und Kreativhaus bis mindestens 2045 erhalten. Alternativ ist auch die Variante zu berücksichtigen, dass die Nutzung des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus nicht fortgesetzt wird.

Für die Szenarien, die einer vertieften Betrachtung unterzogen werden sollen, gibt der Begleitkreis Empfehlungen, die in der konkreten Vorbereitung zu berücksichtigen sind. Das Planspiel wird in einem gemeinsamen Prozess an mindestens zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden durchgeführt. Teilnehmer sind nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Potsdamerinnen und Potsdamer, Vertreter der Prozesspartner sowie Expertinnen und Experten aus den Bereichen Bau- und Planungsrecht, Städtebau, Landschaftsplanung und Architektur. Bedarfsbezogen können weitere Experten beteiligt werden. Die Experten und Prozesspartner haben die Aufgabe zu Beginn durch Fachbeiträge die Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Dabei ist es ausdrücklich gewünscht, dass Konflikte und unterschiedliche Auffassungen klar benannt werden. Die Szenarien werden in Kleingruppen bearbeitet, deren Zusammensetzung im Laufe des Planspiels wechselt. Die Ergebnisse des Planspiels werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst und an die Stadtverordnetenversammlung übergeben.

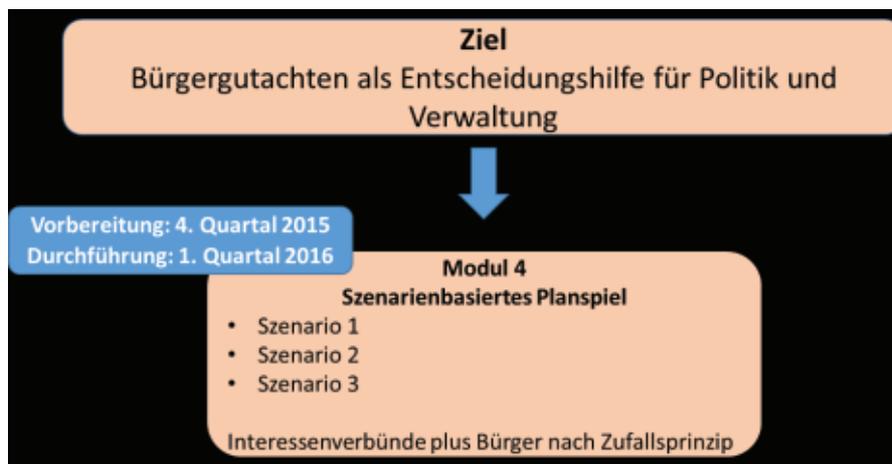


Abbildung 10: Zielumsetzung im Dialog- und Beteiligungsverfahren

Modul 5 Begleitende Öffentlichkeitsarbeit

Das Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche möchte der breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit einräumen sich zu informieren und eine Meinung zum weiteren Umgang mit diesem wichtigen Stadtraum zu bilden. Der gesamte Beteiligungsprozess soll daher durch unterschiedliche Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Wichtigstes Medium ist eine Website als zentrale Informationsplattform. Zudem wird eine Medienpartnerschaft angestrebt.



Abbildung 11: Zielumsetzung im Dialog- und Beteiligungsverfahren

3.3 Verfahrensablauf

Ein Verfahrensablauf wurde den Prozessbeteiligten auf der Veranstaltung am 9. September 2015 vorgeschlagen.

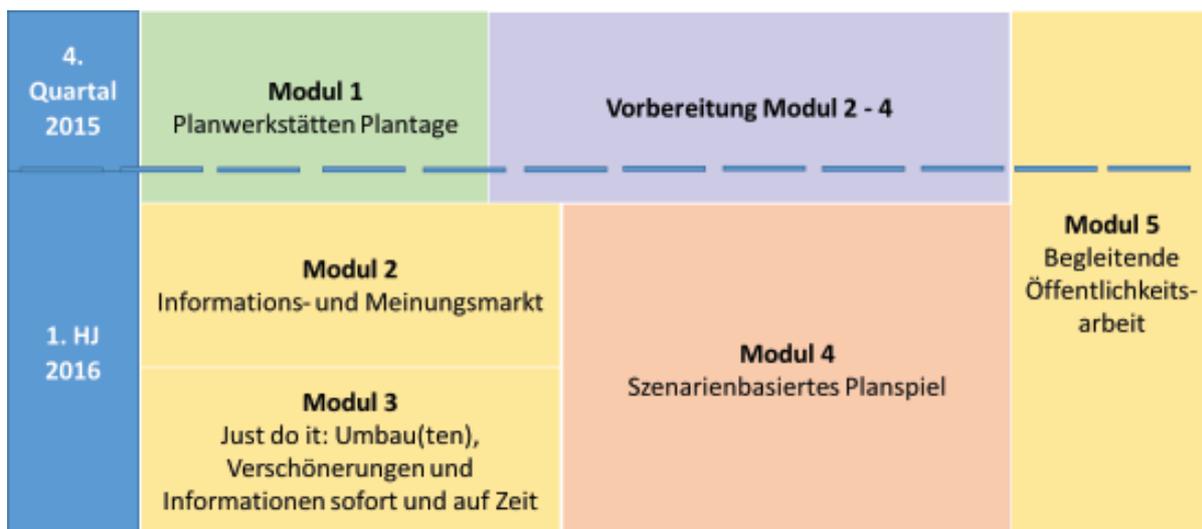


Abbildung 12: Verfahrensablauf

4 Rückkopplung

4.1 Informationsveranstaltung 9. September 2015

Am 9. September 2015 wurden die Ergebnisse der Vorgespräche sowie die möglichen Formate und der Ablauf des Dialog- und Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche den Prozessbeteiligten in der Veranstaltung „Status quo und wie weiter?“ vorgestellt. Der Sanierungsträger Potsdam informierte über das Wettbewerbsverfahren Plantage.

Im zweiten Teil der Veranstaltung teilten sich die Prozessbeteiligten in drei Gruppen auf. Es wurde folgende Gruppeneinteilung vorgeschlagen, die größtenteils angenommen wurde:

- Vorhabenträger und Nutzer
- historisch, weltanschaulich, stadtplanerisch Interessierte / pro Wiederaufbau Garnisonkirche
- historisch, weltanschaulich, stadtplanerisch Interessierte / kontra Wiederaufbau Garnisonkirche

In den gebildeten Kleingruppen fand ein Austausch zum Dialog- und Beteiligungsverfahren statt. Fragen wurden durch die Ansprechpartner von cK, der WerkStadt für Beteiligung und dem Sanierungsträger Potsdam beantwortet bzw. aufgenommen. Des Weiteren wurde der LOI vorgestellt. Der LOI und die Rückmeldebögen wurden an die Prozessbeteiligten ausgegeben.

Alle Prozessbeteiligte, mit denen Einzelgespräche durchgeführt wurden, waren bei der Veranstaltung vertreten. Einzige Ausnahme bildeten der AStA der Uni Potsdam und der Verein der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten; Landesverband Brandenburg (VVN-BdA).

4.2 Nachbereitung der Veranstaltung

Per E-Mail wurden allen Prozessinteressierten am 14. September 2015 die Unterlagen der Veranstaltung „Status quo und wie weiter?“ zur Verfügung gestellt. Diese beinhalteten die Präsentation, den Entwurf der Absichtserklärung / LOI sowie den Rückmeldebogen. Die Prozessinteressierten wurden anschließend über die nächsten vorgesehenen Schritte informiert. Bis zum 12. Oktober 2015 konnte der LOI im Kreis der Prozessinteressierten besprochen werden. cK und die WerkStadt für Beteiligung boten hier weitere Gesprächstermine an, falls der Bedarf an einer Klärung von Rückfragen gewünscht war. Die Übermittlung des Rückmeldebogens, mit dem die Prozessbeteiligten ihre grundsätzliche Mitwirkungsbereitschaft – oder ihren Ausstieg erklären – und einen Vertreter für den Begleitkreis benennen, sollte bis zum 12. Oktober 2015 an cK übermittelt werden. Die Empfänger wurden weiterhin darüber informiert, dass im Oktober eine Auswertung der Rückmeldebögen erfolgt und eine Information über das weitere Verfahren zum gegebenen Zeitpunkt erfolgen wird.

Um ein erstes Feedback auf die E-Mail vom 14. September 2015 zu erhalten, führten cK und die WerkStadt für Beteiligung im Zeitraum vom 17. September 2015 bis 22. September 2015 Telefonate mit allen Prozessbeteiligten durch. Da die Anliegen der Max-Dortu-Grundschule, dem Fröbelhort "Kastanienhof", der SPI Wildwuchs Streetwork und dem Kinder- und Jugendbüro in einer Gesprächsrunde am 16. September 2015 mit der WerkStadt für Beteiligung besprochen wurden, fanden mit diesen Prozessbeteiligten keine Telefonate statt. In den Anrufen wurden die Prozessbeteiligten auf drei Punkte angesprochen:

1. *Haben Sie Fragen zum Verfahren? Welche?*
2. *Möchten Sie ein weiteres Treffen für Rücksprachen und Fragen mit der WerkStadt für Beteiligung und/oder cK vereinbaren oder evtl. auch mit anderen Gruppen?*
3. *Ist die Rückmeldefrist für den Rückmeldebogen (12. Oktober 2015) angemessen oder benötigen Sie mehr Zeit?*

Die Möglichkeit eines zusätzlichen Treffens wurde von einigen wenigen Prozesspartnern in Anspruch genommen, von der Mehrheit der Gruppen allerdings nicht. Die Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e.V. bat um eine Verlängerung der Rückmeldefrist von einer Woche. Einige weitere Gruppen teilten ebenfalls mit, dass sie ihre Rückmeldungen erst nach einer von

der Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche für den 15. Oktober angesetzten Pressekonferenz abgeben möchten. Um all diesen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können, wurde die Rückmeldefrist bis zum 20. Oktober 2015 verlängert und allen Prozessbeteiligten dies per E-Mail mitgeteilt.

4.3 Rückmeldungen³

Alle Prozessbeteiligten haben ihre Rückmeldebögen bzw. Statements per E-Mail übermittelt. Insgesamt sind 18 Rückmeldungen eingegangen. Mit der SPI Kunst- und Kreativhaus „Altes Rechenzentrum“, hat sich eine weitere Gruppe für die Teilnahme am Dialog- und Beteiligungsverfahren ausgesprochen, die in den bisherigen Prozess nicht involviert war. Die Rückmeldungen werden im Folgenden in Alphabetischer Reihenfolge zusammengefasst.

³ Übersicht Rückmeldebögen/Statements LOI in Anlage 3

Rückmeldungen zum LOI

Organisation/Akteure	Rückmeldung	Partner	Begleitkreis	Anmerkungen LOI	Teilnahmebedingungen/Anforderung
Beteiligungsrat der LHP	12.10.2015	ja	Jörn Broneske, Hans-Jürgen Horn, Ricarda Stremlow	- größerer Zeitraum für Realisierungswettbewerb Plantage - mehr Offenheit und unterschiedliche Szenarien bei Modul 4 - klare Möglichkeit der Änderung des B-Plan Nr.1 benennen	- allgemeinverständliche Information der Öffentlichkeit - Chancengleichheit der teilnehmenden Gruppen bei der Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen - Stadt/Politik sollen neutral agieren - wenn notwendig, das Verfahren – unter Wahrung des Gesamtzusammenhangs – in Teilprozesse aufspalten
Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche	15.10.2015	ja	Keine Benennung	- Umbenennung des Bürgerdialogs in „Diskussionsforum“ - Begleitkreis legt Prozesssteuerung und Moderation im Konsens fest > Rolle von ck wird zur Disposition gestellt	- Mindestmaß an Ergebnisoffenheit und Entscheidungsspielraum - Beteiligung nur am Thema Garnisonkirche - zwei Diskussionsveranstaltungen zu ausgewählten Themen: Bsp: Finanzierung, Baukosten und jetzige Nutzungskonzepte - Kreativwerkstatt zu alternativen Nutzungsideen bei Scheitern des Projektes - Transparenz während des gesamten Verfahrens - begleitende Öffentlichkeitsarbeit des Verfahrens nur durch einstimmige Zustimmung des Begleitkreises - Mitwirkung bei der Formulierung der Fragestellung durch den Begleitkreis im Falle einer Bürgerbefragung
BI Plantage	11.10.2015	ja	Frank Paul, Natalie Gommert	- wird auf Wunsch der Initiative nicht veröffentlicht; Stellungnahme im Anhang 3	

Bündnis Potsdamer Mitte	10.10.2015	ja	Ulrich Zimmermann	<ul style="list-style-type: none"> - rechtliche Rahmenbedingungen aufzeigen - Betrachtung der Plantage, Garnisonkirche, Stadtkanal und Rechenzentrum als Gesamtensemble - Einbeziehung der Öffentlichkeit und Transparenz 	- Akzeptanz der rechtlichen Rahmenbedingungen
Elternkonferenz Max-Dortu Grundschule	20.10.2015 (Telefonisch)	ja	Thomas Wasmuth	<ul style="list-style-type: none"> - Ziel der Elternkonferenz: Schaffung einer (grund-)schulischen Sportmöglichkeit und Spielplatz auf Plantage - keine öffentliche Position zu Rechenzentrum und Garnisonkirche - evtl. Einbringung bei Gestaltung der Plantage 	
Fördergesellschaft Wiederaufbau Garnisonkirche Potsdam	19.10.2015	ja	Keine Benennung	<ul style="list-style-type: none"> - Zwangspunkte müssen deutlicher dargestellt werden (Baugenehmigung, zeitliche Zwänge Plantage etc.) 	
Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V. / Bauverein Potsdamer Stadtkanal von 1722 e.V.	11.10.2015	ja	Keine Benennung		<ul style="list-style-type: none"> - Teilnahme nur an Verfahren, die auch die Instandsetzung bzw. Wiederherstellung des Stadtkanal thematisieren - Akzeptanz der rechtlichen Rahmenbedingungen - Anerkennung der abschließenden Zuständigkeit der SVV
Fröbelhort	12.10.2015	ja	Keine Benennung	<ul style="list-style-type: none"> - Schüler der Max-Dortu Schule in Planung Plantage einbeziehen - Befragung der Anwohner zur Plantage - Verfahren Plantage und Rechenzentrum/Garnisonkirche trennen 	<ul style="list-style-type: none"> - Beteiligung erst bei endgültiger Entscheidung des Bauverlaufs (Zeitproblem)

Kulturlobby	18.10.2015	ja	André Tomczak, Elias Franke	<ul style="list-style-type: none"> - Verzicht auf Modul 1 - Zeitplan nicht umsetzbar, Verbindlichkeit nicht geklärt - möglichst ganzheitliche Betrachtung Plantage, Rechenzentrum, Garnisonkirche → alternativ Herauslösung der Plantage aus dem Verfahren möglich, so dass Schulsportbe- lange berücksichtigt werden, ohne das Vorfest- legungen getroffen werden - Umbenennung LOI in „Absichtserklärung der Beteiligten“ - Punkt 4 „Vertraulichkeit“ komplett streichen 	<ul style="list-style-type: none"> - Verbindliche Anerkennung der Ergebnisse des Ver- fahrens von allen direkt Beteiligten und der Stadt- politik - wenn Verfahren kein eindeutiges Ergebnis bringt, Bürgerentscheid über die Entwicklung des Berei- ches - öffentliche Sitzungen des Begleitkreises - Zurückstellung Realisierungswettbewerb Plantage - Ergebnisse des Verfahrens werden inhaltliche Grundlage des Realisierungswettbewerbs - Begleitkreis entscheidet über Ablauf des Verfah- rens
Max-Dortu-Grund- schule	05.10.2015	nein		<ul style="list-style-type: none"> - Sind nicht Partner im Verfahren, Schulträger ist für die Schaffung der äußeren Gegebenhei- ten zur Schulorganisation verantwortlich - Schulverwaltung sollte als Ansprechpartner gewonnen werden - Fragen wurden an die Stadtverwaltung wei- tergeleitet 	
MITTESCHÖN	07.10.2015	ja	Liane Carstens	- Gesamtbetrachtung Plantage, Stadtkanal, Garnisonkirche und Langer Stall	- Akzeptanz der rechtlichen Rahmenbedingungen
Potsdamer Mitte Neu denken	15.10.2015	ja	Keine Benen- nung	<ul style="list-style-type: none"> - Umbenennung LOI in „Absichtserklärung der Beteiligten“ - Punkt 4 „Vertraulichkeit“ komplett streichen 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausgestaltung des Verfahrens durch den Begleit- kreis - öffentliche Sitzungen des Begleitkreises - Verbindliche Anerkennung und Umsetzung der Er- gebnisse des Verfahrens durch Stadtpolitik und alle Beteiligten - Bürgerentscheid oder zumindest Bürgerbefragung über Wiederaufbau der Garnisonkirche

						<ul style="list-style-type: none"> - Zurückstellung Realisierungswettbewerb Plantage - Ergebnisse des Verfahrens werden inhaltliche Grundlage des Realisierungswettbewerbs
SPI Kunst- und Kreativhaus „Altes Rechenzentrum“	12.10.2015	ja	Andreas von Es-sen, Anja Engel	<ul style="list-style-type: none"> - ein Vertreter der im Rechenzentrum einge-mieteten Künstler soll zusätzlich zur Teilnahme im Verfahren gewonnen werden 		
SPI Wildwuchs	09.10.2015	ja	Stephan Mer-tens, Olaf Caesar	<ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Trennung Plantage und Rechen-zentrum/Garrisonkirche - Ausgewogene Zusammensetzung des Begleit-kreises - Regelung über Verstöße ist unrealistisch, Aus-schluss nicht wünschenswert - Öffentlichkeit und Transparenz des gesamten Verfahrens 		
Stadtjugendring Pots-dam	12.10.2015	ja	Katja Altenburg, Manuela Neels, Kristin Behnke			<ul style="list-style-type: none"> - nur Partner beim Realisierungswettbewerb Plan-tage, gemeinsam mit Max-Dortu Schule und Hort Kastanienhof - Bedingung: tatsächlicher Entscheidungsspielraum sowie angemessener zeitlicher Rahmen
Stiftung Garrisonkir-che	05.10.2015	ja	Wieland Eschen-burg	<ul style="list-style-type: none"> - unmissverständlich aufzählen, mit wem Ge-spräche geführt wurden (LOI, Seite 3) - Teilnehmende alphabetisch aufzählen - evangelischen Kirchenkreis einbeziehen - Rolle der WerkStadt klarstellen - rechtlichen Verbindlichkeiten deutlich benen-nen - Sanierungsziele als Anlage beifügen - B-Plan Nr. 1 als Anlage beifügen 	<ul style="list-style-type: none"> - Akzeptanz der rechtlichen Rahmenbedingungen - Ablehnung des Zufallsprinzips der Bürgerauswahl - Verbindung Realisierungswettbewerb zu Rechen-zentrum/Garrisonkirche deutlicher machen und Sinnhaftigkeit in vorliegender Form prüfen - zum Plantagenverfahren soll auch der Stadtkanal und der Lange Stall gehören - mehr Zeit für Beteiligung zur Plantage benötigt - Zurückstellung von Modul 1: Planwerkstätten Plantage nach Szenenbasiertes Planspiel 	

				<ul style="list-style-type: none"> - klarere Formulierung des Satzes "Das beinhaltet auch unterschiedliche kommunalpolitische Entscheidungsoptionen" (S. 4, Punkt 2, 1. Absatz, letzter Satz) - im wessen Auftrag arbeitet cK? - Beschreibung der Stiftung ändern (Vorschlag liegt vor) - Zuordnung Synagogengemeinde ändern - klarere Darstellung des Absatzes "Vertraulichkeit" 	
Synagogengemeinde	18.09.2015	ja	Ud Joffe	<ul style="list-style-type: none"> - Korrektur Darstellung Synagogengemeinde - die Aufteilung der Gruppen in Pro und Kontra streichen; falls nicht möglich/gewünscht: die Synagogengemeinde ist neutral Mündlich: - wünschenswert: geistlicher Vertreter des Ev. Kirchenkreises, der differenzierte Meinung in die Diskussion mitbringt - Rolle der in den teilnehmenden Gruppen vertretenen Kommunalpolitik(er/innen) ist zu thematisieren 	
Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V. (AMFV)	12.10.2015	ja	Dr. Jörg Kwapis, Carsten Linke	<ul style="list-style-type: none"> - mitMachen e.V. als neutraler Verfahrensbeobachter - die Aufteilung der Gruppen in Pro und Kontra streichen - alle Szenarien streichen und erst im Prozess gemeinsam erarbeiten; alternativ Variante 1 wie beschrieben umbenennen 	<ul style="list-style-type: none"> - durchgehende Transparenz und Öffentlichkeit - klare Definition der Start- und Abbruchbedingungen des Verfahrens - Verfahren zur Plantage hat keine Sachzwänge für Rechenzentrum zur Folge - Konkretisierung des Verfahrensziels, speziell der Module 4 und 5

				<ul style="list-style-type: none"> - Regelungen zu Veröffentlichungsrechten der Teilnehmenden (Abschnitt 4, „Grundlegendes“, letzter Absatz) streichen - ebenda Abschnitte „Vertraulichkeit“ und „Verstöße“ streichen 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausscheiden der Stiftung Garnisonkirche oder der BI Potsdam ohne Garnisonkirche ist ein festgelegter Abbruchgrund - Teilnahmequorum von 75% der aufgeführten Organisationen für Verfahrensführung
--	--	--	--	---	--

5 Zusammenfassende Bewertung

5.1 Kurzbewertung der Rückmeldungen

Die 18 Rückmeldungen der Prozessinteressierten weisen ein breites Spektrum an Anregungen, Fragen, Positionen, Vorbedingungen und Vorschlägen auf. Nahezu durchgängig wurden Anmerkungen zum Entwurf einer Vereinbarung (LOI) und zum Vorschlag für das Dialog- und Beteiligungsverfahren gemacht. Eine Reaktion erfolgte durch:

- Beteiligungsrat der Landeshauptstadt Potsdam
- Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche
- Bürgerinitiative Plantage
- Bündnis Potsdamer Mitte
- Elternkonferenz Max-Dortu Grundschule
- Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e.V.
- Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V. / Bauverein Potsdamer Stadtkanal von 1722 e.V.
- Fröbelhort „Kastanienhof“
- Kulturlobby
- Max-Dortu-Grundschule
- Mitteschön!
- Potsdamer Mitte neu denken
- SPI Kunst- und Kreativhaus „Altes Rechenzentrum“
- SPI Wildwuchs
- Stadtjugendring Potsdam
- Stiftung Garnisonkirche Potsdam
- Synagogengemeinde Potsdam
- Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V. (AMFV)

Eine grundsätzliche Mitwirkungsbereitschaft am Begleitkreis wurde von 13 Prozessbeteiligten signalisiert, wobei in 10 Fällen auch namentliche Vertreter für den angedachten Begleitkreis benannt wurden. Eine eindeutige Absage wurde von der Max-Dortu-Grundschule ausgesprochen. Die Max-Dortu-Grundschule verweist wegen der fehlenden Legitimation einer eigenständigen Stellungnahme auf die Zuständigkeit der Schulverwaltung, das heißt auf die Landeshauptstadt Potsdam. Einschränkend im Hinblick auf eine grundsätzliche Mitwirkung im Begleitkreis bzw. auf einzelne Fragestellungen

und / oder räumliche Teilbereiche sind die Stellungnahmen von Fröbelhort, Elternkonferenz der Max-Dortu-Grundschule, Stadtjugendring Potsdam und der BI für ein Potsdam ohne Garnisonkirche.

Bezogen auf die grundsätzliche Durchführbarkeit des Verfahrens lassen sich die nachfolgenden zentralen Themen- und Aussagefelder zusammenfassen:

Wettbewerb Plantage

In 13 Rückmeldungen werden Bedenken und Vorbehalte im Hinblick auf die zeitliche Einordnung des Verfahrens zur Durchführung des landschaftsplanerischen Wettbewerbes geäußert. Zudem wird befürchtet, dass dadurch vorgezogenen Festlegungen für den Bereich von Rechenzentrum, Garnisonkirche und die umgebenden öffentlichen Flächen getroffen werden. Daher wünscht der überwiegende Teil der Prozessinteressierten eine Zurückstellung des Wettbewerbes, damit mögliche Ergebnisse des Dialog- und Beteiligungsverfahrens in die Aufgabenstellung des Wettbewerbs einfließen können.

Einige Rückmeldungen thematisieren den Bereich Plantage und damit das vorgeschlagene Beteiligungsmodul 1 nicht explizit. Die für die Einbindung von Kindern und Jugendlichen relevanten Prozessbeteiligten, wie Fröbelhort, Elternkonferenz der Max-Dortu-Grundschule und Stadtjugendring Potsdam sehen insbesondere zeitliche Restriktionen. Eine Einbindung von Schülerinnen und Schülern halten sie jedoch grundsätzlich für sinnvoll.

Spielräume und Grenzen

Ein hohes Maß von gegensätzlichen Aussagen betrifft die Ziele des Verfahrens. In 7 Stellungnahmen wird als Grundvoraussetzung für die Durchführung des Verfahrens die Anerkennung der gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen und die Akzeptanz von Zwangspunkten für notwendig erachtet. Demgegenüber sprechen sich 5 Stellungnahmen für eine offene Betrachtung der Entwicklungsoptionen aus. Die vorgeschlagenen Szenarien werden dementsprechend entweder als zu offen bzw. zu eingeschränkt betrachtet.

Gegenüber der Einbindung von Bürgern nach dem Zufallsprinzip werden von einem zentralen Prozessbeteiligten Bedenken angemeldet, da sich dadurch ein verzerrtes Bild ergeben könnte.

Verbindlichkeit

Zur Verbindlichkeit der Ergebnisse eines Beteiligungs- und Dialogverfahrens werden unterschiedliche Einschätzungen erkennbar, die teilweise als konkrete Vorbedingungen benannt werden. So wird bspw. die sofortige Durchführung einer Bürgerbefragung zum Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche oder auch ein Bürgerentscheid als Option bei nicht eindeutigem Ergebnis vorgeschlagen.

Die Verfahrensziele und damit die Entscheidungsspielräume sollen über eine politikberatende Funktion hinausgehen bzw. sollten seitens der Kommunalpolitik im Vorfeld eine Positionierung zur verbindlichen Anerkennung der Ergebnisse erfolgen. Eine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung der Verfahrensergebnisse würde die Akzeptanz steigern.

Rolle von Verwaltung / Politik

Von der Verwaltung wird ein neutrales Verhalten eingefordert und zur Einbindung der Kommunalpolitik in das Verfahren müssen Lösungen erarbeitet werden. Dies betrifft zum einen die fortlaufende Information der Entscheidungsträger aber auch den Umgang mit Kommunalpolitikern, die sich in einzelnen Interessengruppen engagieren.

Begleitkreis

Zum Begleitkreis wird eine Reihe von Aussagen getroffen. Hinweise wie die Erweiterung um Vertreter des evangelischen Kirchenkreises bzw. der im Rechenzentrum eingemieteten Künstler werden ergänzt um die Bitte einer Klärung zum Umgang mit „Doppelrollen“ das heißt Personen, die für mehrere Gruppen auftreten. Mehrfach wird dem Begleitkreis eine zentrale Position im Verfahren zugesprochen d.h., dass dort Ablauf, Prozessteuerung und Moderation festgelegt werden sollen. Eine Stellungnahme formuliert ein Teilnahmekorum 75 % als Voraussetzung und sieht in einer Nicht-Teilnahme der Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche bzw. der Stiftung Garnisonkirche einen Grund für den Abbruch des gesamten Verfahrens.

Rolle WerkStadt für Beteiligung / mitMachen e.V.

In einzelnen Rückmeldungen wird die Rolle der WerkStadt für Beteiligung bzw. des mitMachen e.V. thematisiert. Dabei reicht das Spektrum von der Neutralität, die nicht gegeben sei bis zum Vorschlag den Verein als neutralen Verfahrensbeobachter einzusetzen.

Öffentlichkeit

Mehrfach werden Anforderungen an den Umgang mit der Öffentlichkeit formuliert. So wird die allgemeinverständliche Information als Erfordernis benannt und es wird die Frage nach der Form der Dokumentation der Abstimmungen gestellt. Transparenz und stets öffentliche Sitzungen des Begleitkreises werden mehrfach formuliert.

Verfahrensablauf

Zum Verfahrensablauf wird neben den oben genannten Bedenken hinsichtlich der Verzahnung des landschaftsplanerischen Wettbewerbs und des szenarienbasierten Planspiels mehrfach der Hinweis gegeben, dass die konkrete Ausgestaltung im Begleitkreis abgestimmt werden muss.

Die Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche schlägt vor, das Thema Garnisonkirche aus dem Dialog- und Beteiligungsverfahren herauszulösen und ein Diskussionsforum einzuberufen. Im Rahmen von zwei Diskussionsveranstaltungen sollen Fragen des geplanten Wiederaufbaus und einer Kreativwerkstatt Nutzungsideen für den Fall des Ablaufs der Baugenehmigung bzw. das Scheitern des Projektes entwickelt werden.

6 Ausblick und Empfehlungen

6.1 Vorbemerkung

Mit dem Grobkonzept für das Verfahren und dem Entwurf einer möglichen Vereinbarung (LOI) wurde den grundsätzlich am Prozess interessierten Beteiligten ein Vorschlag unterbreitet. Dieser Vorschlag geht davon aus, dass bestimmte Prämissen für ein Dialog- und Beteiligungsverfahren gegeben sind. Dazu zählen:

- die vorliegende Baugenehmigung zur Errichtung des Kirchturms der Garnisonkirche,
- die angelaufene Zwischennutzung des Rechenzentrums als Arbeitsort für Kreativschaffende,
- das Erfordernis zur Gewährleistung der Inanspruchnahme von Bund-Landesmitteln der Städtebauförderung Baumaßnahmen im Bereich Plantage zügig planerisch vorzubereiten und umzusetzen,
- der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Berücksichtigung von Ergebnissen eines Beteiligungsverfahrens in der Bauleitplanung (B-Plan Nr.1) sowie

- die Positionierung von wesentlichen Teilen der Potsdamer Stadtbewohner für bzw. gegen das Projekt Wiederaufbau Garnisonkirche durch Unterschrift und / oder zivilgesellschaftliches Engagement.

Bereits in den Vorgesprächen wurde deutlich, dass die Auffassungen zum Projekt Wiederaufbau Garnisonkirche grundsätzlich voneinander abweichen. Es wurde aber auch Gesprächsbereitschaft signalisiert, wenn im Prozess eine umfassende räumliche Betrachtung sowie eine Berücksichtigung möglicher Entwicklungen im weiteren Zeitverlauf gewährleistet werden. Ebenso wurde der Wunsch nach einer Einbindung der Potsdamerinnen und Potsdamer, für den Bereich der Plantage insbesondere die von Kindern und Jugendlichen, formuliert.

Im Ergebnis des Rückmeldeverfahrens zum vorgelegten Vorschlag lassen sich folgende „Knackpunkte“ identifizieren, die wir im Hinblick auf Lösungsmöglichkeiten geprüft und bewertet haben:

- Verknüpfung von landschaftsplanerischem Realisierungswettbewerb mit dem Beteiligungsverfahren (Kapitel 6.2)
- Auswahl der Szenarien & Bürgergutachten (Kapitel 6.3)
- Verbindlichkeit von Verfahrensergebnissen & Einbindung der Kommunalpolitik (Kapitel 6.4)
- Vorschlag der Diskussionsforen (Kapitel 6.5)
- Besetzung und Arbeitsweise des Begleitkreises (Kapitel 6.6)

6.2 Landschaftsplanerischer Realisierungswettbewerb

Zeitlicher Ablauf

Aufgrund der räumlichen und thematischen Verflechtungen ist eine ganzheitliche Betrachtung des Stadtraums Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche weiterhin zu empfehlen. Ein angemessenes Beteiligungsverfahren zur Berücksichtigung der Belange der Schülerinnen und Schüler der Max-Dortu-Grundschule sowie der Kinder und Jugendlichen, die diesen Stadtraum aktiv zur Freizeitgestaltung nutzen, sind aus unserer Sicht unverzichtbar. Die formulierten Bedenken und Hinweise der Prozessinteressierten sind nachvollziehbar.

Die im Rahmen der Informationsveranstaltung am 9. September 2015 vorgestellten Optionen zur Verknüpfung der formalen Anforderungen des Realisierungswettbewerbes mit den Ansprüchen an eine möglichst weitgehende Einbindung der Prozessbeteiligten sollten genutzt werden. Damit könnte exemplarisch aufgezeigt werden, dass die Landeshauptstadt Potsdam Ergebnisse von Beteiligungsprozessen in bestmöglicher Weise in die inhaltliche Vorbereitung öffentlicher Bauvorhaben einfließen lässt.

Um dies zu gewährleisten, sind zwei Vorgehensweisen denkbar: Erstens kann die Auslobung des landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerbs und damit die Umsetzung der baulichen Maßnahmen zurückgestellt werden. Die Optionen für den damit verbundenen zeitlich versetzten Einsatz von Städtebaufördermitteln sollten daher nochmals geprüft werden.

Zweitens kann ein alternatives Vorgehen gewählt werden, sollte sich eine zeitliche Verschiebung der Maßnahme als nicht machbar herauskristallisieren. Neben der unseres Erachtens grundsätzlich erforderlichen professionellen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen könnte in diesem Fall der landschaftsplanerische Wettbewerb als Instrument für die Erzeugung von Vorschlägen und Ideen für unterschiedliche Entwicklungsszenarien genutzt werden.

Auswahl Partizipationsexperten für Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an der Konzepterstellung zur Gestaltung innerstädtischer, öffentlicher Schulsport- und Freizeitflächen ist eine besondere Chance. Mit dem landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb sollen Lösungsvorschläge entwickelt werden, die aufzeigen, in welcher Weise Schul-, Sport- und Freizeitnutzungen mit dem Anspruch einer optimalen Einfügung in das historische Umfeld in Übereinstimmung gebracht werden können. Den Interessen von Kindern und Jugendlichen muss dabei eine Stimme gegeben werden.

Basis für eine fundierte Entwicklung und Formulierung von Ideen, Positionen und Vorschlägen ist die Vermittlung der besonderen Rahmenbedingungen in diesem Planungsraum. Das umfasst auch das Verständnis für die geschichtlichen Prozesse, die zur Raumbildung und zu den Veränderungen im Laufe der Zeit geführt haben. Darauf aufbauend können Kinder und Jugendliche mit Hilfe einer professionellen Begleitung konkrete Vorstellungen entwickeln, die in den weiteren Planungsprozess einbezogen werden können. Die Mitwirkungs- und Entscheidungsspielräume sind im Vorfeld klar zu definieren und zu vermitteln.

Die Begleitung eines entsprechenden Partizipationsverfahrens sollte durch Experten erfolgen, die über entsprechende Erfahrungen verfügen und im Rahmen eines qualifizierten Bewerbungs- und Auswahlverfahrens ermittelt werden. Träger des Verfahrens sollte der Sanierungsträger Potsdam sein.

Erweiterung der Wettbewerbsaufgabe um einen Ideenteil

Eine Auslobung des landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerbes auf Grundlage der Vorgaben des Bebauungsplanes wird – zumindest mit Blick auf die Rückmeldungen – nicht auf Akzeptanz bei den Projektinteressierten stoßen. Daher könnten die Wettbewerbsteilnehmer in einem Ideenteil Lösungen für den Bereich des Grundstückes der Garnisonkirche und des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums einschließlich des dortigen Freiraumes erarbeiten. Jeder Wettbewerbsteilnehmer sollte dabei zwingend Bebauungs- und Gestaltungsvorschläge für unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten entwerfen. Denkbar sind folgende Varianten:

- a. Kirchturm und Kirchenschiff ohne Rechenzentrum (aktueller B-Plan)
- b. Kirchturm und Rechenzentrum ohne Kirchenschiff
- c. Kirchturm und Kirchenschiff mit Rechenzentrum
- d. Kirchturm ohne Kirchenschiff und Rechenzentrum
- e. Gedenkort mit Gebäuden
- f. Gestaltung ohne Gebäude

Mit dem Wettbewerb entstehen auf diese Weise Bilder, die die Ausarbeitung des Bürgergutachtens unterstützen.

Federführung und Organisation

Die Verantwortung für den Landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb mit Ideenteil einschließlich des Beteiligungsverfahrens sollte beim Sanierungsträger Potsdam in Zusammenarbeit mit dem Bereich Stadterneuerung liegen.

6.3 Szenarienbasiertes Planspiel & Bürgergutachten

Die vertiefte Betrachtung unterschiedlicher Szenarien ist weiterhin wichtig, um unterschiedliche Entwicklungsoptionen hinsichtlich der kommunalen Entscheidungsoptionen inhaltlich und zeitlich einzuordnen. Mit szenarienbasierten Planspielen können mögliche Planungs- und Umsetzungsvarianten simuliert werden. In Auswertung der Stellungnahmen mehrerer Prozessinteressierter im Rückmeldeverfahren kommen wir zu der Einschätzung, dass die Beteiligung wichtiger Interessengruppen an diesem Verfahrensmodul nicht gesichert werden kann. Zudem ist bei einer Beteiligung einiger Interessengruppen angesichts bereits gefestigter inhaltlicher Zielstellungen von einem taktischen Agieren auszugehen.

Wir schlagen daher vor, dieses Modul beizubehalten aber gleichwohl zu modifizieren. Als Gutachter sollen ausschließlich Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden, die bereit sind im Rahmen eines strukturierten Verfahrens ein Bürgergutachten zu erarbeiten, das eine Entscheidungshilfe für die kommunalpolitischen Entscheidungsträger darstellt. In den Prozess können die in diesem Bereich aktiven Bauherren (Stiftung Garnisonkirche, Sanierungsträger Potsdam) ebenso eingebunden werden wie die verschiedenen Interessengruppen. Auch können kommunalpolitische Vertreter gezielt eingeladen werden. Anhand eines Vorschlages, der idealerweise durch die Stadtverordneten unterbreitet wird, entscheiden die Gutachter, welche Fragestellungen sie vertieft bearbeiten und betrachten möchten.

Die Erstellung von Bürgergutachten (das Verfahren ist auch als „Planungszelle“ bekannt) wurde bundesweit mehrfach praktiziert. Die Befürchtung, dass sich bei der Zusammenstellung der Teilnehmer nach dem Zufallsprinzip einseitige Konstellationen ergeben könnten, hat sich in der Praxis nicht bestätigt. Zudem dienen entsprechende Prozesse ohnehin einer Überprüfung der individuellen Position. Für die Vorbereitung und Durchführung können und sollen auf dem Wege einer Ausschreibung geeignete Experten gewonnen werden. Die Erstellung des Bürgergutachtens sollte – abhängig von den im Vorfeld erforderlichen Entscheidungen der SVV – im 1. Halbjahr 2016 durchgeführt werden.

Federführung und Organisation

Die Erstellung des Bürgergutachtens sollte in Verantwortung der Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Wirtschaft, Kommunikation und Beteiligung erfolgen. Für die Durchführung ist – neben dem verwaltungsinternen Teil der WerkStadt für Beteiligung – ein geeigneter Dienstleister zu gewinnen.

6.4 Diskussionsforen

Der Vorschlag der Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche zur Anpassung des Verfahrens und zur Durchführung von Diskussionsveranstaltungen ist konsequent. Ebenso wie seitens der Stiftung – trotz aktuell gegebener Anpassungsbereitschaft – von dem Vorhaben Wiederaufbau nicht im Grundsatz abgewichen werden kann, konzentrieren sich die Gegner kompromisslos auf eine Verhinderung des Projektes. Ihre Arbeit kann die Auseinandersetzung in der Sache dennoch bereichern. Es wird daher empfohlen der Bürgerinitiative Mittel für die Vorbereitung und Durchführung von zwei Diskussionsrunden und einer Kreativwerkstatt sowie für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung zu stellen.

Im Sinne der Gleichbehandlung sind zwei weitere Interessengruppen zu berücksichtigen. Die Bürgerinitiativen, die sich für eine konsequente Wiederherstellung und Gestaltung der Potsdamer Mitte und des Bereichs Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche einsetzen sollten ebenfalls die Möglichkeit erhalten eigene Beteiligungs- und Diskussionsformate vorzubereiten und umzusetzen. Als dritte Gruppe könnten – soweit das Interesse vorliegt – den Vertretern der Initiative Potsdamer

Mitte neu denken Mittel zur Verfügung gestellt werden. Bedingung und Voraussetzung wäre jeweils die Durchführung von drei öffentlichen Veranstaltungen, eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit, die Bereitschaft auf Einladung der Bürgergutachter Rede und Antwort zu stehen sowie die laufende Berichterstattung zu den jeweiligen Aktivitäten im Begleitkreis (siehe weiter unten).

Selbstverständlich können die Stiftung Garnisonkirche und der Förderverein sich ebenfalls mit eigenen Formaten beteiligen. Hier wird jedoch eine finanzielle Unterstützung nicht für notwendig erachtet. Für die drei potenziellen Ausrichter von Diskussionsrunden hingegen sollten auf Basis einer schriftlichen Vereinbarung jeweils 10 T€ zur Verfügung gestellt werden, um entsprechende Diskussionsformate eigenständig zu bespielen.

Es ist vorstellbar, dass die Diskussionsforen bzw. Ergebnisse von Diskussionsveranstaltungen in das Modul 2 Informations- und Meinungsmarkt einfließen. Dieser ist weiterhin erforderlich, um die breite Öffentlichkeit zu informieren.

Das Modul 3 Just do it ist in der ursprünglich angedachten Form nicht mehr erforderlich, wenn die Diskussionsforen erfolgreich auf den Weg gebracht werden können. In diesem Fall könnte ein weiterer Informations- und Meinungsmarkt sinnvoll sein.

Federführung und Organisation

Das Etablieren der Diskussionsforen sollte in Verantwortung der Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Wirtschaft, Kommunikation und Beteiligung erfolgen. Die Begleitung kann durch den verwaltungsinernen Teil der WerkStadt für Beteiligung gewährleistet werden.

6.5 Begleitkreis

Der Begleitkreis wird weiterhin als unverzichtbar angesehen. Er kann jedoch nicht, wie von einzelnen Prozessinteressierten angeregt, zum zentralen Steuerungs- und Entscheidungsgremium für den Prozess werden, da im Ergebnis des Rückmeldeverfahrens nicht von einem grundsätzlichen Einvernehmen zur gemeinsamen Prozessgestaltung ausgegangen werden kann.

Das Entscheidungsrecht über die Durchführung und Ausgestaltung des Dialog- und Beteiligungsverfahrens liegt bei der Stadtverordnetenversammlung – der Begleitkreis hat daher eher die Rolle eines beratenden Gremiums und sollte entsprechend besetzt und durch SVV-Beschluss eingesetzt werden.

Unser Vorschlag zur Besetzung wird daher folgendermaßen angepasst:

- Vertreter aller SVV-Fraktionen
- Vertreter der Religionsgemeinschaften
- Vertreter der Diskussionsforen
- Vertreter des Beteiligungsrates
- ggf. Vertreter der Bürgergutachter

Der Begleitkreis wird regelmäßig über die aktuellen Sachstände im Dialog- und Beteiligungsverfahren informiert. Er befasst sich mit Anfragen der Begleitkreismitglieder und Anliegen, die von Dritten an ihn herangetragen werden. Er gibt Hinweise und Empfehlungen und nimmt bedarfsbezogen zu offenen Fragen Stellung. Zur Gewährleistung eines effizienten Austauschs ist eine professionelle externe Moderation vorzusehen.

Federführung und Organisation

Die Organisation des Begleitkreises sollte in Verantwortung der Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Wirtschaft, Kommunikation und Beteiligung erfolgen. Die Begleitung kann durch den verwaltungsin-
ternen Teil der WerkStadt für Beteiligung gewährleistet werden, wobei eine zusätzliche externe Mo-
deration unbedingt sinnvoll ist.

6.6 Verbindlichkeit von Verfahrensergebnissen & Einbindung der Kommunal- politik

Bereits in der Phase der Einzelgespräche und in der Folge im Rückmeldeverfahren äußerten sich mehrere Prozessinteressierte aus verschiedenen Lagern ausgesprochen kritisch hinsichtlich der Rolle der Stadtverordnetenversammlung und des Oberbürgermeisters. So wurde in mehreren Gesprächen eine Zurückhaltung der Stadtspitze in einem Dialog- und Beteiligungsverfahren als Wunsch formuliert und auf die Aktivitäten von Kommunalpolitikern in einzelnen Interessengruppen verwiesen. Dem ak-
tuellen Handeln der Stadtverwaltung und des von ihr beauftragten Sanierungsträgers liegen nach ih-
rer eigenen Einschätzung nur die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bspw. zu den Sanie-
rungszielen Potsdamer Mitte, die wiederum durch die Beschlussfassung zum B-Plan Nr. 1 konkreti-
siert werden, zu Grunde.

Hier sind ganz offensichtlich Vertrauensdefizite zu konstatieren. Auf den Seiten der Gegner eines Wiederaufbaus der Garnisonkirche gründet dies im Engagement des Oberbürgermeisters im Kurato-
rium der Stiftung Garnisonkirche. Die Befürworter des Wiederaufbauprojektes hingegen verstehen die zwischenzeitlich auf den Weg gebrachte Zwischennutzung des Rechenzentrums als Abkehr von den beschlossenen Sanierungszielen.

Auch die Verbindlichkeit und Verlässlichkeit der Stadtverordneten wird durch mehrere Prozessinte-
ressierte angezweifelt. Die macht sich u.a. am Umgang mit den durch die Bürgerinitiative für ein
Potsdam ohne Garnisonkirche gesammelten Unterschriften für ein Bürgerbegehren fest. Aber auch die Entscheidung, dass Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens eine Änderung des Satzungsbeschlus-
ses zum B-Plan Nr. 1 nach sich ziehen können wird von einzelnen Beteiligten als Inkonsequenz ausge-
legt.

Weitgehende Einigkeit besteht hingegen in der Einschätzung, dass das Instrument des Bürgerbegeh-
rens durch unklare bzw. schwer verständliche Fragestellungen spürbar Akzeptanzverluste erlitten
hat. Das Verfahren zur Umgestaltung des Lustgartens ist ebenfalls vielfältiger Kritik ausgesetzt. Heute
engagieren sich Stadtverordnete verschiedentlich bei einzelnen Zusammenschlüssen der Prozessinte-
ressierten, was bei einigen Beteiligten zusätzlich zu Irritationen führt.

Aus unserer Sicht sollte daher die Rolle der Kommunalpolitik aktiv geklärt werden. Dazu bedarf es
einer eindeutigen Positionierung zum jetzigen Verfahrensstand und zum weiteren Vorgehen. Unser
Vorschlag sieht zeitnahe und eindeutige Beschlussfassungen zu folgenden Sachverhalten vor:

- Umgang mit dem Landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb Plantage – hier über das weitere Vorgehen (Verschiebung oder szenarienbasiertes Zuspiel) zu entscheiden.
- Durchführung eines Bürgergutachtens – hier ist über die Rahmenseetzungen, die Beteiligung der Fraktionen am Gutachtenprozess und über den beabsichtigten Umgang mit den Gutach-
tenergebnissen zu entscheiden.
- Bereitstellung von Mitteln für die Durchführung von begleitenden Diskussionsforen
- Einsetzen des modifizierten Begleitkreises – hier ist über die Zusammensetzung, Arbeitsweise und Mittelbereitstellung zu entscheiden.

	Modul 1	Modul 2	Modul 3	Modul 4	Modul 5	Modul 6	Modul 7
	Landschaftsplanerischer Realisierungswettbewerb mit Ideenteil und KI/Ju - Beteiligung	Informations- und Meinungsmarkt I	Informations- und Meinungsmarkt II	Bürgergutachten	Diskussionsforen	Begleitkreis	Öffentlichkeitsarbeit
Beratung und Beschlussfassung Kommunalpolitik							
4. Quartal 2015	Vorbereitung Auslobung Auswahl Partner für KI/Ju – Beteiligung						
1. Quartal 2016	Auslobung	Vorbereitung		Vorbereitung und Auswahl Bürgergutachter	Abschluss von Kooperationsver- einbarungen	Startsitzung	Fortlaufende Information
2. Quartal 2016	Durchführung	Durchführung	Vorbereitung	Szenarien Planspiele	Veranstaltungen	Folgesitzungen	Folgesitzungen
3. Quartal 2016	Preisgericht		Durchführung	Dokumentation und Übergabe der Ergebnisse	Veranstaltungen	Folgesitzungen	Folgesitzungen

6.7 Nächste Schritte

Für das weitere Vorgehen werden nachfolgende Schritte vorgeschlagen:

- Information der Prozessinteressierten im Rahmen einer öffentlichen Gesprächsrunde
- Vorbereitung von Beschlussempfehlungen für die Stadtverordnetenversammlung
- Beratung in den kommunalen Gremien

Die weiteren Schritte sind abhängig von der Grundsatzentscheidung zur zeitlichen Einordnung der Neugestaltung Plantage.

6.8 Kostenplanung

Für die vorgesehenen Beteiligungsmodule sind folgende Budgets einzuplanen:

Modul 1	Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche	25 T€
Modul 2	Informations- und Meinungsmarkt I	5 T€
Modul 3	Informations- und Meinungsmarkt II	5 T€
Modul 4	Bürgergutachten	50 T€
Modul 5	Diskussionsforen	30 T€
Modul 6	Begleitkreis	20 T€
Modul 7	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	25 T€

Die geschätzten Gesamtkosten betragen damit 160 T€.

Anlagen

Anlage 1: Stellungnahme des mitMachen e.V. vom 20.07.2015

Stellungnahme „Bürgerdialog Garnisonkirche“
Potsdam, den 20. Juli 2015



Der mitMachen e.V. gibt laut einstimmigem Beschluss seiner Mitgliederversammlung die folgende Stellungnahme zu einem „Bürgerdialog Garnisonkirche“ ab:

Der Verein mitMachen ist Träger des externen Teils der Werkstatt für Beteiligung. Seine Aufgabe besteht darin, Beteiligungsprozesse zu begleiten und Verwaltung und Zivilgesellschaft zu beraten. Beteiligung wird im Potsdamer Modellprojekt nicht nur als ein Top-Down-Prozess verstanden, sondern es sollen Initiativen unterstützt werden, die sich in Potsdam für die lokale Gesellschaft engagieren.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Verein intensiv mit dem „Bürgerdialog Garnisonkirche“ (zur Vereinfachung wird der Begriff benutzt, der gemeint ist) beschäftigt und kommt zu dem Entschluss, dass eine Beendigung des Dialoges erforderlich ist, um Ressourcen zu schonen, aber auch um das Vertrauen der Einwohner*innen in die Beteiligungskultur zu fördern.

Chancen sehen wir hingegen vor allem darin, die Zukunft des Rechenzentrums oder die Gestaltung des Glockenspielplatzes etc. zu diskutieren. Da das formale Beteiligungsverfahren zum B-Plan 1 „Neuer Markt/Plantage“ bereits abgeschlossen ist und sich eine Bebauung schon im Prozess befindet, wären die konkreten Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Ein Dialog stellt zwar ein gutes Beteiligungsinstrument dar, kann aber nicht jede Problemlage bearbeiten. Hinsichtlich des Wiederaufbaus der Garnisonkirche stehen sich zwei unversöhnliche Lager gegenüber, die jeweils keinen Kompromiss eingehen wollen. Dies ist auch nicht notwendig, da eine Baugenehmigung für den Bauträger vorliegt. Bei der Auseinandersetzung geht es zudem nicht um einen Konflikt zwischen der Initiative Potsdam ohne Garnisonkirche und der Fördergesellschaft bzw. Stiftung, sondern im Kern darum, ob die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit der Bevölkerung vertritt, wenn sie den Wiederaufbau der Kirche befürwortet.

Ein Dialog kann diese Frage jedoch nicht beantworten.

Die Initiative Potsdam ohne Garnisonkirche hat ihren eigenen Vorschlag eingebracht, wie der Konflikt über die Garnisonkirche zu lösen sei. Ihr Ziel war es, mittels eines Bürgerbegehrens bzw. Bürgerentscheides ein Meinungsbild der Potsdamer Einwohner*innen einzuholen. Die Stadtverordnetenversammlung hat durch ihre eigene Abstimmung diesen Vorschlag abgelehnt, obwohl er von mehr als 14.000 Potsdamer*innen unterstützt wird. Damit wurde ein von Einwohner*innen initiiertes Verfahren beendet und mit dem „Bürgerdialog“ durch ein Verfahren ersetzt, dessen Regeln von der Verwaltung definiert werden.

Für ein Gelingen des Modellprojektes „strukturierte Bürgerbeteiligung“ ist es wichtig, dass Einwohner*innen erleben können, dass von ihnen initiierte Prozesse auch in ihrem Sinne fortgesetzt werden. Die Initiative, aber auch die Fördergesellschaft und die Stiftung wurden jedoch durch Ankündigung über die Medien einem großen öffentlichen Druck ausgesetzt, so dass die Parteien, die nicht teilnehmen, zu fürchten haben, in der Öffentlichkeit als „Dialogverweiger*innen“ dazustehen.

Von daher haben wir als Partner des Modellprojektes „strukturierte Bürgerbeteiligung“ darauf zu achten, dass Beteiligung auf freiwilliger Basis erfolgt und niemand einen Ansehensverlust erleidet, wenn er/sie sich für eine Nichtteilnahme entscheidet.

Der Dialog-Prozess ist schließlich dadurch belastet, dass er von einigen Akteur*innen als einseitig wahrgenommen wird. Insbesondere die Initiative hat wiederholt die Befürchtung geäußert, dass der Dialog eine Imagekampagne für die Befürworter*innen sei. Hier ist zu beachten, dass diese erklärt haben, dass genug Spender*innen zur Finanzierung des Wiederaufbaus bereitstünden, sich jedoch aufgrund der derzeitigen öffentlichen Wahrnehmung des Projektes zurückhielten.

Die oben angeführten Sachverhalte zeigen, dass ein „Bürgerdialog zur Garnisonkirche“ die Frage des Wiederaufbaus, um den es den Initiator*innen des Bürgerbegehrens ging, nicht lösen kann. Außerdem belastet der Dialog in diesem Fall die Vertrauensbasis der Beteiligung.

Der mitMachen e.V. empfiehlt daher, zum gegenwärtigen Stand von einem Dialogverfahren zur Frage des Wiederaufbaus der Garnisonkirche abzusehen. Es bestehen aufgrund der bereits gefällten Entscheidungen (beschlossener B-Plan) und der gegebenen rechtlichen Situation (vorliegende Baugenehmigung usw.) hierfür kein plausibler Rahmen, der diesem Verfahren tatsächliche Gestaltungsspielräume einräumen und den Einsatz dafür nötiger Ressourcen rechtfertigen würde.

Ein entsprechendes Verfahren wäre allerdings angezeigt, sollte sich die aktuell gegebene rechtliche Situation in Zukunft ändern.

Vor diesem Hintergrund wird die verwaltungsexterne WerkStadt für Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam in Trägerschaft des mitMachen e.V. laut Beschluss seiner Mitgliederversammlung ein solches Verfahren personell nicht unterstützen oder begleiten.

Als Ansprechpartner stehen für Nachfragen zur Verfügung:

Herr Dr. Herzberg – Mitglied im Vorstand des mitMachen e.V.
0176 67723668 | vorstand@mitmachen-potsdam.de

Herr Kärsten – Vorstandsassistenz des mitMachen e.V.
0176 66650849 | kay@mitmachen-potsdam.de

Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum - Garnisonkirche

Letter of Intent



Entwurf

Stand |9. September 2015

Vorbemerkung

Die Wiedergewinnung und Neuordnung der Potsdamer Mitte ist das zentrale Stadtentwicklungsvorhaben der Landeshauptstadt Potsdam. Der mehrjährige Prozess der Um- und Neugestaltung dieses Stadtbereiches ist von einem außerordentlich hohen öffentlichen Interesse: für die Stadt, das Umland, das gesamte Land Brandenburg und darüber hinaus. Die Umgestaltung ist damit auch Anlass für vielfältige Auseinandersetzungen über das zukünftige Bild der Stadt. Das Sichtbarmachen von Teilen des historischen Stadtgrundrisses, bis hin zur ursprünglichen Parzellenstruktur, der Wiederaufbau von verlorengegangenen historischen Gebäuden, der Abriss von baulichen Zeugnissen der DDR-Zeit, aber auch die Implementierung zeitgemäßer Verkehrslösungen sowie die in der Potsdamer Mitte verorteten und zu verortenden öffentlichen Nutzungen bieten vielfältigen Anlass für Diskussionen und ein Ringen um die konkrete Ausgestaltung baulicher Maßnahmen. Teile der Potsdamer Bürgerschaft positionieren sich zu diesen vielständigen Themenfeldern in organisierter und individueller Weise.

Dies trifft auch für den westlichen Bereich des Sanierungsgebietes Potsdamer Mitte, d.h. für den Bereich der Plantage und insbesondere das Wiederaufbauprojekt Garnisonkirche zu. Mit der Zwischennutzung des Verwaltungsteils des Rechenzentrums als Kreativhaus ist ein weiterer Aspekt hinzugekommen, der eine vertiefte Erörterung in der Bürgerschaft sinnvoll erscheinen lässt.

Anfang des Jahres wurde von den Stadtverordneten der Landeshauptstadt Potsdam beschlossen, dass der weitere Umgang mit dem Areal Plantage - Rechenzentrum - Garnisonkirche und die damit verbundenen Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten noch einmal Gegenstand einer öffentlichen Diskussion, in Form eines Dialog- und Beteiligungsverfahrens, werden sollen. Im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04.03.2015 zum Ergebnis der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt / Plantage“ (Vorlage 14/SVV/1147) ist festgelegt:

„Sollte im Ergebnis eines Bürgerdialogs eine Änderung der Sanierungsziele erforderlich werden, so ist diese Entwicklung unmittelbar auch in einem Verfahren zur Änderung des Planungsrechts aufzugreifen.“

In Vorbereitung eines möglichen Beteiligungsverfahrens hat ein erster Vorklärungsprozess stattgefunden, in dem neben Vertretern der Stadtverwaltung, der Sanierungsträger Potsdam, Vertreter der WerkStadt für Beteiligung und der Stiftung Garnisonkirche eingebunden waren. In einem Arbeitstreffen am 09.02.2015, das von complan Kommunalberatung (cK) strukturiert und moderiert wurde, erfolgte eine Annäherung an baulich-räumliche und inhaltlich-thematische Themenstellungen, die für ein Dialog- und Beteiligungsverfahren von Bedeutung sein könnten. Aufbauend auf diesen Gesprächsinhalten und ergänzender Abstimmungen wurde durch cK ein erstes Grobkonzept und damit ein Vorschlag für ein Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche erarbeitet. Mitte April informierte der Sanierungsträger Potsdam denkbare Akteure und Interessengruppen über das angestrebte Dialog- und Beteiligungsverfahren und lud diese zu einem ersten Abstimmungsgespräch am 29.04.2015 in die eigenen Räumlichkeiten ein. Bei dem Abstimmungsgespräch informierten der Sanierungsträger Potsdam und cK über die Zielstellung des Verfahrens, die Aufgaben des Sanierungsträgers und der cK, den Vorbereitungsstand und das Grobkonzept eines möglichen Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Am Ende des Abstimmungsgesprächs wurden mit einzelnen Personen, Gruppen, Initiativen und Institutionen Einzelgespräche vereinbart. Zudem folgten weitere Terminvereinbarungen mit Gesprächspartnern, die nicht bei dem ersten Abstimmungsgespräch anwesend waren, aber durch Teilnehmende über das weitere Verfahren informiert wurden.

Die Einzelgespräche dienten zur Klärung der Ausgangssituation, der Erwartungen, der Mitwirkungsbereitschaft und ggf. der konkreten Unterstützungsmöglichkeiten für das angedachte Dialog- und Beteiligungsverfahren. Insgesamt wurden im Zeitraum vom 11.05.2015 bis 08.07.2015 15 Einzelgespräche durch cK mit Eigentümern, Nutzern, Interessenvertretern und Prozessinteressierten durchgeführt, die im Weiteren das Dialog- und Beteiligungsverfahren begleiten und mitgestalten können.

- Max-Dortu-Grundschule
- Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e.V.
- Verein der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten; Landesverband Brandenburg (VVN-BdA)
- Stadtjugendring Potsdam
- Wildwuchs Streetwork/Stiftung SPI
- Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche
- Kulturlobby
- AStA der Uni Potsdam
- Bürgerinitiative Potsdamer Mitte neu denken
- Stiftung Garnisonkirche Potsdam
- Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.
- WerkStadt für Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam
- Bündnis Potsdamer Mitte
- Mitteschön!
- Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V.
- Bürgerinitiative Plantage
- Fröbelhort „Kastanienhof“
- Beteiligungsrat der Landeshauptstadt Potsdam
- Synagogengemeinde Potsdam

Jeweils ein gemeinsames Gespräch fand mit dem Stadtjugendring Potsdam und Wildwuchs Streetwork/Stiftung SPI und dem Bündnis Potsdamer Mitte, Mitteschön!, Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V. und der Bürgerinitiative Plantage statt.

Am 09.09.2015 wurden die Ergebnisse der Vorgespräche sowie die möglichen Formate und der Ablauf des Dialog- und Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche den Gesprächspartnern vorgestellt.

1 Zielstellung des vorliegenden Letter of Intent (LOI)

Mit diesem Letter of Intent (LOI) erkennen die Vereinbarungspartner an, dass ein Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche mit den nachfolgenden skizzierten Formaten, Kommunikationsregeln und Abstimmungsmodalitäten durchgeführt werden soll und erklären ihre Bereitschaft zur Unterstützung und Mitwirkung im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten.

2 Ziele des Dialog- und Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche

Das Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche dient der Überprüfung der dem Bebauungsplan Nr.1 „Neuer Markt / Plantage“ zu Grunde liegenden Sanierungsziele. Im Ergebnis sollen für diese Anpassungserfordernisse und Vorschläge zu deren Umsetzung erarbeitet werden. Zudem werden Empfehlungen für den Umgang mit den Ergebnissen in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen angestrebt. Das beinhaltet auch unterschiedliche kommunalpolitische Entscheidungsoptionen.

Ziel des Dialog- und Beteiligungsverfahrens ist es, gemeinsam verschiedene tragfähige Vorschläge für eine mögliche Gestaltung und Nutzung des Areals zu erarbeiten. Es zielt nicht ausdrücklich auf die Einigung auf ein gemeinsames Ergebnis aller Prozessbeteiligten und Prozesspartner ab. Für die Gestaltung des Bereichs Plantage sollen Vorgaben erarbeitet werden, die in einem landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb berücksichtigt werden können und müssen. Für den Bereich zwischen Plantage und der Breiten Straße soll ein Bürgergutachten erarbeitet werden, das als Entscheidungshilfe für Verwaltung und Politik Verwendung finden soll.

Mit dem Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche soll die breite Öffentlichkeit angesprochen und informiert werden. Die Öffentlichkeitsarbeit soll daher sachlich und verständlich erfolgen.

3 Partner und Positionen

Folgende Akteure organisieren das Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche .

Landeshauptstadt Potsdam (LHP)

Die Landeshauptstadt Potsdam ist Trägerin des Dialog- und Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche . Sie führt das Verfahren mit dem Ziel durch, die Ergebnisse passgenau in politische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen. Dementsprechend üben Verwaltung und Politik Zurückhaltung im laufenden Verfahren. Die Koordination des Verfahrens erfolgt durch den Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung und dem verwaltungsinternen Teil der Werkstatt für Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam.

Sanierungsträger Potsdam

Der Sanierungsträger führt im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam treuhänderisch die Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte durch. Die Finanzierung des Dialog- und Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche erfolgt u.a. aus Städte-

baufördermitteln. Der Sanierungsträger ist damit Auftraggeber für Leistungen Dritter. Zur Vermeidung von Interessenkonflikten beschränkt sich der Sanierungsträger auf die verwaltungstechnische Abwicklung der Auftragsleistungen. Er nimmt keinen inhaltlichen Einfluss auf das Dialog- und Beteiligungsverfahren. Im Rahmen seines Auftrages und damit seiner Verantwortung für die Entwicklung des Sanierungsgebietes Potsdamer Mitte und des treuhänderischen Einsatzes öffentlicher Mittel ist er als zentraler Maßnahmenträger jedoch ein wichtiger fachlicher Partner.

complan Kommunalberatung (cK)

Im Auftrag des Sanierungsträgers Potsdam übernimmt cK in Abstimmung mit den Beteiligten die Prozesssteuerung und Moderation des Verfahrens und ist gemeinsam mit der WerkStadt für Beteiligung für die inhaltliche und organisatorische Umsetzung des Dialog- und Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche verantwortlich. Die Verfahrensmoderation erfolgt durch den Geschäftsführer Hathumar Drost.

Mit folgenden Eigentümern, Nutzern, Interessenvertretern und Prozessinteressierten wurden Vorgespräche zum Dialog- und Beteiligungsverfahren durchgeführt. Sie sollen im Weiteren als Prozesspartner das Verfahren mitgestalten und begleiten.

Inhaltlich mitwirkende Organisationen

Max-Dortu-Grundschule

Die Max-Dortu-Grundschule nutzt Bereiche der Plantage für den Schulsport sowie für Freizeitaktivitäten. Für die dauerhafte Sicherung des traditionsreichen und innerstädtischen Schulstandortes möchten Schulleitung und Elternvertretung eine dauerhafte künftige Nutzung für diese Zwecke gesichert sehen.

Fröbelhort „Kastanienhof“

Der Fröbelhort "Kastanienhof" nutzt die Bereiche der Plantage für die Arbeit mit den Schulkindern und insbesondere als Aufenthaltsort für die Übergangszeit zwischen Schule und Hort.

Bürgerinitiative Plantage

Die Bürgerinitiative setzt sich für die originalgetreue Wiederherstellung der historischen Plantage als wichtigen Bestandteil des Stadtbildes der Landeshauptstadt Potsdam ein. Dementsprechend wird auch ein originalgetreuer Wiederaufbau der Garnisonkirche sowie die Öffnung und Gestaltung des Stadtkanals unterstützt.

Wildwuchs Streetwork/Stiftung SPI

Wildwuchs Streetwork setzt sich gegen die Verdrängungsprozesse von Kindern und Jugendlichen in der Potsdamer Innenstadt ein. Sie betrachten die Plantage über die Schul- und Hortnutzung hinaus als unverzichtbar für die Sport- und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen.

Stadtjugendring Potsdam

Die Sicherung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an stadträumlichen und gesamtstädtischen Entwicklungsprozessen ist eine Aufgabe des Stadtjugendrings Potsdam. Er führt hierzu selbst regelmäßig unterschiedliche Beteiligungsverfahren mit Kindern und Jugendlichen durch und tritt als treuhänderischer Interessenvertreter auf.

Kulturlobby

Die Kulturlobby hat die Umnutzung des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums als Haus für die Kunst-, Kultur- und Kreativwirtschaft eingeleitet. Bei entsprechender Nachfrage wird angestrebt das Objekt längerfristig zu nutzen.

Stiftung Garnisonkirche Potsdam

Ziel der Stiftung ist der originalgetreue Wiederaufbau (Fassade) des Kirchturms der Garnisonkirche mit zukunftsweisender Nutzung. Weiteres Ziel ist die Erhaltung der Baufreiheit für das Kirchenschiff. Eine Baugenehmigung für den Kirchturm liegt vor.

Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e.V.

Ziel der Fördergesellschaft ist der originalgetreue Wiederaufbau (Fassade) des Kirchturms und perspektivisch des Kirchenschiffes der Garnisonkirche sowie die Wiederherstellung des Umfeldes der Garnisonkirche nach historischem Vorbild.

Bündnis Potsdamer Mitte

Das Bündnis Potsdamer Mitte strebt den originalgetreuen Wiederaufbau der Garnisonkirche, die Gestaltung der Plantage und die Weiterführung des Stadtkanals nach historischem Vorbild an.

Mitteschön!

Ziele von Mitteschön! sind der originalgetreue Wiederaufbau der Garnisonkirche, die Gestaltung der Plantage und die Weiterführung des Stadtkanals nach historischem Vorbild.

Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V.

Der Förderverein setzt sich für die Wiederherstellung des Stadtkanals ein. Ein weiteres Ziel ist die Wiederherstellung der historischen Plantage mit dem Kompromiss, diesen auch als Sportanlage nutzen zu können.

Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche

Die Bürgerinitiative setzt sich gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche ein. Ziel der Initiative ist es, einen Neugestaltungsprozess für den Standort anzustoßen, bei dem zunächst Funktionen und Nutzungen besprochen werden.

Verein der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten; Landesverband Brandenburg (VVN-BdA)

Der Verein setzt sich gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche ein. Ein weiteres Ziel ist der Abbau des Glockenspiels auf der Plantage oder zumindest dessen kritische historische Kontextualisierung, z.B. durch das Aufstellen einer Informationstafel.

AStA der Uni Potsdam

Ziel des AStA ist es, Wohnraum für Studentinnen und Studenten in der Potsdamer Innenstadt zu sichern. Die Verdrängung von Studierenden aus der Innenstadt durch historischen Neubau soll vermieden werden.

Bürgerinitiative Potsdamer Mitte neu denken

Die Bürgerinitiative setzt sich für einen Neustart der Planungen zur Gestaltung der Potsdamer Mitte und damit einer grundlegenden Anpassung der Sanierungsziele ein. Das betrifft auch den Bereich Plantage / Rechenzentrum / Garnisonkirche. An der inhaltlichen Auseinandersetzung sollen die Bürgerinnen und Bürger umfassend beteiligt werden.

Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.

Der Verein setzt sich gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche und für die Abschaltung des Glockenspiels ein. Der Verein wünscht sich die Errichtung eines die umfassende Stadtgeschichte ganzheitlich betrachtenden Dokumentationszentrums im Sinne eines Gedenkortes.

Synagogengemeinde Potsdam

Die Synagogengemeinde setzt sich dafür ein, dass die Potsdamer Mitte als urbanes Zentrum für die Potsdamer Bevölkerung mit räumlicher und geistiger Qualität geschaffen wird. Sie wünscht sich eine Diskussion über die Auswirkungen des Aufbaus der Garnisonkirche, auch hinsichtlich der Nutzung und des Stellenwertes gegenüber den übrigen Stadtkirchen.

Beteiligungsrat der Landeshauptstadt

Der Beteiligungsrat ist ein beratendes Gremium der Stadtverordnetenversammlung nach Hauptsatzung. Er begleitet das Dialogverfahren insbesondere mit Blick auf die Qualität der Beteiligung selbst.

Die Prozesspartner lassen sich – je nach Institution und Interesse – in Gruppen unterteilen:

Vorhabenträger und/oder Nutzer

- Sanierungsträger Potsdam
- Max-Dortu-Grundschule
- Fröbelhort "Kastanienhof"
- Stiftung Garnisonkirche Potsdam
- Kulturlobby
- Stadtjugendring Potsdam
- Wildwuchs Streetwork/Stiftung SPI

Historisch, weltanschaulich, stadtplanerisch Interessierte

pro Wiederaufbau Garnisonkirche

- Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e.V.
- Bündnis Potsdamer Mitte
- Mitteschön!
- Bürgerinitiative Plantage
- Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V.

kontra Wiederaufbau Garnisonkirche

- Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche
- Verein der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten; Landesverband Brandenburg (VVN-BdA)
- AStA der Uni Potsdam
- Bürgerinitiative Potsdamer Mitte neu denken
- Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.
- Synagogengemeinde Potsdam

Neutrale Beobachter

- Beteiligungsrat der Landeshauptstadt Potsdam

Die Beteiligten erkennen die jeweilige Interessenlage und Zielstellung ausdrücklich an und erklären ausdrücklich ihre Bereitschaft zur Kooperation im Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche .

4 Prozessregeln

Um die Ziele des Dialog- und Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche zu erreichen, werden von allen Prozessbeteiligten die folgenden Regeln vereinbart:

Grundlegendes

„Die Grundsätze der Beteiligung in Potsdam“ sind Bestandteil des LOI (Anlage 1). Die Umsetzung und Einhaltung dieser Grundsätze bilden die Basis des Verfahrens und werden von allen Prozessbeteiligten aktiv unterstützt.

Alle Prozessbeteiligten und Prozesspartner begegnen sich auf Augenhöhe und streben einen fairen Umgang miteinander an. Im Verfahren werden die Bedürfnisse aller Prozessbeteiligten berücksichtigt und allen wird ein gleiches Mitspracherecht eingeräumt.

Alle Prozessbeteiligten legen ihre Position offen und kommunizieren in klarer und sachlicher Weise ihre Anliegen.

Die Bereitschaft zu Kompromissen ist eine Grundvoraussetzung, um ein zielgerichtetes Verfahren durchführen zu können. Alle Prozessbeteiligten erklären sich bereit, die in ihren Rahmen möglichen Kompromisse einzugehen.

Alle Prozessbeteiligten können während des Prozesses Sachinformationen zum Prozess veröffentlichen. Interne Prozessabsprachen und Informationen sind erst nach vorheriger Absprache mit allen Prozessbeteiligten und deren Zustimmung zulässig.

Verfahrensablauf

Der Verfahrensablauf des Dialog- und Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche ist Bestandteil des LOI (Anlage 2) und wird von den Vereinbarenden als verbindlich anerkannt. Das Verfahren wird transparent gehalten. Hierfür werden Informations- und Abstimmungsgespräche sowie Veranstaltungen zu bürgerfreundlichen Zeiten durchgeführt. Inhalte und Ergebnisse werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Begleitkreis

Die Vereinbarenden stimmen der Bildung eines das Verfahren begleitenden Begleitkreises zu und erklären ausdrücklich, dass sie die designierten Begleitkreismitglieder (Anlage 3 – wird nach Rücklauf der Rückmeldebögen erstellt) akzeptieren und in deren Arbeit aktiv unterstützen werden.

Mitwirkungsbereitschaft und Aktivitäten der Prozessbeteiligten

Die Vereinbarenden werden im Rahmen Ihrer Möglichkeiten das Dialog- und Beteiligungsverfahren aktiv mitgestalten. Dies betrifft insbesondere die aktive Mitwirkung an Veranstaltungen. Die jeweiligen Aktivitäten werden im Vorfeld abgestimmt und festgelegt, wobei ein Höchstmaß an Ausgewogenheit angestrebt wird.

Zur Teilnahme an dem auf unterschiedlichen Szenarien basierenden Planspiel werden je Vereinbarungspartner zwei Mitspieler benannt. Neben den von den Vereinbarenden benannten Mitspielern werden in mindestens gleicher Zahl mitwirkungsbereite Bürger eingeladen.

Die im Ergebnis der Beteiligungsformate vorgesehene Formulierung von Empfehlungen erfolgt durch den Begleitkreis.

Vertraulichkeit

Alle Prozessbeteiligten halten sich gegenseitig über den aktuellen Sachstand auf dem Laufenden. Veröffentlichungen und Stellungnahmen zum laufenden Prozess werden allen anderen Prozessbeteiligten vorab mitgeteilt. Bei Veröffentlichungen ist auf eine wertungsfreie und sachliche Formulierung zu achten.

Ein Ausschluss der Öffentlichkeit ist bei einvernehmlicher Verständigung der Vereinbarenden möglich. Damit besteht die Option innerhalb eines Schutzraumes interne Aussprachen und Meinungen zu äußern. Die dort stattfindenden Besprechungen unterliegen der Verschwiegenheit d.h. Inhalte werden nur bei Zustimmung aller Teilnehmenden Dritten zugänglich gemacht.

Verstöße

Erfolgen Verstöße gegen hier getroffene Vereinbarungen, so wird der betreffende Vereinbarungspartner auf schriftlichen Antrag eines Vereinbarungspartners durch die Prozesssteuerung zur Stellungnahme aufgefordert. Die Prozesssteuerung prüft den Verstoß und wird abhängig von der Schwere des Verstoßes die Angelegenheit dem Begleitkreis übergeben. Je nach Schwere des Verstoßes erhält der Prozessbeteiligte durch den Begleitkreis eine Rüge oder wird insbesondere bei wiederholten Verstößen aus dem weiteren Prozessverfahren ausgeschlossen. Die Öffentlichkeit und alle Prozessbeteiligten sind über den Ausschluss und die Gründe in Kenntnis zu setzen.

Ort und Datum

Prozessbeteiligter (Institution)

Vertreten durch:

Anlage 1:

Die Grundsätze der Beteiligung in Potsdam

Potsdam hat sich selbst Grundsätze der Beteiligung gegeben. Diese dienen als Richtschnur und Orientierung, auch im Dialog- und beteiligungsverfahren Plantage - Rechenzentrum – Garnisonkirche.

Die sieben Grundsätze lauten:

- Verbindlichkeit
- Frühzeitige Einbeziehung
- Informationsbereitstellung
- Kommunikation
- Aktivierung
- Anerkennungskultur
- Gleichbehandlung

Verbindlichkeit

Die Einwohnerinnen und Einwohner benötigen die Gewissheit, dass ihre Vorschläge und Beiträge von der Stadtpolitik und Stadtverwaltung Gehör finden und ernstgenommen werden. Beteiligung als Ergänzung zu den bestehenden Formen der repräsentativen Demokratie braucht demnach eine verbindlich festgelegte Grundlage. Dazu sollte es zunächst einen grundsätzlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung geben, der die Verbindlichkeit von Beteiligungsverfahren regelt. Für einzelne Beteiligungsverfahren (zum Beispiel Werkstattverfahren) braucht es einen Handlungsrahmen (beispielsweise durch Kooperationsvereinbarungen), der beschreibt, welche Einflussmöglichkeiten konkret bestehen und welche nicht. Eine klare Verbindlichkeit erhöht die Akzeptanz und Bereitschaft zur Beteiligung.

Einbeziehung

Eine frühzeitige Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner fehlt derzeit oftmals, ist jedoch erstrebenswert, damit Entscheidungen zu Fragestellungen gemeinsam erarbeitet werden und nicht im Nachhinein über schon beschlossene Sachverhalte debattiert wird.

Informationsbereitstellung

Um eine Diskussion auf Augenhöhe führen zu können, ist eine umfassende Information über alle Belange zu der jeweiligen Fragestellung unerlässlich. Alle relevanten Informationen sollen daher in einem frühen Stadium bereitgestellt und verständlich aufbereitet werden. Dabei ist auf einen gegenseitigen Informationsfluss zu achten, bei dem auch die Verwaltung und die Politik Kenntnisse über die Diskussion im Beteiligungsverfahren bekommen, die ähnlich verständlich aufbereitet werden müssen. Der Zugang zu Informationen soll ohne Barrieren möglich sein.

Kommunikation

Die Kommunikation soll offen, direkt, persönlich und unaufgefordert erfolgen. Die Umgangsformen in Beteiligungsverfahren sind sachlich und konstruktiv sein. Dabei werden Vorwürfe vermieden und einander gegenseitig ohne Misstrauen begegnet. Verschiedene Sichtweisen auf ein Thema werden gleichberechtigt behandelt. Alle Prozessbeteiligten sollen mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen, anerkannt und ernst genommen werden.

Aktivierung

Beteiligung setzt die Einbeziehung von möglichst vielen Interessierten voraus. Das Ziel ist, nicht über, sondern mit den Menschen in den Dialog über ihre Wünsche, Vorstellungen und Ideen zu treten. Dabei sollen alle mitgenommen werden. Je nach Thema, Gruppe der Betroffenen und Fragestellung

sind dafür unterschiedliche Herangehensweisen und Ansätze im Verfahren zu überlegen. Die Hindernisse sich einzubringen (mangelnde Zeit, eingeschränkte Mobilität, Sprachhemmnisse, Kenntnisstand) sollen abgebaut werden.

Anerkennungskultur

Die an Beteiligungsverfahren Prozessbeteiligten Personen aus Verwaltung, Bürgerschaft und Politik sollten eine gemeinsame Kultur der Anerkennung und Wertschätzung entwickeln. So ist beispielsweise das Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Stadtverwaltung auch innerhalb der Verwaltung anzuerkennen.

Gleichbehandlung

Alle Bevölkerungsgruppen sollen gleichberechtigt in Beteiligungsverfahren einbezogen werden. Bürgerbeteiligung soll so zur Einwohner/innen-Beteiligung werden. Eine gleichberechtigte Beteiligung muss darauf abzielen, dass alle Menschen der Stadt unabhängig von Herkunft, Einkommen, Geschlecht, Alter, Sprachfähigkeit die gleichen Chancen haben, sich in die Gestaltung ihres direkten Lebensumfeldes einzubringen. Dazu müssen die Strukturen der Beteiligung darauf ausgerichtet sein, benachteiligte Gruppen – wie zum Beispiel Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft – verstärkt einzubeziehen und ihnen den Zugang zu Möglichkeiten der Teilhabe zu erleichtern.

Verfahren und Prozessbausteine

Vorbemerkung

Für einen passfähigen Prozess gilt es einen ganzheitlichen Ansatz zu wählen, der die künftige bauliche Entwicklung des Stadtraums des westlichen Bereichs der Potsdamer Mitte mit seinen räumlichen Dispositionen aber auch die gegebenen, angedachten und perspektivisch denkbaren Nutzungen in den Blick nimmt. Dabei geht es nicht ausschließlich um Fragestellungen der baulichen Ausgestaltung, der Funktionen und Nutzungen. Die fachlich-sachlichen Erwägungen sind stets überlagert mit Vorstellungen und Bildern, die der Einzelne mit Stadt allgemein, mit der Stadt Potsdam und seinem individuellen städtischen Lebens- und Erlebnisgefühl verbindet. Die Auseinandersetzungen um Stadtentwicklung und Stadtgestaltung in der Potsdamer Mitte werden geführt, weil hier Brüche gegenwärtig sind und unterschiedliche Zeitschichten als Baulichkeiten ganz konkret aufeinandertreffen. Die Dynamik der hier stattfindenden Veränderungsprozesse fordert von der Stadtgesellschaft eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der sich wandelnden Identität ihrer Stadt. Das Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche wird daher auch eine Plattform für den Austausch zu individuellen Bildern, Vorstellungen und Wünschen sein. Es ist daher vorgesehen Beteiligungsformen anzuwenden, die es ermöglichen den eigenen Vorstellungen und Empfindungen in geeigneter Weise Ausdruck zu geben. Das Verfahren ist in die nachfolgend dargestellten Phasen gegliedert:

Phase 0 – Vorklärungsprozess

Ob und in welcher Weise ein Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche grundsätzlich machbar ist, wurde bereits in einem Vorbereitungsprozess überprüft und geklärt. Dieser bestand aus einem Vorklärungsprozess und Vorgesprächen mit potenziellen Prozessbeteiligten. Nach Vorstellung der Ergebnisse haben die Landeshauptstadt Potsdam und der Sanierungsträger ProPotsdam entschieden, dass die Durchführung eines Dialog- und Beteiligungsverfahrens Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche erfolgsversprechend sein kann. Complan Kommunalberatung (CK) wurde mit der konzeptionellen Vorbereitung des Verfahrens beauftragt und wird hierbei vom verwaltungsseitigen Teil der WerkStadt für Beteiligung unterstützt.

Phase 1 – Beteiligungskonzept und Letter of Intent (LOI)

Phase 1 startete mit der Erstellung des Konzeptes. Dieser Arbeitsschritt ist von besonders großer Bedeutung, da das Konzept die Grundlage und den „roten Faden“ für das Dialog- und Beteiligungsverfahren darstellt. Parallel wurde der Entwurf einer Absichtserklärung, eines sogenannten Letter of Intent vorbereitet, der in dieser Phase 1 und mit den Prozessbeteiligten abgestimmt wird. Der LOI regelt den Umgang der Prozessbeteiligten untereinander und gegenüber der Öffentlichkeit für die Dauer des Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Die mitwirkungsbereiten Prozesspartner verpflichten sich, an einem fairen und sachlichen Dialog- und Beteiligungsverfahren aktiv teilzunehmen und dieses durch eigene Aktivitäten zu unterstützen. Durch die sehr differenzierten und sich oftmals widersprechenden Gestaltungs- und Nutzungswünsche des gesamten Gebietes, ist eine solche Vereinbarung unverzichtbar und Grundvoraussetzung für das angestrebte Dialog- und Beteiligungsverfahren.

Am 09.09.2015 werden die Prozessbeteiligten zunächst über den bisherigen Ablauf und den aktuellen Stand informiert. Anschließend, in einem nicht-öffentlichen Teil, kann gemeinsam über den Inhalt des LOI und das Prozessdesign diskutiert werden. Anregungen und Hinweise werden durch cK und die WerkStadt für Beteiligung in den weiteren Prozessablauf integriert. Die Prozessbeteiligten erhalten anschließend die Möglichkeit, die Informationen und Inhalte der Veranstaltung zu besprechen. Bis zum 12.10.2015 sind eine Rückmeldung zur Mitwirkung und die Benennung eines Vertreters für den Begleitkreis vorgesehen.

Phase 2 – Vorbereitung des Dialog- und Beteiligungsverfahrens

Die Vorbereitung startet mit einem ersten Treffen des Begleitkreises. In diesem Rahmen werden die Regeln der Zusammenarbeit im Begleitkreis festgelegt und es erfolgt eine Befassung mit dem Gesamtverfahren sowie die Verabredung konkreter Mitwirkungsleistungen für die ersten Beteiligungsformate.

Phase 3 – Durchführung des Dialog- und Beteiligungsverfahrens

Modul 1 Planwerkstatt Plantage

Im Rahmen der Planwerkstatt Plantage werden an zwei aufeinanderfolgenden Terminen anhand von Plänen und Modellen Nutzungs- und Gestaltungsvorschläge entwickelt. Hier sollen die Ideen der Kinder- und Jugendlichen einbezogen werden, die bereits heute die Plantage intensiv nutzen. Eine enge Zusammenarbeit ist in diesem Prozess mit der Max-Dortu-Grundschule, dem Stadtjugendring Potsdam, Wildwuchs Streetwork/Stiftung SPI und dem Fröbelhort „Kastanienhof“ vorgesehen. Auch alle anderen Interessierten und Prozessbeteiligten sind eingeladen, sich aktiv in diese Veranstaltungen einzubringen. Im Rahmen der Veranstaltungen werden 3-4 Werkstattgruppen ihre Vorstellungen zur künftigen Nutzung und Gestaltung der Plantage entwickeln. Landschafts- und Stadtplaner, Architekten und Denkmalpfleger bringen ihre Fachexpertise aktiv in die Veranstaltungen ein, um realisierbare Lösungen zu unterstützen. Die Ergebnisse der Planwerkstatt bilden eine inhaltliche Grundlage der Auslobungsunterlagen zum Realisierungswettbewerb Plantage, den der Sanierungsträger Potsdam zu Beginn des Jahres 2016 auslobt.

Modul 2 Informations- und Meinungsmarkt

In dieser Vor-Ort-Veranstaltung wird ein Informations- und Meinungsmarkt auf dem Gelände durchgeführt. Alle Prozessbeteiligten können an dieser Veranstaltung mitwirken und die Bevölkerung über ihr Vorhaben informieren.

In Vorbereitung des Informations- und Meinungsmarktes werden jeweils Vorgespräche mit den einzelnen Gruppen durchgeführt. In diesen Gesprächsrunden werden die Mitwirkungsbereitschaft und die konkreten Unterstützungsmöglichkeiten für die Durchführung der Vor-Ort-Veranstaltung besprochen.

Modul 3 Umgestaltungsevent „Just do it“

An den Informations- und Meinungsmarkt schließt sich ein Umgestaltungsevent mit dem Arbeitstitel „Just do it“ an. Hier werden die Vorschläge, die auf dem Informations- und Meinungsmarkt gesammelt wurden, in Form von (Modell)Bauten in die Tat umgesetzt. Die einzelnen Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten somit ein reales Bild und fördern die Vorstellungskraft der umzusetzenden Maßnahmen. Eventuell lassen sich mögliche Synergien zwischen bisher differierenden Vorstellungen entwickeln.

Modul 4 Szenarienbasiertes Planspiel

Nach entsprechender Vorbereitung werden Prozessbeteiligte, Bürgerinnen und Bürger sowie Expertinnen und Experten zu verschiedenen Szenarien im Rahmen eines strukturierten Planspiels durchführen. Die Ergebnisse und Empfehlungen werden in einem Bürgergutachten zusammengeführt und anschließend der Verwaltung und den Stadtverordneten, der Landeshauptstadt Potsdam übergeben.

Im Rahmen mehrerer Veranstaltungen werden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem gemeinsamen Prozess mit den Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten befassen. Die Grundlage bilden Entwicklungsszenarien, die in unterschiedlichen zeitlichen Etappen durchgespielt werden. Die Szenarien unterscheiden sich im Hinblick auf die Realisierung bzw. das Scheitern des Baus des Kirchturms und des Kirchenschiffs der Garnisonkirche, des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus sowie des umgebenden Stadtraumes. Denkbare Spielvarianten sind:

Szenario 1:

Der Neubau von Kirchturm und Kirchenschiff der Garnisonkirche wird bis 2030 nicht realisiert. Das Rechenzentrum bleibt als Kunst- und Kreativhaus bis mindestens 2045 erhalten. Alternativ ist auch die Variante zu berücksichtigen, dass das Rechenzentrum als Kunst- und Kreativhaus scheitert.

Szenario 2:

Der Kirchturm der Garnisonkirche wird zwischen 2016 und 2019 errichtet, das Kirchenschiff folgt in den Jahren 2019 bis 2023. Demzufolge kann das Rechenzentrum als Kunst- und Kreativhaus bis 2018 genutzt werden.

Szenario 3:

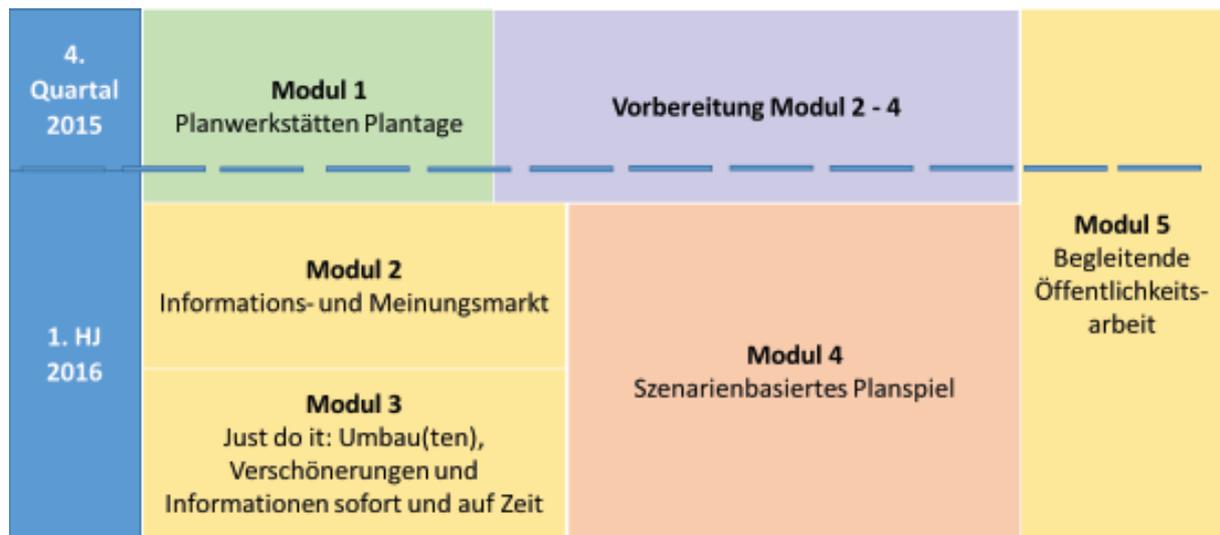
Der Kirchturm der Garnisonkirche wird zwischen 2016 und 2019 errichtet. Das Kirchenschiff wird nicht gebaut. Das Rechenzentrum bleibt als Kunst- und Kreativhaus bis mindestens 2045 erhalten. Alternativ ist auch die Variante zu berücksichtigen, dass die Nutzung des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus nicht fortgesetzt wird.

Das Planspiel wird in einem gemeinsamen Prozess an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden durchgeführt. Teilnehmer sind nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Potsdamerinnen und Potsdamer, Vertreter der Prozesspartner sowie Expertinnen und Experten aus den Bereichen Bau- und Planungsrecht, Städtebau, Landschaftsplanung und Architektur. Bedarfsbezogen können weitere Experten beteiligt werden. Die Experten und Prozesspartner haben die Aufgabe zu Beginn durch Fachbeiträge die Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Dabei ist es ausdrücklich gewünscht, dass Konflikte und unterschiedliche Auffassungen klar benannt werden. Die Szenarien werden in Kleingruppen bearbeitet, deren Zusammensetzung im Laufe des Planspiels wechselt. Die Ergebnisse des Planspiels werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst und an die Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Modul 5 Begleitende Öffentlichkeitsarbeit

Das Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche möchte der breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit einräumen sich zu informieren und eine Meinung zum weiteren Umgang mit diesem wichtigen Stadtraum zu bilden. Der gesamte Beteiligungsprozess soll daher durch unterschiedliche Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Wichtigstes Medium ist eine Website als zentrale Informationsplattform. Zudem wird eine Medienpartnerschaft angestrebt.

Überblick Verfahrensablauf



Anlage 3: Rückmeldebögen / Statements LOI

1. Beteiligungsrat der LHP
2. BI für ein Potsdam ohne Garnisonkirche
3. BI Plantage
4. Bündnis Potsdamer Mitte
5. Elternkonferenz Max Dortu Schule
6. Fördergesellschaft Wiederaufbau Garnisonkirche Potsdam
7. Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V. / Bauverein Potsdamer Stadtkanal von 1722 e.V.
8. Fröbelhort
9. Kulturlobby
10. Max-Dortu-Schule
11. MITTESCHÖN
12. Potsdamer Mitte Neu denken
13. SPI Kunst- und Kreativhaus „Altes Rechenzentrum“
14. SPI Wildwuchs
15. Stadtjugendring
16. Stiftung Garnisonkirche
17. Synagogengemeinde
18. Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V. (AMFV)

1. Beteiligungsrat der LHP

Absender: BETEILIGUNGSRAT DER LHP

Rückmeldebogen

per Mail bis 12.10.2015 an complan Kommunalberatung: kathrin.schumacher@complangmbh.de

Ja, wir werden Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Wir benennen als Kontaktperson für den Begleitkreis:

JÖRN BRONESKE
Joern.broneske@gmx.de

Gaußstr. 20, 14480 Potsdam
0178-7164247

Als feste Vertretung der Kontaktperson benennen wir:

HANS-JÜRGEN HORN
h-j-horn@gmx.de

RICARDA STREMLow
stremLow@uni-potsdam.de

Zum Entwurf des LOI haben wir folgende Anregungen:

- den Dialogprozess allgemeinverständlich erklären und kommunizieren, damit möglichst breite Bevölkerungsschichten einbezogen werden
- Offenheit, die einzelnen Elemente des B-Plans 1 – unter Wahrung des Gesamtzusammenhangs – in eigenen Beteiligungsprozessen durchzuführen
- mehr Zeit für den Realisierungswettbewerb Plantage planen (Fördergelder müssen nicht zwingend verfallen; ist gegebenenfalls verhandelbar)
- Mut und Offenheit, den B-Plan 1 nach 25 Jahren auch neu zu (über)denken
- gleiche Chancen für alle Prozessbeteiligten herstellen, insbesondere bei der Öffentlichkeitsarbeit
- Neutralität von Stadt und Politik sicherstellen
- mehr Offenheit für unterschiedliche Szenarien bei Modul 4

POTSDAM, 12.10.2015
Ort und Datum

BETEILIGUNGSRAT DER LHP
Prozessbeteiligter (Institution)

Vertreten durch: MATTHIAS VOGT (Sprecher)

Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche

15.10.2015

Stellungnahme zum Entwurf „Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche“ der complan Kommunalberatung GmbH

Innerhalb der letzten 25 Jahren forderten verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen wie auch unsere Initiative eine direktdemokratische Beteiligung an der Entscheidung über das Ja oder Nein zur Garnisonkirchenkopie. Die Forderung nach einer Bürgerbefragung oder einem Bürgerentscheid ist demnach so alt wie die Wiederaufbaugeschichte selbst.

Nach der Verhinderung des Bürgerentscheids im Jahr 2014 soll nun ein sogenannter Bürgerdialog stattfinden.

Der Entwurf zum Dialogprozess von complan ignoriert die jahrelange Forderung nach einer direkten Mitbestimmung durch die Potsdamer*innen. Gemäß complan ist der Dialog lediglich eine Entscheidungshilfe für die Stadtverordnetenversammlung. Die Potsdamer*innen selbst dürfen aber nicht entscheiden.

Der angestrebte Dialog ist demnach ein Rückschritt in der Debatte. Er löst nicht den Kern des Konfliktes. Der Konflikt liegt nicht – wie die Bürgerbeteiligungsexpert*innen von Mitmachen e.V. vor einigen Monaten deutlich dargestellt haben – zwischen unserer Initiative Potsdam ohne Garnisonkirche und der Fördergesellschaft bzw. Stiftung, sondern in der Frage, ob die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit der Bevölkerung vertritt, wenn sie den Wiederaufbau der Kirche befürwortet.

Das Festhalten an der Baugenehmigung und die Aussage der Fördergesellschaft bzw. der Garnisonkirchenstiftung, mit dem Bau zu beginnen, sobald das Geld vorhanden ist, widerspricht dem Mindestmaß an Ergebnisoffenheit und Entscheidungsspielraum für eine faire und ernsthafte Bürgerbeteiligung.

Wenn die Verfahrensträger dieses Mindestmaß an Ergebnisoffenheit und Entscheidungsspielraum nicht gewährleisten können oder wollen, muss gemäß Mitmachen e.V. von einem Bürgerdialog abgesehen werden. Dem können wir nur zustimmen.

Wenn die verschiedenen Gruppen und Positionen dennoch miteinander diskutieren sollen, muss dies so benannt werden, was es ist, nämlich lediglich ein Diskussionsforum. Die Verwendung der Begriffe wie „Bürgerdialog“ oder „Bürgerbeteiligung“ ohne verbindliche Beteiligung an Entscheidungen sind Etikettenschwindel und werden nur zu Frust führen. Daher treten wir für eine Namensänderung ein, um Transparenz und Ehrlichkeit im Prozess zu schaffen.

Wir sehen durchaus Bedarf, ein solches Diskussionsforum einzuberufen, um offene Fragen zu klären.

Unsere Vorschläge im Überblick:

- 1) Umbenennung des Bürgerdialogs in „Diskussionsforum“ und Herauslösung des Themas Garnisonkirche aus dem Dialog- und Beteiligungsverfahren. Als BI werden wir uns ausschließlich an der Diskussion zum Thema Garnisonkirche beteiligen, denn nur hierfür sehen wir uns durch das erfolgreiche Bürgerbegehren legitimiert.
- 2) Gründung eines Begleitkreises zum Diskussionsforum Garnisonkirche: Innerhalb des Begleitkreises wird die Prozesssteuerung und Moderation im Konsens festgelegt. Die jetzige Rolle von complan wird damit zur Disposition gestellt.

- 3) Zwei Diskussionsveranstaltungen zu ausgewählten Themen wie beispielsweise Finanzierung, Baukosten und jetzige Nutzungskonzepte der angestrebten Garnisonkirchenkopie
- 4) Eine Kreativwerkstatt über Nutzungsideen nach Auslauf der Baugenehmigung und Scheitern des Projektes
- 5) All diese Veranstaltungen und deren Organisation sollen stets transparent ablaufen. Es werden keine Absprachen darüber getroffen, der Öffentlichkeit etwas zu verschweigen. Auch werden die Gruppen nicht dazu gezwungen, ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit einzuschränken. Nochmals deutlich gesagt: Ein Dialog ohne Entscheidungsmöglichkeit ist keine Beteiligung und birgt keine Verhandlungsbasis, in der die Diskussionspartner zu Diskretion etc. verpflichtet werden können.
- 6) Eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit zum Diskussionsforum bedarf der einstimmigen Zustimmung durch den gegründeten Begleitkreis. Beiträge und Aufmachung einer Informationsplattform oder mittels einer Medienpartnerschaft müssen demnach im Konsens abgestimmt werden.
- 7) Sollten die Wiederaufbaubetreiber*innen oder die Stadtverwaltung entgegen ihrer heutigen Haltung eine Bürgerbefragung in Betracht ziehen, ist unsere Mindestforderung, die Gestaltung der Fragestellung dem Begleitkreis zu überlassen.

3. BI Plantage

Die BI Plantage hat folgende Erklärung abgegeben:

„Die BI Plantage ist gerne bereit, ihre Position in einem Dialog, in einer Diskussion vorzustellen. Ein Dialogverfahren ohne Dialog, bei dem die Teilnehmer ihre Positionen zum Verfahren schriftlich über den Veranstalter austauschen, hält die BI weder für sinnvoll, noch zielführend. Zur Erinnerung: Das Verfahren begann im Frühjahr 2015. Bis heute gab es keine Runde, bei der die Teilnehmer gemeinsam ins Gespräch kommen konnten.“

4. Bündnis Potsdamer Mitte

Absender: Bündnis Potsdamer Mitte, Ulrich Zimmermann, Virchowstraße 5, 14482 Potsdam

Rückmeldebogen

per Mail bis 12.10.2015 an complan Kommunalberatung: kathrin.schumacher@complangmbh.de

**Ja, wir werden Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens.
Wir benennen als Kontaktperson für den Begleitkreis:**

Bündnis Potsdamer Mitte	http://www.buendnispm.de
-----	-----
Name	E-Mailadresse
-----	-----
Anschrift	Telefonnummer

Als feste Vertretung der Kontaktperson benennen wir:

Ulrich Zimmermann	u.zim@utag-ingenieure.de
-----	-----
Name	E-Mailadresse
Virchowstraße 5	
14482 Potsdam	0172 9312109
-----	-----
Anschrift	Telefonnummer

Zum Entwurf des LOI haben wir folgende Anregungen:

Es fehlen die Rahmenbedingung, die Zwangsbedingen darstellen und die nicht verhandelbar sind:

Es gibt für den Bau der Garnisonkirche eine vertragliche Vereinbarung, die als Eigentümer des Grundstückes die Stiftung Garnisonkirche festlegt. Für das Grundstück ist Baufreiheit zu Baubeginn herzustellen, das beinhaltet die Verpflichtung zum Abriss des Rechenzentrums. Für die originalgetreue Rekonstruktion des Turmes der Garnisonkirche gibt es eine rechtskräftige Baugenehmigung. Das Baufeld für das Kirchenschiff darf nicht für anderweitige Planungen in Anspruch genommen werden.

Plantage, Garnisonkirche, Stadtkanal und Rechenzentrum sind als ein Gesamtensemble zu betrachten, dessen Gestaltung sich nach dem bestehenden Beschluss der SVV von 1990 zur Wiederannäherung an den historischen Stadtgrundriss und –aufriß beim Wiederaufbau richten muss.

Das Verfahren muss transparent und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit zur Information über das Vorhaben, insbesondere über die Pro & Contras zur Garnisonkirche geführt werden.

Nein, wir werden nicht Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens, weil:

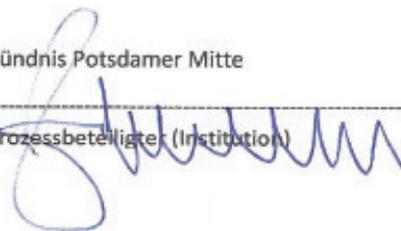
Potsdam , den 10.10.2015

Bündnis Potsdamer Mitte

Ort und Datum

Prozessbeteiligter (Institution)

Vertreten durch: Ulrich Zimmermann



5. Elternkonferenz Max-Dortu-Grundschule

Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche

Telefonprotokoll zum mündlichen Feedback

Elternkonferenz Max-Dortu-Grundschule, Hr. Wassmuth

20. Oktober 2015, 10:10 Uhr

Herr Wassmuth teilte telefonisch mit, dass aus Sicht der Elternkonferenz der Max-Dortu-Grundschule eine Teilnahme am Dialogverfahren in der skizzierten Form nicht sinnvoll erscheint.

Vorrangiges Ziel der Elternkonferenz sei die Schaffung einer (grund-)schulischen Anforderungen entsprechenden Sportmöglichkeit auf der Plantage sowie der Erhalt/die Schaffung eines geeigneten Kinderspielplatzes an diesem Standort. Zu den Themen Rechenzentrum und Garnisonkirche habe die Elternkonferenz als Gremium allerdings keine öffentliche Position.

Herr Wassmuth gab zu Bedenken, dass der skizzierte Zeitplan für eine Beteiligung zur Plantage sehr knapp wirkte. Zudem sei zu berücksichtigen, dass sich die Elternkonferenz üblicherweise zu etwa drei jährlichen Sitzungen treffe. Ein sehr zeitintensives Verfahren sei daher nicht ohne weiteres von der Elternkonferenz abzusichern.

6. Fördergesellschaft Wiederaufbau Garnisonkirche Potsdam

complan Kommunalberatung GmbH
Herrn Geschäftsführer Hathumar Drost
Herrn Nils Jonas
Voltaireweg 4
14469 Potsdam

nur per Mail: kathrin.schumacher@complangmbh.de



19.10.2015

Bürgerdialog / Bürgerbeteiligung Potsdamer Mitte

Sehr geehrter Herr Drost,
sehr geehrter Herr Jonas,

in vorbezeichneter Sache danken wir für die Möglichkeit, uns am Dialog- und Beteiligungsverfahren zu beteiligen. Wir nehmen hieran gerne teil.

Wir sind am Erfolg dieses Verfahrens interessiert. Für uns geht es darum, innerhalb des für eine Beteiligung offenen Gestaltungsspielraumes Meinungen, Konzeptionen, Vorstellungen anderer Akteure kennenzulernen. Damit freilich Missverständnisse vermieden werden, die durch – wie auch immer verursachte – Fehlvorstellungen anderer verursacht werden, wiederholen wir unseren Hinweis, dass die Zwangspunkte, die für das Beteiligungsverfahren zu beachten sind, deutlicher als bisher herausgestellt werden. Die zeitlichen Zwänge, die etwa für den Sanierungsträger bestehen und von vornherein – wenn wir dies richtig verstanden haben – dazu führen, dass auch die Gestaltung des von Ihnen begleiteten Dialogs hierauf Rücksicht nehmen muss, ist hierfür nur ein Beispiel. Dass ebenso die für den Turm der Garnisonkirche erteilte Baugenehmigung einen solchen Zwangspunkt setzt, versteht sich von selbst.

Vorsitzender der Fördergesellschaft Prof. Dr. Matthias Dombert
Mangerstraße 26, 14467 Potsdam
Telefon: 0331/6204278; Fax: 0331/62042909

- Seite 2 -

Es wäre schön, wenn der uns zugegangene Entwurf eines „Letter of Intent“ insoweit noch überarbeitet werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'D' followed by several loops and a final 't'.

Prof. Dr. Dombert

7. Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V. / Bauverein Potsdamer Stadtkanal von 1722 e.V.

BAUVEREIN POTSDAMER STADTKANAL

VON 1722 E.V.

Complan GmbH
Voltaireweg 4
14469 Potsdam

via Email
kathrin.schumacher@complangmbh.de

Potsdam, am 11. Oktober 2015

Dialog- und Beteiligungsverfahren
Garnisonkirche - Plantage - Rechenzentrum

Sehr geehrter Herr Drost,
sehr verehrte Frau Schumacher,

bzgl. des uns zur Stellungnahme überlassenen „letter of intent“ möchten wir Ihnen Folgendes mitteilen:

1. Wir nehmen gern an jedem Verfahren teil, das - auch in Teilen - die Instandsetzung bzw. Wiederherstellung des Boden- bzw. Baudenkmals „Potsdamer Stadtkanal“ und dessen Gestaltung nebst dessen Nutzung betrifft.
2. Voraussetzung ist für uns jedoch, dass alle Teilnehmer verbindlich erklären die obwaltenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu akzeptieren.

C/O ALT NOWAWES 103
D - 14482 POTSDAM BABELSBERG
MARK BRANDENBURG

+49 177 200 53 11
POST@WILLOGOEPEL.DE
WWW.WILLOGOEPEL.DE

BAUVEREIN POTSDAMER STADTKANAL

VON 1722 E.V.

Hierzu gehören für uns u.a.:

- Eigentumsfragen an Grundstücken und Gebäuden,
- baurechtliche Verpflichtungen der Stadt,
- denkmalrechtliche Grundsätze im Umgang mit dem Areal,
- mietrechtliche Fragen sowie
- die abschliessende Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt zu jeder Veränderung des *status quo*.

Von alledem ist in Ihrem langen und sehr allgemein gehaltenen Papier jedoch nichts zu finden.

3. Insofern erklären wir gern und jederzeit - auch mit jedermann - unsere Bereitschaft zu einer Diskussion im Rahmen des rechtlich Zulässigen und Möglichen. Für eine abstrakte, akademische Diskussion über sich nicht stellende Fragen fehlt unseren ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern schlicht die Zeit.

4. Summa: es wäre besser mit dem in Aussicht gestellten Honorar durch die Stadt für die Akzeptanz der rechtlichen Rahmenbedingungen bei allen Beteiligten zu werben als mit diesen Finanzmitteln aktiv nach Wegen zu suchen diese zu umgehen. Weder das Baugesetzbuch noch die Brandenburgische Kommunalverfassung sind für uns verhandelbar.

In der Hoffnung Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben verbleiben wir mit freundlichem Gruß

(Willo Göpel)
1. Vorsitzender



8. Fröbelhort

Gesendet: Montag, 12. Oktober 2015 15:10

An: 'Simon Wohlfahrt | BI 'Für ein Potsdam ohne Garnisonkirche''

Betreff: AW: Einladung Pressekonferenz zum Dialog 'Plantage - Rechenzentrum - Garnisonkirche'
15.10.15 um 12 Uhr, Zimmer 124 im Stadthaus

Sehr geehrte Damen und Herren,

hier unsere Stellungnahme zum Dialog und Beteiligungsverfahren

1. Die Kinder der Max-Dortu-Schule sollten in die Planung mit einbezogen werden. Vorschläge der Kinder zur Gestaltung einholen und in der Schule aushängen.
2. Projektarbeit mit den Kindern: zeichnen, bauen, modellieren, in einer festgelegten Zeit.
3. Nachbarn der Plantage befragen, nach Befindlichkeiten, Wünschen (ev. Interview durch Kinder, Erzieher und Lehrer) Postwurfsendungen-Info
4. Beteiligung erst wieder bei entgeltlicher Entscheidung des Bauverlaufs (Zeitproblem)
5. Verfahren Plantage und Rechenzentrum/Garnisonkirche trennen, zwei Verfahren, um zeitlich nicht bis 2030 abzurutschen.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Neuhaus

FRÖBEL Bildung und Erziehung gemeinnützige GmbH
Region Nordwestbrandenburg
Hort „Kastanienhof“
Wall am Klez 5
14467 Potsdam

Telefon: +49-331-29 33 95

Fax: +49-331-29 33 95

Email: kastanienhof-potsdam@froebel-gruppe.de

Internet: <http://kastanienhof-potsdam.froebel.info/>

175 Jahre Kindergarten feiern wir unter dem Motto „Spielen verbindet!“ Bitte unterstützen auch Sie eines unserer FRÖBEL-Spielfeste unter: www.betterplace.org/p28114

FRÖBEL Bildung und Erziehung gemeinnützige GmbH Region Nordwestbrandenburg
Geschäftsführerin: Damar Kürschner
Kurfürstenstraße 21 - 14467 Potsdam
Telefon: +49-331-967 80 50
Fax: +49-331-967 80 51
Email: potsdam@froebel-gruppe.de
Internet: www.froebel-gruppe.de

Sitz Berlin - Amtsgericht Charlottenburg HRB 102668 B
Geschäftsführung: Dr. Gudrun Rannacher, Stefan Spieker (Sprecher)
Aufsichtsratsvorsitzender: Rainer Borgmann-Quade

Wichtiger Hinweis:

Diese E-Mail enthält vertrauliche Informationen und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail ist nicht gestattet.

This e-mail may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and destroy this e-mail. Any unauthorized copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail is strictly forbidden.

Rückmeldung bis 20. Okt.

KULTURLOBBY POTSDAM
Initiative und Netzwerk
der freien Kultur- und Kreativschaffenden



**Bedingungen für die Teilnahme der Initiative Kulturlobby
am Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage / Garnisonkirche / Rechenzentrum**

Die Kulturlobby Potsdam ist grundsätzlich zur Teilnahme am Dialogverfahren bereit, knüpft Ihr Engagement jedoch an die Erfüllung folgender Bedingungen:

(1) Die Ergebnisse des Verfahrens werden von allen direkt Beteiligten und der Stadtpolitik als verbindlich anerkannt.

Vor Beginn des Verfahrens erklären alle Beteiligten und die Stadtverordneten, sich an die Ergebnisse des Verfahrens zu binden. Eine entsprechende Selbstverpflichtung ist für eine breite und intensive Beteiligung unerlässlich.

(2) Die Einbindung der gesamten Stadtgesellschaft wird durch einen Bürgerentscheid gewährleistet.

Sollte das Verfahren kein eindeutiges Ergebnis bzw. widersprüchliche Varianten für den Bereich hervorbringen, entscheidet ein Bürgerentscheid über die Entwicklung des Bereiches. Denkbar ist auch, diesen Bürgerentscheid vor Beginn des Verfahrens durchzuführen.

(3) Die Sitzungen des Begleitkreises finden öffentlich statt. Der Punkt 4.5 der Absichtserklärung (Vertraulichkeit) entfällt somit.

Die Herstellung größtmöglicher Transparenz ist für die ehrenamtlich arbeitenden Initiativen unverzichtbar und gebietet sich nicht zuletzt durch den Anspruch gelungener Partizipation.

(4) Der Realisierungswettbewerb für die Plantage wird zurückgestellt, bis das Dialog- und Beteiligungsverfahren abgeschlossen ist. Dessen Ergebnisse werden inhaltliche Grundlage des Realisierungswettbewerbes.

Einen Realisierungswettbewerb für die Plantage durchzuführen, während weitere Beteiligungsphasen für den Bereich laufen bzw. anstehen ließe diese Beteiligung zur Farce werden (es werden parallel Bilder und Aussagen von höchster Verbindlichkeit geschaffen). Dies widerspräche den Grundsätzen der Beteiligung gründlich. Diese Rückstellung ist so auch den Fördermittelgebern gegenüber begründbar.

(5) Der Begleitkreis entscheidet selbst über den Ablauf des Verfahrens und sucht nach Möglichkeiten der Einbindung einer deutlich größeren Öffentlichkeit.

Das am 09.09.2015 vorgestellte Verfahrenskonzept bindet vorwiegend die ohnehin bereits Engagierten für wenigstens ein Dreivierteljahr in einen sehr aufwändigen Prozess ein. Der Begleitkreis soll daher selbst darüber entscheiden, welche der vorgeschlagenen Module sinnvoll umsetzbar sind und eigene Formate entwickeln können. Wichtig erscheint vor allem die Erarbeitung von Formaten, die eine Aktivierung und Einbindung der bisher Unbeteiligten erreichen.

Die eigenständige Abwägung der Beteiligungsformate durch den Begleitkreis erscheint unerlässlich, da der im bisherigen Konzept vorgesehene erhebliche Beteiligungsaufwand zu einem Kräfteungleichgewicht zwischen haupt- und ehrenamtlichen Akteuren führen würde.

Der Verzicht auf Modul 1 (Planwerkstätten) wird bereits heute empfohlen, da dieses Modul weder im vorgestellten Zeitplan umsetzbar ist, noch die Verbindlichkeit der Beteiligung geklärt ist. Eine gesonderte Werkstatt zur Plantage wird zudem obsolet, wenn die Rückstellung des Realisierungswettbewerbs Plantage bis zum Abschluss des Dialog- und Beteiligungsverfahrens als Grundlage einer gelungenen Beteiligung anerkannt wird.

Weitere Anregungen:

Eine integrierte, ganzheitliche Betrachtung der Plantage mit dem Bereich des Rechenzentrums und dem Ort der Garnisonkirche erscheint wünschenswert. Eine Trennung des Dialogverfahrens in die beiden Bereiche „Plantage“ und „Rechenzentrum / Garnisonkirche“ ist jedoch denkbar. In diesem Fall sollte das Verfahren zur Plantage unbedingt zweistufig umsetzbare Ergebnisse fordern, damit eine Anpassung der Plantage im Sinne der Dortuschule und des Kastanienhorts bereits erfolgen kann, solange die Serverhalle des Rechenzentrum noch Bestand hat.

Letztlich wird im Interesse sprachlicher Barrierefreiheit angeregt, den "Letter of Intent" als "Absichtserklärung der Beteiligten" zu bezeichnen.

Für das Dialog- und Beteiligungsverfahren stehen – bei erfolgreicher Einigung – seitens der Kulturlobby als Teilnehmer zur Verfügung:

André Tomczak
Elias Franke

10. Max-Dortu-Grundschule

Absender:

Rückmeldebogen

per Mail bis 12.10.2015 an complan Kommunalberatung: kathrin.schumacher@complangmbh.de

Ja, wir werden Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Wir benennen als Kontaktperson für den Begleitkreis:

Grundschule Max Dortu	grundschule8max-dortu@t-online.de
-----	-----
Name	E-Mailadresse
-----	-----
Anschrift	Telefonnummer

Als feste Vertretung der Kontaktperson benennen wir:

-----	-----
Name	E-Mailadresse
-----	-----
Anschrift	Telefonnummer

Zum Entwurf des LOI haben wir folgende Anregungen:

- wir haben alle Fragen an die Stadtverwaltung weitergeleitet
- wir sehen uns nicht in der Lage, uns zu beteiligen, da eine Freifläche (sportliche Nutzung) für die Max Dortu Schule im Plan vorgesehen ist und der Schulträger für die Schaffung der äußeren Gegebenheiten zur Schulorganisation verantwortlich ist.

Nein, wir werden nicht Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens, weil:

- Schulverwaltung als Ansprechpartner gewinnen, um die Interessen der Max Dortu Schule zu vertreten

Polodan 5.10.15 _____
Ort und Datum *S. Kulebs* Prozessbeteiligter (Institution)

Vertreten durch:

11. MITTESCHÖN

Absender: Bürgerinitiative MITTESCHÖN, Liane Carstens, Große Weinmeisterstr. 28 A, 14469Potsdam

Rückmeldebogen

per Mail bis 12.10.2015 an complan Kommunalberatung: kathrin.schumacher@complangmbh.de

X Ja, wir werden Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Wir benennen als

Kontaktperson für den Begleitkreis:

Bürgerinitiative MITTESCHÖN

info@mitteschoen.de

Name

E-Mailadresse

Alter Markt 9, 14467 Potsdam

Anschrift

Telefonnummer

Als feste Vertretung der Kontaktperson benennen wir:

Liane Carstens

lianecarstens@web.de

Name

E-Mailadresse

Große Weinmeisterstr. 28 A, 14469 Potsdam

0331/28791199

Anschrift

Telefonnummer

Zum Entwurf des LOI haben wir folgende Anregungen:

Als dringlich erachten wir einen Masterplan für das gesamte Areal bestehend aus Plantage, Stadtkanal, Garnisonkirche und Langem Stall. Herausgelöste Einzelbetrachtungen würden zu einem mangelhaften Gesamtergebnis führen, da es Überschneidungen im Gebiet gibt, die nur bei einer Gesamtbetrachtung auflösbar sind.

Für den Wiederaufbau des Turmes der Garnisonkirche gibt eine gültige Baugenehmigung. Er ist für uns deshalb nicht verhandelbar. Das Grundstück für die Errichtung der Garnisonkirche ist im Eigentum der Stiftung Garnisonkirche. Hier gilt der Grundsatz der Baufeld-Freimachung bei Baubeginn des Kirchenschiffes. Dies und auch die Wiederherstellung des Stadtkanals erfordern den beschlossenen Abriss des Rechenzentrums bei Baubeginn. Es gibt keine Option, dies zur Disposition zu stellen.

Für den Dialog erwarten wir eine Gesprächskultur, die sich an inhaltlichen und formalen Regeln orientiert.

Potsdam, 7.10.2015

MITTESCHÖN

Ort und Datum

Prozessbeteiligter (Institution)

Vertreten durch: Liane Carstens

Initiative + Netzwerk

Potsdamer Mitte Neu denken



MITTEILUNG vom 15. Oktober 2015

an die complan Kommunalberatung und an die WerkStadt für Beteiligung

c/o complan Kommunalberatung GmbH, Voltaireweg 4, 14469 Potsdam, per E-Mail: kathrin.schumacher@complangmbh.de

Dialog- und Beteiligungsverfahren - Veranstaltung: Status quo und wie weiter?

Sehr geehrter Herr Drost,
sehr geehrter Herr Jonas,

leider können wir Ihren Rückmeldebogen zum Dialog- und Beteiligungsverfahren nicht für unsere Rückmeldung verwenden: Es besteht grundsätzlich Interesse, am Verfahren mitzuwirken, d.h. Vertreter*innen unserer Initiative für den Begleitkreis und Beteiligungsphasen zu benennen. Allerdings können wir diese Zusage unter den am 09.09.2015 vorgestellten Bedingungen nicht leisten.

Wir sind jedoch bereit, am Dialog- und Beteiligungsverfahren teilzunehmen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

(1) Die Ausgestaltung des Verfahrens wird nicht von "oben" vorgegeben, sondern durch die Beteiligten vereinbart.

Die Steuerung des Verfahrens erfolgt durch den Begleitkreis. Dieser entscheidet über die genauen Beteiligungsmodule und den Zeitplan des Verfahrens. Die Voraussetzung ist eine klare Definition der Rechte des Begleitkreises und der Rechte der beteiligten Gruppen.

Begründung: Durch die Stärkung des Begleitkreises soll sichergestellt werden, dass das Verfahren wirklich ergebnisoffen ist und dass es keine Einflussnahme seitens der Stadtverwaltung gibt.

(2) Die Sitzungen des Begleitkreises finden öffentlich statt. Der Punkt 4.5 der Absichtserklärung (Vertraulichkeit) entfällt.

Begründung: Die transparente Darstellung von Entscheidungsprozessen ist für die Glaubwürdigkeit des Verfahrens von entscheidender Bedeutung.

(3) Alle Beteiligten verpflichten sich, die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens umzusetzen.

Dies gilt einerseits für die Stadtpolitik. Zu diesem Zweck könnten die Fraktionsvorsitzenden aller in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen eine entsprechende Selbstverpflichtung eingehen. Dies gilt aber auch für Bauherren und Nutzer, die ebenfalls eine Selbstbindung erklären müssten.

www.potsdamermitteneudenken.de info@potsdamermitteneudenken.de

1 / 2

Potsdamer Mitte Neu denken



MITTEILUNG vom 15. Oktober 2015

an die complan Kommunalberatung und an die WerkStadt für Beteiligung

c/o complan Kommunalberatung GmbH, Voltaireweg 4, 14469 Potsdam, per E-Mail: kathrin.schumacher@complangmbh.de

Begründung: Für die Akzeptanz des Beteiligungsverfahrens ist es unerlässlich, dass es auch wirklich etwas zu entscheiden gibt. Bei folgenlosen Mitbestimmungsprozessen besteht dagegen die Gefahr von Politikverdrossenheit und Vertrauensverlust.

- (4) Über den Wiederaufbau der Garnisonkirche sollte in einem Bürgerentscheid oder zumindest einer Bürgerbefragung entschieden werden.**

Begründung: Der Wiederaufbau der Garnisonkirche ist ein äußerst kontroverses Thema, das die Potsdamer Stadtgesellschaft spaltet. Die Torpedierung des erfolgreichen Bürgerbegehrens gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche durch die Stadtverordnetenversammlung hat den Streit weiter verschärft und das Vertrauen in die Politik erschüttert. Dieser Streit kann nur durch ein transparentes und demokratisches Entscheidungsverfahren wie einen Bürgerentscheid / eine Bürgerbefragung entschieden werden.

- (5) Der Realisierungswettbewerb für die Plantage wird zurückgestellt, bis das Dialog- und Beteiligungsverfahren abgeschlossen ist. Dessen Ergebnisse werden inhaltliche Grundlage des Realisierungswettbewerbes.**

Begründung: Einen Realisierungswettbewerb für die Plantage durchzuführen, während weitere Beteiligungsphasen für den Bereich laufen bzw. anstehen, ließe diese Beteiligung zur Farce werden (es werden parallel Bilder und Aussagen von höchster Verbindlichkeit geschaffen). Dies widerspricht den Grundsätzen der Beteiligung gründlich. Diese Rückstellung ist so auch den Fördermittelgebern gegenüber begründbar.

Des Weiteren wird angeregt, den "Letter of Intent" im weiteren Verlauf als "Absichtserklärung" oder "Absichtserklärung der Beteiligten" zu bezeichnen.

SprecherInnen und Mitwirkende am Dialog- und Beteiligungsverfahren
der Initiative "Potsdamer Mitte neu denken"

Frauke Röth
André Tomczak
Günter zur Nieden
Matthias Grünzig
Steffen Pfrogner
Rüdiger Seyffer

13. SPI Kunst- und Kreativhaus „Altes Rechenzentrum“

<p>Absender:</p>	<p>Stiftung SPI Niederlassung Brandenburg Nord-West Stahnsdorfer Straße 76 - 78 14482 Potsdam Tel. +49.0.331 747970 Fax +49.0.331 7479744 brandenburg.nw@stiftung-spi.de</p>	 <p>Kunst- u. Kreativhaus „Altes Rechenzentrum“</p>
<p>Rückmeldebogen</p> <p>per Mail bis 12.10.2015 an complan Kommunalberatung: kathrin.schumacher@complangmbh.de</p>		
<p><input checked="" type="checkbox"/> Ja, wir werden Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Wir benennen als Kontaktperson für den Begleitkreis:</p>		
<p><u>Von Essen, Andreas</u></p> <p>Name</p> <p><u>Stahnsdorfer Str. 76-78</u> <u>14482 Potsdam</u></p> <p>Anschrift</p>	<p><u>vonessen@stiftung-spi.de</u></p> <p>E-Mailadresse</p> <p><u>0172 / 316 03 27</u></p> <p>Telefonnummer</p>	
<p>Als feste Vertretung der Kontaktperson benennen wir:</p>		
<p><u>Engel, Anja</u></p> <p>Name</p> <p><u>Kunst- u. Kreativhaus „Altes Rechenzentrum“</u> <u>Dortstr. 46, 14467 Potsdam</u></p> <p>Anschrift</p>	<p><u>0172 0175 potsdam@stiftung-spi.de</u></p> <p>E-Mailadresse</p> <p><u>0175 / 1895684</u></p> <p>Telefonnummer</p>	
<p>Zum Entwurf des LOI haben wir folgende Anregungen:</p>		
<p><u>Wir beabsichtigen heute im Mieterbeirat, einen Künstler als Vertreter des Kunst- u. Kreativsektors aus dem „Alten Rechenzentrum“ für das Beteiligungsverfahren zu gewinnen, damit Künstler selbst an dem Dialog beteiligt sein können.</u></p>		
<p><input type="checkbox"/> Nein, wir werden nicht Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens, weil:</p> <p>_____</p> <p>_____</p>		
<p><u>12.10.2015</u></p> <p>Ort und Datum</p>	<p>Stiftung SPI Niederlassung Brandenburg Nord-West Stahnsdorfer Straße 76 - 78 14482 Potsdam Tel. +49.0.331 747970 Fax +49.0.331 7479744 brandenburg.nw@stiftung-spi.de</p>  <p>Prozessbegleitender Institution</p> <p>Vertreten durch: <u>Andreas von Essen stellv. GBL</u></p>	

14. SPI Wildwuchs

STIFTUNG SPI
Niederlassung Brandenburg
Nord-West

Absender:
Stahnsdorfer Straße 76 - 78 | 14482 Potsdam
Tel. +49.0.331 747970 | Fax +49.0.331 7479744
brandenburg.nw@stiftung-spi.de

Rückmeldebogen

per Mail bis 12.10.2015 an complan Kommunalberatung: kathrin.schumacher@complangmbh.de

*Projekt: Wildwuchs-
Streetwork Potsdam
vermittelt Interesse Jugendlicher
an Gehalt öffentl. Plätze*

Ja, wir werden Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Wir benennen als Kontaktperson für den Begleitkreis:

Mertens, Stephan Name stephan.wildwuchs-potsdam@stiftung-spi.de E-Mailadresse

Mauerstr. 2, 14469 Potsdam Anschrift 0331-740 72 60 Telefonnummer

Als feste Vertretung der Kontaktperson benennen wir:

Caesar, Olaf Name olaf.wildwuchs-potsdam@stiftung-spi.de E-Mailadresse

Mauerstr. 2, 14468 Potsdam Anschrift 0331-740 72 60 Telefonnummer

Zum Entwurf des LOI haben wir folgende Anregungen:

- Es sollte geprüft werden, ob das Beteiligungsverfahren zur Plantage von den Themen Rechenzentrum und Garnisonkirche getrennt werden kann.
- Der Begleitkreis braucht eine ausgewogene Zusammensetzung. Das erscheint angesichts der verschiedenen Positionen der Akteure unrealistisch. Bei zahlenmäßiger Abstimmung haben womöglich nicht alle die gleichen Chancen.
- Die Regelung über Verstöße ist unrealistisch. Wie wird die Schwere des Verstoßes gemessen? Ein Ausschluss eines Prozessbeteiligten ist aus unserer Sicht nicht praktikabel und auch nicht wünschenswert.
- Der ganze Prozess sollte grundsätzlich öffentlich und transparent durchgeführt werden.

Nein, wir werden nicht Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens, weil:

.....

.....

Potsdam 09.10.2015 Ort und Datum

Stiftung SPI
Niederlassung Brandenburg
Prozessbegleiter (Institution)

Stahnsdorfer Straße 76 - 78 | 14482 Potsdam
Tel. +49.0.331 747970 | Fax +49.0.331 7479744
brandenburg.nw@stiftung-spi.de

Vertreten durch Andreas von Eschke stellv. GBL

15. Stadtjugendring Potsdam

Absender:

Rückmeldebogen

per Mail bis 12.10.2015 an complan Kommunalberatung: kathrin.schumacher@complangmbh.de

Ja, wir werden Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Wir benennen als Kontaktperson für den Begleitkreis:

----- Name	----- E-Mailadresse
----- Anschrift	----- Telefonnummer

Als feste Vertretung der Kontaktperson benennen wir:

----- Name	----- E-Mailadresse
----- Anschrift	----- Telefonnummer

Zum Entwurf des LOI haben wir folgende Anregungen:

Nein, wir werden nicht Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens, weil:

*Siehe Stellungnahme SJR
im Anhang*

Potsdam, 12.10.2015 *Stadtjugendring Potsdam*

Ort und Datum Prozessbeteiligter (Institution)

Stadtjugendring Potsdam e.V.
Schulstr. 9, 14482 Potsdam
Tel.: +49 331 / 58 13 203
Email: sjr@madstop.de
www.sjr-potsdam.de

Vertreten durch: *Katja Alkenburg*



Stadtjugendring Potsdam e.V.

anerkannter Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 KJHG *** gegründet 1991

Potsdam, 12.10.2015

Stadtjugendring Potsdam e.V.
Schulstraße 9
14482 Potsdam
Tel.: 0331 – 58 13 213
Fax: 0331 – 58 13 204
Mail: sjr@madstop.de
www.sjr-potsdam.de

Stellungnahme zum „Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche“

Der Stadtjugendring Potsdam e.V. ist die Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche in der Stadt Potsdam. Die zum Stadtjugendring gehörende Einrichtung „Kinder- und Jugendbüro“ unterstützt als Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung dieses Anliegen, indem sie Kinder und Jugendliche an sie betreffende Planungen möglichst umfassend beteiligt.

In dem „Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche“ ist der Stadtjugendring von Anfang an dafür eingetreten, dass die Interessen der Kinder und Jugendlichen v.a. auch für den Freizeitbereich berücksichtigt werden. Wir haben deutlich gemacht, dass dieser innerstädtische Platz nicht nur für die Schulnutzung, sondern auch darüber hinaus als öffentliche Spiel- und Freizeitfläche von großer Bedeutung für Kinder und Jugendliche ist. Insofern sprechen wir uns dafür aus, dass sie in diesem Prozess direkt beteiligt werden und ihre Anliegen unterstützend durch Mittler_innen vertreten werden. Um diesem Anliegen gerecht zu werden, bedarf es unserer fachlichen Einschätzung nach eines eigenen Beteiligungsverfahrens, welches sich ausschließlich auf die Gestaltung des öffentlichen Platzes der Plantage bezieht. Sonst steht zu befürchten, dass die Platzgestaltung und die Interessen der Kinder und Jugendlichen in den Debatten um die Garnisonkirche untergehen würden.

Das Kinder- und Jugendbüro erklärt sich bereit, gemeinsam mit der Grundschule Max-Dortu und dem Hort Kastanienhof einen Beteiligungsprozess für Kinder und Jugendliche im Rahmen des Realisierungswettbewerbs zur Plantage zu initiieren. Bedingung hierfür ist ein tatsächlicher Entscheidungsspielraum sowie ein angemessener zeitlicher Rahmen.

Der SJR befürwortet das Teilverfahren zur Gestaltung der Plantage, kann aber das Gesamtverfahren „Dialog- und Beteiligungsverfahren Plantage-Rechenzentrum-Garnisonkirche“ in der jetzigen Form nicht unterstützen. Aus diesen Beweggründen unterschreiben wir den „Letter of Intent“ nicht.

Mitglieds-Organisationen:

Chill Out e.V./V CVJM/W
STIBB e.V./W Spunk e.V./W
Cultus UG (bei Land)/W
Paragraph 13 e.V./W
Junge Humanisten/W
Singschule Potsdam/W
Breitband e.V./W
Hoch Drei e.V./W
Stiftung SPI (Lindenpark)
DGB - Jugend/W
SJD - Die Falken/W
Jugendpresseverband Brandenburg
e.V./W
Bund der Pfadfinderinnen
und Pfadfinder/W
Naturfreundejugend
Brandenburg/W
Deutscher Alpenverein/W
AWO Kreisverband Potsdam e.V./W
Evangelische Arbeitsstelle
für die Arbeit mit Kindern
und Jugendlichen im
Kirchenkreis Potsdam/W
Förderverein für Jugend
und Sozialarbeit e.V./W
jgd - Internationale
Jugendgemeinschaftsdienste/W
Stadtportjugend im
Stadtsporbund Potsdam/W
Förderverein für Jugendarbeit
in Brandenburg e.V./W
Theaterjugendklub
HOT/W

Vorstand (2015-2017):

Julia Schultheiss
Dirk Harder
Rolf Kriete
Katharina Tietz

Geschäftsführung

Katja Altenburg
sjr@madstop.de

Bankverbindung:

Konto-Nr.: 350 331 5909
BLZ: 160 500 00
MBS Potsdam

Eingetragen beim

Amtsgericht Potsdam
VR 521
St.Nr.: 046/142/01393K005
-von der Umsatzsteuer befreit-

16. Stiftung Garnisonkirche

Absender: Stiftung Garnisonkirche / Gutenbergstraße 71/72 / 14467 Potsdam

Rückmeldebogen

per Mail bis 12.10.2015 an complan Kommunalberatung: kathrin.schumacher@complangmbh.de



Ja, wir werden Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens. Wir benennen als Kontaktperson für den Begleitkreis:

Stiftung Garnisonkirche Potsdam

stiftung@garnisonkirche-potsdam.de

Name

E-Mailadresse

Gutenbergstraße 71/72 / 14467 Potsdam

0331-5058168

Anschrift

Telefonnummer

Als feste Vertretung der Kontaktperson benennen wir:

Wieland Eschenburg

Vorstand für Kommunikation und Programm

eschenburg@garnisonkirche-potsdam.de

Name

E-Mailadresse

Stiftung Garnisonkirche Gutenbergstraße 71/72 14467 Potsdam 0331-5058168

Anschrift

Telefonnummer

Zum Entwurf des LOI haben wir folgende Anregungen und wären für Berücksichtigung der nachstehenden Vorschläge dankbar. Die Stiftung Garnisonkirche hat ein großes Interesse am erfolgreichen Verlauf des Verfahrens. Wir wünschen Transparenz und einen möglichst effektiven Dialog. Dem sollen die nachstehenden Anmerkungen dienen.

Seite 3:

In der Darstellung, mit wem durch cK Einzelgespräche geführt wurden, sollte nicht allgemein die Zahl 15 sondern sollten exakt die Gesprächspartner aufgelistet werden. Wurde mit allen auf der Seite 3 benannten Partnern Gespräche geführt?

Seite 3

Sollte eine Auflistung der Interessierten in alphabetischer Reihenfolge erfolgen?

Absender: Stiftung Garnisonkirche / Gutenbergstraße 71/72 / 14467 Potsdam

Ist es eigentlich richtig, dass der Evangelische Kirchenkreis Potsdam nicht beteiligt wird?

Seite 3

Die Rolle bzw. „Rollen“ der WerkStadt für Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam erscheint klärungsbedürftig. Einerseits wird diese als Interessierte/Beteiligte aufgelistet, andererseits als an der Koordination Beteiligte (S. 4, Pkt. 3) benannt (hier dann als „verwaltungsinterner Teil“).

Seite 4 (und Folgende)

Im gesamten LOI werden die Rahmendaten des Verfahrens nicht genannt. Zum Gelingen des Verfahrens sollten die vorhandenen Zwangspunkte benannt werden.

Seite 4, Punkt 2, 1. Absatz, 1. Satz

Nach dem LOI sollen die Sanierungsziele überprüft werden. Dann müssten die Sanierungsziele mindestens als Anlage genannt werden, da es nur so möglich ist, die Sinnhaftigkeit der Überprüfung der Ziele zu prüfen. Außerdem sollte der B-Plan als Anlage vollständig angefügt werden, damit alle Beteiligten eine Chance haben, die vorhandene Beschlusslage zu kennen.

Seite 4, Punkt 2, 1. Absatz, 2. Satz

Es müsste das Wort „ggf.“ eingefügt werden, da es ja auch sein kann, dass es keine Anpassungserfordernisse gibt.

Seite 4, Punkt 2, 1. Absatz, letzter Satz

Kann der Satz klarer formuliert werden?

Seite 4, Punkt 2, 2. Absatz

Zentraler Punkt: Hier wird das mit diesem LOI vorzubereitende Verfahren in zwei Verfahren aufgespalten. Einerseits in einen „Bürgerdialog: Rechenzentrum – Garnisonkirche“, andererseits in einen Realisierungswettbewerb Plantage. Damit wird so getan, als ob diese Bereiche getrennt voneinander sinnvoll zu planen sind. Andererseits bestätigt die Planung für den Realisierungswettbewerb, dass mehr als die Plantage-Nord gemeint ist. Die Struktur des gesamten Verfahrens muss an dieser Stelle verändert werden.

2

Absender: Stiftung Garnisonkirche / Gutenbergstraße 71/72 / 14467 Potsdam

Seite 4 (und Folgende)

Der Eindeutigkeit wegen sollte der mit „Plantage-Rechenzentrum-Garnisonkirche“ beschriebene Geltungsbereich konkreter „Plantage mit Stadtkanal und Langer Stall - Rechenzentrum - Garnisonkirche“ benannt werden.

Seite 5

Die Prozesssteuerung durch cK wird nach unserem bisherigen Wissen im Auftrag der Stadt und nicht im Auftrag des Sanierungsträgers durchgeführt.

Seite 6

Die Beschreibung unter der Überschrift *Stiftung Garnisonkirche Potsdam* ist durch nachfolgenden Text zu ersetzen:

Ziel der Stiftung im ersten Bauabschnitt ist der Wiederaufbau des Turms in originaler Gestaltung seiner äußeren Form. Die Gestaltung des Innenraumes entspricht den im Nutzungskonzept beschriebenen Möglichkeiten und ist kein Abbild der historischen Gestaltung. Ein Fahrstuhl ermöglicht barrierefrei den Zugang zur Aussichtsplattform in 67 m Höhe. Die Stiftung arbeitet getreu ihren Stiftungszwecken. Diese „werden insbesondere dadurch verwirklicht, dass der Wiederaufbau des Kultur- und Baudenkmals Garnisonkirche Potsdam betrieben und dessen Nutzung als evangelische Kirche gewährleistet wird.“ (§2 Abs.2) „Der Stiftungszweck wird weiterhin insbesondere durch Friedens- und Versöhnungsarbeit und deren Förderung verwirklicht.“ (§2 Abs.3) Für diese Arbeit steht die Maßgabe des Dreiklangs „Geschichte erinnern, Verantwortung lernen, Versöhnung leben“.

Die Baugenehmigung für die Errichtung des Turmes liegt vor.

Weiteres Ziel ist im zweiten Bauabschnitt die Errichtung des Kirchenschiffs. Vertraglich gesichert ist, dass die dafür erforderliche Baufreiheit herzustellen ist, wenn die Stiftung nachweisen kann, den Bau ausführen zu können.

Die Stiftung unterstützt die Kooperation mit den Anliegern der Plantage und eine urbane Gestaltung, die deren Nutzung den Interessen der Anlieger zuordnet.

Seite 7:

Die Zuordnung der Synagogengemeinde in die Rubrik „kontra“ ist u.E. falsch.

Korrekt wäre wohl eine Zuordnung in „Vorhabenträger und/oder Nutzer“, wenn der Text zugrunde gelegt wird, der unter Synagogengemeinde auf S.7 notiert ist („...setzt sich dafür ein, dass die Potsdamer Mitte als urbanes Zentrum ...“.)

Absender: Stiftung Garnisonkirche / Gutenbergstraße 71/72 / 14467 Potsdam

Seite 7, letzter Absatz

Sollte „und Zielstellungen“ gestrichen werden? Interessenslagen sind ja auch bei totaler Gegensätzlichkeit noch anerkennbar. Bei Zielstellungen wird es, wenn man es ernst nimmt, eng. Korrespondenz zu S. 8, 5. Absatz, Schluss.

Seite 8:

Der letzte Absatz unter der Überschrift „Grundlegendes“ in den Prozessregeln muss u.E. klarer gefasst werden. Der Begriff „Sachinformation“ muss klarer definiert werden.

Was bedeutet im vorvorletzten Absatz „Höchstmaß an Ausgewogenheit“?

Die im vorletzten Absatz auf Seite 8 vorgeschlagene Mitwirkung „mitwirkungsbereiter Bürger“ ist nur positiv zu sehen, wenn sie nicht nur nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Denn, wie der Zufall es so will, kann der Zufall ja eine Auswahl treffen, die entweder komplett die eine oder die andere Meinungsbildung unterstützt. An dieser Stelle wäre der ausgewogene Dialog dadurch zum Scheitern verurteilt!

Seite 9:

Die im Absatz „Vertraulichkeit“ verabredete Vorab-Mitteilung von Veröffentlichungen und Stellungnahmen sollte zeitlich definiert werden. Eine Information über eine Veröffentlichung oder Stellungnahme im Zeitraum zwischen Redaktionsschluss und Erscheinen z.B. einer Tageszeitung würde die Verpflichtung zur Vorabinformation zwar formal erfüllen, aber nicht der angestrebten Ausgewogenheit der Öffentlichkeitsarbeit dienen. Außerdem ist zu überlegen, wie man klarer „über den aktuellen Sachstand auf dem Laufenden halten“ formuliert. Ist hier der Beteiligungsprozess oder sind alle Aktivitäten eines oder aller Beteiligten gemeint?

Anlage 1, Seite 1

Unter Berücksichtigung der Festschreibungen im Absatz „Verbindlichkeit“ muss im LOI klar benannt sein, dass eine Einflussmöglichkeit auf die Errichtung des Turmes der G-Kirche nicht besteht. Die Baugenehmigung ist Basis des Handelns der Stiftung.

Die beschriebene Gewissheit der Bürger sollte durch das Verfahren nicht beeinträchtigt werden: Abtrennung und Aufspaltung in zwei Verfahren, die nicht koordiniert werden können (s. o.)

Im Absatz Informationsbereitstellung muss eingefügt werden, dass die „umfassende Information“ auch Einschränkungen erfahren kann oder muss, wenn es Interessen oder Daten zu schützen gilt.

Im Absatz „Kommunikation“ muss das Wort „sein“ gestrichen werden.

Absender: Stiftung Garnisonkirche / Gutenbergstraße 71/72 / 14467 Potsdam

Anlage 2, Seite 2, oberer Absatz

Die in Phase 1 geschilderte angestrebte und nunmehr ja bereits der Vergangenheit angehörige Schrittfolge hat zu heftiger Kritik der TeilnehmerInnen geführt, die hier nur nochmals kurz dokumentiert sein muss: Die Ausreichung des Entwurfes des LOI als „Tischvorlage“ hat dazu geführt, dass die vorgesehene Befassung mit dem Inhalt des LOI am 09.09. faktisch nicht möglich war.

Schwerpunkt der auch von der Stiftung getragenen Kritik war und ist, dass die realisierbaren Zeitabläufe und die Abfolge von Auslobung des Realisierungswettbewerbs Plantage und Bürgerbeteiligung nur in schlicht umgekehrter Reihenfolge Sinn machen. Die Durchführung eines Realisierungswettbewerbs Plantage mit anschließend zusammengetragenem Bürgergutachten stellt den Sinn des Verfahrens auf den Kopf.

Verständnisfrage: in Phase 1 soll das „Prozessdesign“ abgestimmt werden. Mit dieser Anlage zum LOI wird aber schon sehr viel vom Gesamtdesign geschaffen?

Anlage 2, Seite 2, Modul 1

Die Einschätzung der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Einbindung der Nutzer Dortu-Schule, Fröbelhort und der Partner der Kinder- und Jugendarbeit ist sinnvoll und richtig, aber nach unserer Einschätzung im zeitlichen Vorlauf bis zur Auslobung des Realisierungswettbewerbs unrealistisch. Um diese Einbindung zu ermöglichen, muss eine zeitliche Verschiebung des Realisierungswettbewerbs vollzogen werden.

Außerdem ist nicht erkennbar, warum die anderen Beteiligten nur eingeladen sind. Auch hier gilt: keine Trennung in mehrere Verfahren. Nach der bisherigen Vorhabenplanung nehmen an dem Verfahren ab Modul 2 nur noch die Themen Rechenzentrum und Garnisonkirche teil. Dies führt fataler und nicht hilfreicher Weise zu Planspielen, deren Verengung gerade keinen Sinn macht und eine stadtplanerische Gesamtaufgabe Plantage und Umfeld gerade nicht möglich macht.

Anlage 2, Seite 2 und 3, Modul 2 und 3

Auch hier gilt Vorgenanntes. Bei der Fülle der in den Modulen benannten Veranstaltungen ist es unrealistisch, dies alles bis zum Beginn der vorgesehenen Auslobung des Realisierungswettbewerbs umzusetzen – es sei denn, die Auslobung wird vom Beginn des Jahres auf das dritte Quartal verschoben.

Anlage 2, Seite 3, Modul 4

In der zweiten Zeile muss es heißen „...Experten verschiedene Szenarien im ...“

Unter Beachtung der Faktenlage Baugenehmigung sollte von den vorgeschlagenen Szenarien auf das Szenario 1 als unrealistisches Szenarium komplett verzichtet werden. Den Teilnehmern soll nicht Zeit- und Kraftaufwand zur Betrachtung einer defacto nicht in Frage kommenden Überlegung abverlangt werden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob weitere Szenarien in Frage kommen.

Absender: Stiftung Garnisonkirche / Gutenbergstraße 71/72 / 14467 Potsdam

Zur Frage des „Zufallsprinzips“ zur Auswahl der zu beteiligenden Bürgerinnen und Bürger gilt unsere schon weiter oben formulierte Auffassung.

Auch hier gilt: es werden in einem Verfahren Bürgerbilder und in einem zweiten Verfahren (Fach-)Planerbilder erzeugt.

Zusammenfassung:

Der Wiederaufbau des Turmes in seiner historischen äußeren Form steht nicht zur Debatte.

Das Baufeld zur Errichtung des Kirchenschiffs kann nicht für anderweitige Planungen als für die Umsetzung des Stiftungszwecks in Anspruch genommen werden.

Erst anschließend an Modul 4 darf sich Modul 1 anschließen. Ansonsten ist das vorgeschlagene Verfahren aus unserer Sicht nicht tauglich.

Die Stiftung Garnisonkirche Potsdam führt die oben genannten Kritikpunkte und Fragen deswegen an, weil sie an einem gelingenden Bürgerbeteiligungsverfahren großes Interesse hat. Wie in Anlage 1, S. 1 unter dem Stichwort „Verbindlichkeit“ beschrieben, möchte die Stiftung die beschriebene und notwendige Gewissheit fördern.

Nein, wir werden nicht Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens, weil:



Stiftung Garnisonkirche Potsdam
Gutenbergstraße 71/72 · 14467 Potsdam
Tel. 0331.5058168 · Fax 0331.6012265

Potsdam, den 05.10.15

Stiftung Garnisonkirche Potsdam

Ort und Datum

Prozessbeteiligter (Institution)

Vertreten durch: Wieland Eschenburg

17. Synagogengemeinde Potsdam

Absender: Synagogengemeinde Potsdam

Rückmeldebogen

per Mail bis 12.10.2015 an complan Kommunalberatung: kathrin.schumacher@complangmbh.de

**Ja, wir werden Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens.
Wir benennen als Kontaktperson für den Begleitkreis:**

Ud Joffe

joffe@gmx.de

Name

E-Mailadresse

Nansenstr. 15

0176- 21 91 93 07

Anschrift

Telefonnummer

Als feste Vertretung der Kontaktperson benennen wir:

(muss im Fall einer Verhinderung spontan entschieden werden)

Name

E-Mailadresse

Anschrift

Telefonnummer

Zum Entwurf des LOI haben wir folgende Anregungen:

(Bitte vom zweiten Seite entnehmen!)

Nein, wir werden nicht Partner des Dialog- und Beteiligungsverfahrens, weil:

Potsdam, 18.09.2015

Synagogengemeinde Potsdam

Ort und Datum

Prozessbeteiligter (Institution)

Vertreten durch: Ud Joffe

Zum Entwurf des LOI haben wir folgende Anregungen:

Unter: 3 Partner und Positionen

Synagogengemeinde Potsdam

Die Synagogengemeinde setzt sich dafür ein, dass die Potsdamer Mitte als urbanes Zentrum für die Potsdamer Bevölkerung mit räumlicher und geistiger Qualität geschaffen wird. Sie wünscht sich eine **konstruktive** Diskussion über die Auswirkungen des Aufbaus der Garnisonkirche, **nicht zuletzt zwecks der eigene Meinungsbildung.**
auch hinsichtlich der Nutzung und des Stellenwertes gegenüber den übrigen Stadtkirchen.
(grün dazu, rot bitte weg)

Die Bitte der „Anti“-Vertreter, keine Liste von „Anti“ und „Pro“ im Dokument zu fixieren schließen wir uns an.

Wenn Sie darauf bestehen, dann bitten wir Sie die Synagogengemeinde in die „neutrale“ zu nehmen.

Verein zur Förderung antimilitaristischer
Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.



Rückmeldung Dialog- und Beteiligungsverfahren

Eine Teilnahme am Verfahren ist für uns nur unter folgenden Bedingungen möglich:

1. Herstellung von Transparenz. Alle Sitzungen sind öffentlich. Die Prozessregeln sind entsprechend zu ändern.
2. Es müssen klare Start- und Abbruchbedingungen für das Verfahren definiert werden.
3. Es muss sichergestellt werden, dass das Verfahren zur Plantage keine Sachzwänge für das Rechenzentrum zur Folge hat.
4. Das Ziel des Verfahrens muss konkretisiert werden. Speziell die Module 4 und 5 bzw. das Bürgergutachten bedürfen einer Präzisierung.

Zu allen vier Punkten haben wir Vorschläge/Hinweise erarbeitet (siehe Anhang).

Sollten die o.g. Punkte Berücksichtigung finden, benennen wir als Kontaktperson für den Begleitkreis:

Dr. Jörg Kwapis	Hebbelstraße 12, 14469 Potsdam	0331-2702426 0171/4041666
.....
Name, Vorname	Anschrift	Telefonnummer

...und als feste Vertretung benennen wir:

Carsten Linke	Rubensstr. 10, 14467 Potsdam	0160/8141610
.....
Name, Vorname	Anschrift	Telefonnummer

Zum Entwurf des LOI haben wir, zusätzlich zu den grundlegenden Änderungen, folgende (redaktionelle) Anregungen:

- der mitMachen e.V. sollte als neutraler Beobachter einbezogen werden,
- Die unter 3. „Partner und Positionen“ vorgenommene Einteilung (S.7 des LOI) in Pro und Kontra ist entbehrlich, da die Positionen der einzelnen Initiativen schon im Vorfeld beschrieben werden. Auf die Polarisierung kann verzichtet werden.
- In Anlage 2 des LOI werden alle drei Szenarien gestrichen, da diese erst erarbeitet werden sollen. Falls die „denkbaren Spielvarianten“ erhalten bleiben wird das Szenario 1 wie folgt geändert „Der Neubau des Kirchturms der GK wird bis 2019 nicht realisiert. Das Projekt gilt als gescheitert und ein städtebaulicher Wettbewerb zur Neugestaltung des Areals wird eröffnet. Das Rechenzentrum bleibt als Kunst- und Kreativhaus darin möglichst zu integrieren.“

Potsdam, den 12.10.2015

Zu 1) Zur Herstellung von **Transparenz** schlagen sind folgende Änderungen für uns substantiell:

- 1.) Im Punkt 4 Prozessregeln wird im Absatz „Grundlegendes“ der letzte Satz gestrichen.
- 2.) Die Abschnitte „Vertraulichkeit“ und „Verstöße“ werden gestrichen.

Begründung: Im Ergebnis der im Vorfeld stattgefundenen Befragung wurde festgestellt, dass Transparenz eine unabdingbare Voraussetzung für diesen Prozess ist. Deshalb sollten auch Absprachen zum Prozess transparent bzw. öffentlich sein. Dies gilt auch für sämtliche Inhalte. Allein schon der Anschein von Absprachen hinter verschlossenen Türen kann dazu führen, dass das Ergebnis von der Öffentlichkeit abgelehnt wird. Sämtliche Sitzungen sollten öffentlich sein. Hier ist auch auf den Passus „Einbeziehung“ aus den Grundsätzen der Beteiligung in Potsdam zu verweisen.

Öffentliche Sitzungen bedeutet nicht, dass alle Teilnehmer/innen Rederecht oder Entscheidungskompetenz haben. Dies obliegt dem Begleitkreis.

Bei einem öffentlichen, transparenten Prozess sind die Regelungen hinsichtlich „Vertraulichkeit“ entbehrlich. Demnach sind auch keine Regeln für Verstöße gegen die Vertraulichkeit notwendig. Auch dieser Abschnitt kann entfallen.

Zu 2) Es müssen klare **Start- und Abbruchbedingungen** für diesen Prozess definiert werden.

Die 20 potentiellen Prozesspartner sind:

- Sanierungsträger Potsdam,
- Max-Dortu-Grundschule,
- Fröbelhort Kastanienhof,
- Stiftung Garnisonkirche Potsdam,
- Kulturlobby,
- Stadtjugendring Potsdam,
- Wildwuchs Streetwork/Stiftung SPI
- Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e.V.,
- Bündnis Potsdamer Mitte,
- Mitteschön!,
- Bürgerinitiative Plantage,
- Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V.
- Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche,
- Verein der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten LV Brandenburg,
- AStA der Uni Potsdam,
- Bürgerinitiative Potsdamer Mitte neu denken,
- Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.,
- Synagogengemeinde Potsdam
- Beteiligungsrat,
- mitMachen e.V. (neu)

Sollten sich die „Stiftung Garnisonkirche Potsdam“ oder die „Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche“ gegen die Teilnahme am Dialog- und Beteiligungsverfahren aussprechen, kann das Verfahren nicht begonnen werden.

Sollten während des Verfahrens einzelne Mitglieder des Begleitkreises ihr Mandat niederlegen ist zu prüfen, inwieweit das Verfahren aufrecht erhalten werden kann. Das Verfahren gilt als gescheitert, wenn nur noch weniger als 75 % der ursprünglich vorgesehenen 20 Institutionen im Begleitkreis vertreten sind.

Zu 3) Das laufende Verfahren zur **Plantage** muss so organisiert werden, dass es keine zwingenden Auswirkungen auf andere Bereiche (z.B. Rechenzentrum) entfaltet. Dies kann gewährleistet werden, indem ein gestaffelter Realisierungswettbewerb oder nur ein Wettbewerb für den „nördlichen“ Teil durchgeführt wird. Es muss vermieden werden, dass durch die Umsetzung des Siegerentwurfs für die gesamte Plantage „erzwungen“ werden kann und dadurch ein Gebäudeabriss notwendig wird.

Zu 4) Die **Module 4 und 5** sind hinsichtlich ihrer Zielstellung zu präzisieren. Bisher wird für die Module lediglich beschrieben, was in ihnen stattfinden soll. Ein konkretes Arbeitsergebnis wird nicht benannt. Bisher ist lediglich vermerkt „schön, dass wir mal darüber gesprochen haben“. Laut „Ziele des Dialog- und Beteiligungsverfahrens...“ sollen *„Anpassungserfordernisse und Vorschläge zur Umsetzung (des B-Plan Nr.1) erarbeitet werden.“* Ziel des Verfahrens soll sein, *„...gemeinsam verschiedene Vorschläge für eine mögliche Gestaltung und Nutzung des Areals zu erarbeiten.“* Auch wenn es nicht um die *„Einigung auf ein gemeinsames Ergebnis“* geht, muss durch das Modul ein Instrument geschaffen werden, welches eine Entscheidungshilfe genutzt werden kann. Dieses Instrument sollte zumindest enthalten, zu welchem Zeitpunkt, welche Alternativentscheidung anstehen und welche Folgewirkungen damit verbunden sind.

Die genannten Szenarien im Modul 4 werden zwar als „denkbare Spielvarianten“ bezeichnet, bilden aber völlig unzureichend mögliche Alternativen der Entwicklung für das Areal ab. Deshalb sind sie aus dem LOI zu streichen. Die Szenarien sind durch die Begleitgruppe noch zu entwickeln.

